

Jolanda Spiess-Hegglin, Jacqueline Fehr, Boris Nemzow, Gaddafi

Nummer 10 – 5. März 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Mordfall Adeline:
Alex Baur über die
Karriere eines Sadisten

DIE WELTWOCH



Ueli Maurer: Bitte aufwachen. Bitte aufrüsten.

Selbst die SVP ist unzufrieden. *Von Hubert Mooser und Heinrich Wirz*

Schandfleck Reitschule

Willkommen in der rechtsfreien Schweiz. *Von Florian Schwab*

Zu weich für Sex

Warum junge Männer im Bett versagen. *Von Rico Bandle*







PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Nautilus Ref. 5712/1A

Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com

RADIO TOP und TELE TOP präsentieren:

POLIT- LUNCH

Podiumsdiskussion zu
den Regierungsratswahlen
des Kantons Zürich

Dienstag, 10. März 2015

12.30 – 14.00 Uhr

**«Pause-Café» im
Zentrum Neuwiesen**

Sandwiches und Getränke für
die Zuschauer sind offeriert



Miis TOP.

Teilnehmer

Regierungsrats-Kandidaten **bisher:**

- Martin Graf, Grüne
- Mario Fehr, SP
- Ernst Stocker, SVP
- Thomas Heiniger, FDP
- Markus Kägi, SVP

Regierungsrats-Kandidaten **neu:**

- Carmen Walker Späh, FDP
- Jacqueline Fehr, SP
- Silvia Steiner, CVP
- Nik Gugger, EVP
- Marcel Lenggenhager, BDP
- Markus Bischoff, AL

Ausstrahlung

TELE TOP

Dienstag, 10. März 2015, 18.30 Uhr,
stündlich wiederholt

www.toponline.ch

Intern

Der Krieg ist zurück. In der Ukraine sprechen die Waffen. Übers Mittelmeer schickt der Islamische Staat seine Kämpfer nach Europa. An den Rändern der Zivilisation mottet und brennt es. Mit Ausnahme der Amerikaner sind die meisten westlichen Industriestaaten daran, ihre militärische Rüstung zu vernachlässigen. Obschon sich allmählich die Einsicht durchsetzt, dass starke Armeen für jeden potenziellen Gegner den Preis eines Angriffs erhöhen. Für die Schweiz gilt, was



Sumpfbüchse der Verwahrlosung: Berner Reitschule.

auch für die Nato beunruhigenderweise zutrifft: Wir haben keine mobilisierungsfähige Armee. Der Mann, der Tag und Nacht für Sicherheit und Aufrüstung kämpfen müsste, ist SVP-Bundesrat Ueli Maurer. Der Wehrminister aber gerät zusehends in die Kritik. Auch in den eigenen Reihen. Bundeshausredaktor Hubert Mooser hat das verbreitete Murren erforscht. Fazit: Maurer muss endlich aufwachen – und aufrüsten. **Seite 26**

Es ist ein Rätsel. Die stolze Patrizierstadt Bern, einst Heimstätte ruhmreicher Rittergeschlechter, die in der frühen Neuzeit die europäischen Grossmächte das Fürchten lehrten – dieses Bern steht heute wegen des alternativen Kultur- und Gewaltzentrums Reitschule in den Schlagzeilen. Wie ist es möglich, dass sich im Herzen der aristokratischen Schweiz eine derartige Sumpfbüchse der Verwahrlosung, eine rechtsfreie Zone des blinden Dreinschlagens etablieren konnte? Noch mysteriöser: Warum stimmen die so liebenswürdigen Berner immer wieder an den Urnen für die Reitschule? Unser Redaktor Florian Schwab hat sich in die für ihn eher ungewohnten Gefilde vorgewagt und recherchiert. **Seite 16**

Weltwoche-Autor Alex Baur beleuchtet nach eindringlichem Aktenstudium den Mordfall Adeline M. Die Therapeutin wurde auf einem Freigang von einem Häftling ermordet. Im zweiten Teil seiner Serie zeichnet Baur die Karriere des sadistischen Täters Fabrice Anthamatten nach. Der schweizerisch-französische Doppelbürger rettete sich nach einem Verfahren in Frankreich in den milderen Genfer Strafvollzug. Das Unheil bahnte sich an. Baur behandelt in dieser Ausgabe noch ein zweites Thema: Es gelang ihm, die Zuger Politikerin Jolanda Spiess-Hegglin (Alternativ-Grüne) zu treffen. Die Frau geriet in die Medien, weil sie einen SVP-Politiker beschuldigte, ihr K.-o.-Tropfen verabreicht zu haben. Nun spricht sie erstmals aus ganz neuer Perspektive: Nicht sie, eine sie behandelnde Ärztin habe den Fall ins Rollen gebracht. Sie selber habe nie an eine Schuld des SVP-Politikers geglaubt. **Seite 19**

Ein «Jihadi John» ist er nicht. Mit einem Messer in der Hand wie die Schlächter des IS kann man sich Nicholas Blanco nicht vorstellen, höchstens mit einem Raclette-Schüffel. Schüchtern wartet der mutmasslich gefährlichste Islamist der Schweiz auf dem Berner Bundesplatz auf die *Weltwoche*. Dass er in der Schweiz umstritten ist, wäre eine Untertreibung. Unstrittig aber ist, dass er und der Islam mittlerweile auch zur Schweiz gehören. In unserer Porträtserie im Jubiläumsjahr 2015 spricht der Chef des Islamischen Zentralrates über seine Träume. **Seite 38**

Pünktlich zum Genfer Autosalon liegt dieser Ausgabe unser zweites Auto-Spezial bei, das in Zusammenarbeit mit dem Branchenverband Auto Schweiz entstanden ist. Unter anderem äussert sich Bundesrätin Doris Leuthard zur Schweizer Verkehrspolitik. Nichtabonnenten können das Spezialheft beim Abo-Service bestellen (043 444 57 01). *Ihre Weltwoche*



CRESTA
PALACE

Frühlingsbote

SKI-(S)PASS CHF 35.–

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1225.– im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 35.– pro Person/Aufenthaltsstag
Wintersaison bis 12. April 2015

★ ★ ★ ★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab,
Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojaj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@aextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schon Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





«Sinfonie in Bildern» im KKL Luzern: Schottland-Trip mit Mendelssohn

Die renommierte Philharmonie Baden-Baden präsentiert am 12. April 2015 im KKL Luzern ausgesuchte Meisterwerke der Klassik. Bei Mendelssohns «schottischer» Sinfonie verschmelzen die auf Grossleinwand projizierten Fotografien zum audiovisuellen Gesamtkunstwerk.

Die Erfolgsgeschichte geht weiter! Nach Strauss, Vivaldi, Dvořák, Tschaikowsky und Beethoven inszeniert der Musiker und Fotograf Tobias Melle die romantische Sinfonie Nr. 3 von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Dazu hat er die Faszination von Schottland monatelang mit der Kamera verewigt. Erleben Sie eine multimediale Reise durch die atemberaubenden Regionen der schottischen Highlands, über die Inseln und das Meer bis zu den pulsierenden Städten wie Glasgow und Edinburgh. Ein unvergessliches Ereignis – Takt für Takt, Bild für Bild! Mendelssohn selbst bereiste Schottland erstmals 1829. Die Natur zog den damals 20-jährigen nachhaltig in den Bann: Das Werk, in dem er seine Eindrücke musikalisch verarbeitete, beschäftigte ihn während 13 Jahren – so lange wie keine andere Sinfonie.

Konzertprogramm:

- **Felix Mendelssohn-Bartholdy ***
*Ouvertüre zur Schauspielmusik
Ein Sommernachtstraum op. 21*
- **Felix Mendelssohn-Bartholdy ***
*Nocturne aus der Schauspielmusik
Ein Sommernachtstraum op. 61*
- **Carl Maria von Weber ***
Ouvertüre zur Oper «Euryanthe» op. 81
- **Edvard Grieg ***
Peer Gynt Suite Nr. 1 op. 46
- **Felix Mendelssohn Bartholdy ****
Ouvertüre «Die Hebriden» op. 26
- **Felix Mendelssohn Bartholdy ****
Sinfonie Nr. 3 a-Moll op. 56

* ohne Projektion / ** mit Projektion

Platin-Club-Spezialangebot

«Sinfonie in Bildern»
Tobias Melle (Fotografien), Philharmonie Baden-Baden, Carlos Domínguez-Nieto (Dirigent)

Datum:
Sonntag, 12. April 2015, Konzertbeginn: 17 Uhr

Veranstaltungsort:
KKL Luzern, Konzertsaal

Preise:
Kat. I Fr. 126.– (statt Fr. 148.–)
Kat. II Fr. 118.– (statt Fr. 138.–)
Kat. III Fr. 109.– (statt Fr. 128.–)
Kat. IV Fr. 97.– (statt Fr. 114.–)
Kat. V Fr. 72.– (statt Fr. 84.–)
Kat. VI Fr. 50.– (statt Fr. 58.–)

Buchung:
Das Spezialangebot ist buchbar mit dem Kennwort «Weltwoche» unter Tel. 041 361 62 62 (Tickethotline) oder online mit dem Promotions-Code «Platin-Club» unter www.obrassoconcerts.ch.

Bedingungen:
Gültiges Abonnement der Weltwoche.
Das Angebot ist nicht kumulierbar.
Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80.

Veranstalter:
Obrasso Classic Events GmbH
www.obrassoconcerts.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Die Hauptsache

Das erste Gebot der Schweizer Politik: Du sollst Volksentscheide umsetzen. Der Bundesrat macht das Gegenteil. Von Roger Köppel

Politik heisst, über die richtigen Dinge zu reden. Oder eben: sie aus politischen Gründen zu verschweigen. SP-Präsident Christian Levrat will nicht, dass die SP im Wahlkampf über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU redet. Der Bundesrat verfügte, die konkrete Umsetzung der europapolitisch brisanten Zuwanderungsinitiative erst nach den Wahlen im Parlament zu behandeln. Vor der Einführung des Euro sagte der damalige Kanzler Helmut Kohl 1998, der Euro sei zu wichtig, als dass man ihn dem Wahlkampf überlassen könne.

In der Schweizer Europapolitik gibt es viele kleine Helmut Kohls.

Warum will die linke Mehrheit in Bundesrat und Parlament nicht über die EU und die Schweiz reden? Der Grund ist so simpel wie einleuchtend: Die Abstimmungsverlierer wollen nicht dabei ertappt werden, wie sie den Volksentscheid gegen die EU-Personenfreizügigkeit vom 9. Februar 2014 hintertreiben.

Es wird getrickst und getäuscht, vernebelt, gelogen und hinters Licht geführt. Die Bundespräsidentin diffamiert alle, die sich für die Volksrechte einsetzen, als Feinde der Menschenrechte. Hat die Magistratin noch nie etwas vom Menschenrecht auf Selbstbestimmung gehört? Die Umsetzung des von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikels macht sie von der Zustimmung der EU abhängig. In einem SRF-Interview sagte sie sinn-gemäss: «Wir wissen nicht, was wir von der EU bekommen werden.» Immerhin gibt ein Mitglied der Landesregierung zu, dass nicht mehr ein Volksentscheid, sondern Brüssel für den Bundesrat die ausschlaggebende Instanz ist.

Anstand ist Sommaruga wichtig in der Politik. Angehörige ihrer SP rannten einst mit Pflastersteinen und Molotowcocktails gegen das «System» an. Heute geben sich die gut im System versorgten Genossen gerne als Gralshüter des Anstands, wenn es um provokative Plakate des politischen Gegners im Kampf gegen sozialdemokratische Pfründe geht. Dabei missachten die Linken laufend die wichtigste Anstandsregel, das erste Gebot der Schweizer Politik: Du sollst Volksentscheide umsetzen. «Du sollst den Volkswillen respektieren.»

Davon ist Sommarugas Bundesrat Lichtjahre entfernt. Die Ausschaffungsinitiative wird sabotiert. Die Masseneinwanderungsinitiative ist ein Trauerspiel. Hier probieren es die Bundes-



«Ohne dass die Schweiz es merken soll.»

präsidentin und ihr Departement mit hinterhältigen Manövern. Die Schreibtischtäter des EJPD schrecken nicht einmal davor zurück, einen Verfassungsartikel abzufälschen.

Der Migrationsartikel fordert dreierlei. Erstens: Die Schweiz steuert die Zuwanderung wieder selber mit Kontingenten. Zweitens: Es gilt der Inländervorrang. Die Personenfreizügigkeit tritt ausser Kraft. Drittens: Die jährlichen Höchstzahlen der Kontingente werden nach «den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz» festgelegt. Ein glasklarer Auftrag.

Nicht für den Bundesrat. Die Wortverdreher und Faktenschlosser des Justizdepartements

leisten ganze Arbeit. In ihrer Medienmitteilung vom 11. Februar 2015 halten sie fest: Die Schweizer Stimmbevölkerung habe sich «für eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung [...] unter Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Interesses ausgesprochen». Der Verfassungstext verpflichte Bundesrat und Parlament, «ein neues Zulassungssystem einzuführen (...) – unter Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen».

Raffiniert: Nicht mehr bloss die technische Festlegung der jährlichen Höchstzahlen wie im Verfassungstext, nein, ganz allgemein die Einführung des Kontingentsystems stellt der Bundesrat mit seiner subtil böswilligen Verfälschung unter den Vorbehalt der «gesamtwirtschaftlichen Interessen». Der Bundesrat konstruiert sich so einen wunderbaren Zielkonflikt: Das Kontingentsystem darf nicht einfach eingeführt werden, sondern nur unter «Wahrung der gesamtwirtschaftlichen Interessen».

Das ist Machiavelli, das ist Shakespeare für Anfänger, das ist ein bisschen «Game of Thrones». Mit dem ursprünglichen Volksentscheid hat es freilich nichts zu tun. Der forderte die Kontingente ohne Einschränkung, ohne Wenn und Aber. Lediglich die operative Bestimmung der Höchstzahlen, nicht aber das System als solches stand unter dem Vorbehalt der «gesamtwirtschaftlichen Interessen».

Der Bundesrat ermächtigt sich, indem er den Verfassungsartikel fälscht, zu neuen Zielen. Was er unter den «gesamtwirtschaftlichen Interessen» versteht, macht er im «erläuternden Bericht» deutlich: Das sind die «bilateralen Verträge». Der Volksentscheid darf also nur dann umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die gesamtwirtschaftlichen Interessen gewahrt, also die «Bilateralen» gerettet werden: «Beiden Zielen soll gleichermaßen Rechnung getragen werden.» Es ist wie mit dem Zylinderhut und dem Kaninchen. Durch Wortmagie und absichtsvollen Schwindel zaubert sich der Bundesrat einen neuen Verfassungsauftrag jenseits eines rechtmässigen Volksentscheids herbei.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Der Bundesrat will den Volksentscheid nicht umsetzen. Er will keinen Ärger mit Europa. Er dramatisiert, er schürt die Angst vor dem angeblich «neuen» und «ungewissen» Kontingentsystem. Nichts hasst der solide Schweizer mehr als Ungewissheit und politische Abenteuer. Aber auch das ist gelogen. Nichts an den Kontingenten ist neu und ungewiss. Wir hatten sie schon für 37 Jahre zwischen 1970 und 2007. Die Schweiz überlebte bestens. Der Bundesrat müsste nur in die Schublade greifen. Lieber zieht er sein Theater auf.

Schlecht ist recht, und recht ist schlecht: Kein Wunder, werkeln sie im Hinterzimmer. Sie wollen sich nicht dabei erwischen lassen, wie sie die Schweiz, Schritt für Schritt, Stück für Stück, an die Europäische Union verkaufen – ohne dass die Schweiz es merken soll.





MACHEN SIE DEN SWISS DEAL MIT JAGUAR UND LAND ROVER!

DEN BESTEN DEAL GIBT'S IMMER BEIM OFFIZIELLEN JAGUAR LAND ROVER-FACHMANN.

Aufgrund der aktuellen Währungssituation bietet Ihnen Ihr JAGUAR Land Rover-Fachmann ab 22. Januar 2015 bis auf Widerruf auf sämtlichen Neuwagenbestellungen SWISS DEAL Prämien an. Bei den neuen Modellen JAGUAR XE und Discovery Sport gibt es sensationelle SWISS DEAL Preise. Den besten Preis und Deal inklusive 3 Jahre Free Service erhalten Sie immer beim offiziellen JAGUAR Land Rover-Fachmann. Der offizielle JAGUAR- und Land Rover-Partner ist der Mobilitätsfachmann für Verkauf, Service, Garantie, Reparatur und Versicherung. Profitieren Sie!

JAGUAR SWISS DEAL



XE
SWISS DEAL Preis**:
ab CHF 40'800.-




XF
SWISS DEAL Prämie*:
CHF 8'000.-
(alle 4- und 6-Zylinder-Motoren)
CHF 15'000.-
(alle 8-Zylinder-Motoren)




F-TYPE
SWISS DEAL Prämie*:
CHF 9'000.-
(Motorisierung mit 340 PS)
CHF 12'000.-
(Motorisierung mit 380 PS)
CHF 16'000.-
(Motorisierung mit 550 PS)




XJ
SWISS DEAL Prämie*:
CHF 10'000.-
(alle 4- und 6-Zylinder-Motoren)
CHF 22'000.-
(alle 8-Zylinder-Motoren)



* SWISS DEAL Prämie gültig für Neuwagenbestellungen ab dem 22.01.2015 bis auf Widerruf. Für Lagerfahrzeuge gelten Sonderkonditionen. Prämie CHF 8'000.-: XF 2.2 Diesel, 4-Zylinder, Gesamtverbrauch (GV) 5.1 l/100 km (Benzinäquivalent [BÄ] 5.8 l/100 km), ø CO₂-Emissionen (CO₂-E) 135 g/km, Energieeffizienz-Kategorie (EE-Kat.) B; XF 3.0 Diesel, 6-Zylinder, GV 6.0 l/100 km (BÄ 6.8 l/100 km), ø CO₂-E 159 g/km, EE-Kat. D; Prämie CHF 15'000.-: XFR 5.0 S/C, 8-Zylinder, GV 11.6 l/100 km (BÄ 13.0 l/100 km), ø CO₂-E 270 g/km, EE-Kat. G; Prämie CHF 9'000.-: F-TYPE 3.0 V6, 2-Türer, man., 2WD, 340 PS/250 kW, GV 9.8 l/100 km, ø CO₂-E 234 g/km, EE-Kat. G; Prämie CHF 12'000.-: F-TYPE S 3.0 V6, 2-Türer, man., 2WD, 380 PS/280 kW, GV 9.8 l/100 km, ø CO₂-E 234 g/km, EE-Kat. G; Prämie CHF 16'000.-: F-TYPE R 5.0 V8, 2-Türer, aut., 2WD, 550 PS/405 kW, GV 10.7 l/100 km, ø CO₂-E 255 g/km, EE-Kat. G; Prämie CHF 10'000.-: XJ 2.0 Ti Benzin, 4-Zylinder, GV 8.5 l/100 km, ø CO₂-E 199 g/km, EE-Kat. G; XJ 3.0 V6, 6-Zylinder, 4-Türer, aut., 2WD, 275 PS/202 kW, GV 6.1 l/100 km (BÄ 6.9 l/100 km), ø CO₂-E 159 g/km, EE-Kat. C; Prämie CHF 22'000.-: XJ 5.0 V8 S/C, 8-Zylinder, GV 11.6 l/100 km, ø CO₂-E 270 g/km, EE-Kat. G.

** JAGUAR XE E-Performance (erhältlich ab Juni 2015), 4-Türer, man., 2WD, 163 PS/120 kW. SWISS DEAL Preis ab CHF 40'800.-, GV 3.8 l/100 km (BÄ 4.3 l/100 km), ø CO₂-E 99 g/km, EE-Kat. A. Abgebildetes Modell: JAGUAR XE S, 4-Türer, aut., 2WD, 340 PS/250 kW. SWISS DEAL Preis ab CHF 62'200.-, GV 8.1 l/100 km, ø CO₂-E 194 g/km, EE-Kat. G. ø CO₂-E aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 144 g/km.



LAND ROVER SWISS DEAL



DEFENDER

SWISS DEAL Prämie*:
CHF 6'000.-
(alle Motorisierungen,
inkl. Sondermodell LEGEND)



DISCOVERY 4

SWISS DEAL Prämie*:
CHF 8'000.-
(alle Motorisierungen)



DISCOVERY SPORT

SWISS DEAL Preis:**
ab CHF 36'100.-



RANGE ROVER EVOQUE

SWISS DEAL Prämie*:
CHF 6'000.-
(alle Modelle PURE, inkl. Sondermodell Union MONOCHROME)
CHF 7'000.-
(alle Modelle DYNAMIC/PRESTIGE)
CHF 8'000.-
(alle Modelle AUTOBIOGRAPHY)



RANGE ROVER SPORT

SWISS DEAL Prämie*:
CHF 12'000.-
(alle 6-Zylinder-Motoren)
CHF 16'000.-
(alle 8-Zylinder-Motoren)



RANGE ROVER

SWISS DEAL Prämie*:
CHF 17'000.-
(alle 6-Zylinder-Motoren)
CHF 22'000.-
(alle 8-Zylinder-Motoren)



* SWISS DEAL Prämie gültig für Neuwagenbestellungen ab dem 22.01.2015 bis auf Widerruf. Für Lagerfahrzeuge gelten Sonderkonditionen. Defender: keine Energieeffizienz-Kategorie (EE-Kat.)-Angabe, da Nutzfahrzeug. Prämie CHF 8'000.-. Discovery 4 E 3.0 TD4, Gesamtverbrauch (GV) 7.8 l/100 km (Benzinäquivalent [BÄ] 8.8 l/100 km), ø CO₂-Emissionen (CO₂-E) 207 g/km, EE-Kat. F; Prämie CHF 6'000.-/ CHF 7'000.-. Range Rover Evoque Pure/Prestige/Dynamik 2.2 eD4, GV 4.9 l/100 km (BÄ 5.5 l/100 km), ø CO₂-E 129 g/km, EE-Kat. B; Prämie CHF 8'000.-. Range Rover Evoque Autobiography 2.2 SD4, GV 5.7 l/100 km (BÄ 6.4 l/100 km), ø CO₂-E 149 g/km, EE-Kat. C; Prämie CHF 12'000.-. Range Rover Sport S 3.0 TDV6, GV 7.3 l/100km (BÄ 8.2 l/100 km), ø CO₂-E 194 g/km, EE-Kat. E, Prämie CHF 16'000.-. Range Rover Sport HSE 4.4 SDV8, GV 8.7 l/100km (BÄ 9.8 l/100 km), ø CO₂-E 229 g/km, EE-Kat. G; Prämie CHF 17'000.-. Range Rover HSE 3.0 TDV6, GV 7.5 l/100 km (BÄ 8.4 l/100 km), ø CO₂-E 196 g/km, EE-Kat. E; Prämie CHF 22'000.-. Range Rover Vogue 4.4 SDV8, GV 8.7 l/100 km (BÄ 9.8 l/100 km), ø CO₂-E 229 g/km, EE-Kat. F.

** Discovery Sport S 2.0 eD4 (erhältlich ab Herbst 2015), 5-Türer, man., 2WD, 150 PS/110 kW. SWISS DEAL Preis ab CHF 36'100.-, GV 4.5 l/100 km (BÄ 5.1 l/100 km), ø CO₂-E 119 g/km. EE-Kat. nicht bekannt. Abgebildetes Modell: Discovery Sport HSE 2.2 TD4, 5-Türer, man., 4WD, 150 PS/110 kW. SWISS DEAL Preis ab CHF 48'000.-, GV 5.7 l/100 km (BÄ 6.4 l/100 km), ø CO₂-E 149 g/km. EE-Kat. D. ø CO₂-E aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 144 g/km.



Schweizer Sponsoren: Unidos da Tijuca. Seite 37



Ehrlich und mutig: Boris Nemzow. Seite 54



Wenn der russische Bär grollt: Ukraine. Seite 50



«Tüpfelschiisser»: Nicolas Blancho. Seite 38

Kommentare & Analysen

7 Editorial

12 **Kommentar** SRG im Sensationsrausch

13 **Konjunktur** Helle Streifen am Horizont

13 **Im Auge** Alexander Lebedew, Putin-Kritiker

14 **Abstimmungen** Gratis-Kinder

14 **Affären** Falsche Anschuldigungen

15 **Russland** Der Falsche

15 **Personenkontrolle** Blocher, Martullo-Blocher, Blocher etc.

15 **Nachruf** Kurt Imhof, Wissenschaftler

16 **Schandfleck** Reitschule

In der Berner Reitschule gedeihen gewaltbereite Extremisten

19 **Zuger Sexskandal** Aus dem Ruder gelaufen

20 **Die Deutschen** Jedes fünfte Kind

20 **Wirtschaft** Gefährliche Utopien

21 **Ausland** Wahlkampf und verletzte Eitelkeit

22 **Mörgeli** Gute Griechen, schlechte Schweizer

22 **Bodenmann** Strassburg rettet «Kassensturz»

23 **Medien** Am Ende des Boulevards

23 **Gesellschaft** Weibliche Keule

24 **Darf man das?** / Leserbriefe / Leserblitz

Hintergrund

26 **Ueli Maurer: Bitte aufwachen**

Die SVP ist unzufrieden mit Bundesrat Maurers Armereform

28 **Armee** Geschönte Fassade

30 **Mit Köpfchen und Ellbogen**

Jacqueline Fehr (SP) kämpft um ihre Karriere

32 **Nationalbank** Der Sündenfall

33 **Medizin** Dubiose Spritzen am See-Spital Horgen

34 **«Ökonomen liegen meistens falsch»**

Kurt Schiltknecht über Geld und Machbarkeitsglauben

37 **Präsenz Schweiz** Samba mit Steuergeld

38 **Braver Bürgerschreck**

Nicolas Blancho träumt von einem Schweizer Islam

40 **Die Abwehrwaffen von Sika**

Wie aggressiv darf sich der Sika-Verwaltungsrat wehren?

42 **Karriere eines Sadisten**

Mordfall Adeline M. (Teil 2)

45 **Justiz** Medienopfer ohne Menschenrecht?

46 **«O Tyrann, wo bist du?»**

Humanitäre Feldzüge und die Vorzüge von Diktatoren

48 **Terrorgefahr im Mittelmeerraum**

In Libyen tummeln sich Extremisten von IS bis Boko Haram

50 **Lektion für Putin-Versteher**

Es ist höchste Zeit, Putin zu verstehen

53 **Intellektuelle** Einen Raddatz braucht unser Staat

54 **Mord an einem Freund**

Russland nach dem Tod von Oppositionspolitiker Nemzow

56 **Film** Biopics grassieren wie schon lange nicht mehr



«Es geht um den Stolz, Mann zu sein»: Sexologin Schütz. Seite 58

Interview

58 «Ins Décolleté schauen ist in Ordnung»

Die Sexualtherapeutin Esther Elisabeth Schütz stellt fest, dass junge Männer zunehmend im Bett versagen. Ein Gespräch über Sex, Gleichstellung und Internet

Stil & Kultur

62 Stil & Kultur John Lennon und Yoko Ono

64 Bestseller

64 Wo die besten Unis sind – und warum

Das Erfolgsrezept von Cambridge, Harvard, Oxford und Zürich

68 Top 10

68 Kino «Leviathan»

69 Jazz Michael Mantler

70 Namen Finale mit Sechseläutenmarsch

71 Hochzeit Arthur David Code, Beziehungscoach

71 Thiel Esskultur

72 Wein Cave du Rhodan: Salgesch Johannisberg 2013

72 Zu Tisch Restaurant «Pulcino», Zürich

73 Auto Land Rover Discovery 4 HSE SDV6

74 MvH trifft Zoe Scarlett, Pin-up-Model und Burlesque-Tänzerin

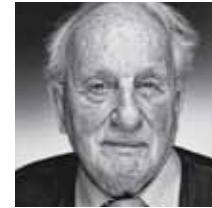
Autoren in dieser Ausgabe

Peter Haffner



Für seine literarischen Texte und Reportagen wurde der Schweizer Autor mehrfach ausgezeichnet. Für die *Weltwoche* berichtet Haffner von seiner Reise durch die Ukraine. Was ihn stört, ist, dass so vielen Schweizern der Kampf eines für seine Freiheit kämpfenden Volkes gleichgültig bleibt. Seite 50

Rolf Hochhuth



Der 83-Jährige gehört zu den einflussreichsten Intellektuellen Deutschlands, und als Dramatiker hat er es zu Weltruhm gebracht. In dieser Ausgabe würdigt er das Leben und Wirken seines langjährigen Weggefährten, des soeben verstorbenen Feuilletonisten Fritz J. Raddatz. Seite 53

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



DIE WELTWOCH

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik lässt sich die Weltwoche auf Ihrem Tablet komfortabel lesen. Mit der Weltwoche-App haben Sie alle Ausgaben seit 2011 zur Verfügung. So verpassen Sie nichts, wenn Sie einmal das Heft nicht zur Hand haben.



Schweiz

SRG im Sensationsrausch

Von Rico Bandle — Das gebührenfinanzierte Fernsehen pflegt vermehrt spekulativen und diffamierenden Journalismus. Ein gefährlicher Missbrauch der Monopolstellung.



Langeweile – das Los der Öffentlich-Rechtlichen.

Die Stadt Zürich ist korrupt. Das insinuierte letzte Woche die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens. Konkret: Die Zürcher Verkehrsbetriebe hätten bei der Trambeschaffung den Anbieter Bombardier auf ungerechtfertigte Weise bevorzugt. Zwar wurde im Beitrag ständig in der Möglichkeits- und Frageform gesprochen – zum Beispiel so: «Bessere Punktzahl für Bombardier trotz schlechterem Abschneiden?» – die Botschaft war aber unmissverständlich: Bei der Vergabe ist es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Als Beleg dienen ein «vertraulicher Untersuchungsbericht» sowie ein «unabhängiger Experte».

Die gezeigten Ausschnitte aus dem Untersuchungsbericht waren jedoch dermassen selektiv ausgewählt, dass sie allein als Beweis nicht taugten. Und der beigezogene Experte war keineswegs so unabhängig, wie von SRF dargestellt, sondern mit verschiedenen Tramherstellern verstrickt, dies deckte die Zeitung *Schweiz am Sonntag* auf. Liegt tatsächlich ein gravierender Missstand vor? Oder hat sich SRF von einem unterlegenen Tramhersteller instrumentalisieren lassen? Beides ist möglich.

Dass das gebührenfinanzierte Schweizer Fernsehen in seiner Berichterstattung trotz wackliger Faktenbasis einseitig Partei ergreift, sich auf Mutmassungen und Spekulationen abstützt, ist in letzter Zeit vermehrt zu beob-

achten: Bundesrat Johann Schneider-Ammann wird als Steuertrickprofiteur angeprangert, obschon er stets im Einvernehmen mit der Steuerbehörde gehandelt hat, der Medizinhistoriker Christoph Mörgeli wird von einem zweifelhaften anonymen Zeugen als Betrüger dargestellt, und der Gemeinde Spreitenbach wird falsches Spiel mit einem Sozialhilfeempfänger vorgeworfen, obschon die Gemeinde der Darstellung klar widersprach und keine schlüssigen Belege für die Anschuldigungen vorliegen (*Weltwoche* Nr. 9/15).

Gegen hartnäckigen Journalismus, die klare Benennung von Missständen, ist nichts einzuwenden, im Gegenteil. Gebührenfinanzierte Medien haben aber eine andere Ausgangslage als Private: Bei Fehlverhalten haftet nicht ein privater Eigentümer, sondern die Öffentlichkeit. Und anders als bei einer Zeitung hat der Konsument keine Möglichkeit, das Abonnement zu kündigen, wenn er mit den Methoden und Inhalten nicht einverstanden ist. Jedermann hierzulande ist zur Abgabe einer Zwangsgebühr verpflichtet, in Zukunft gar einer SRG-Steuer.

Unschuldige blossgestellt

Entsprechend ist die SRG in besonderem Masse zu einer ausgewogenen und zurückhaltenden Berichterstattung verpflichtet. Wenn sich die staatsnahe Fernsehanstalt willkürlich missliebige Firmen und Einzelpersonen aussucht, um diese dann mit fragwürdigen Methoden zu desavouieren, so handelt es sich um einen krassen Missbrauch der Monopolstellung. In dieser Hinsicht ist auch die Aufhebung des Verbots einer versteckten Kamera durch den europäischen Menschenrechtsgerichtshof höchst bedenklich. Was das Schweizer Fernsehen mit diesem Instrument anstellen kann, zeigte sich vor einigen Jahren, als der «Kassensturz» mehrere Schönheitschirurgen heimlich bei einer Untersuchung filmte: Ärzte, denen keinerlei strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte, wurden kurzerhand auf massiv geschäftsschädigende Weise blossgestellt.

Die SRG-Verantwortlichen plädieren immer wieder für mehr «unbequemen Recherchejournalismus». Sie wollen um jeden Preis vermeiden, als langweilig zu gelten. Nur: Etwas Langeweile – das heisst, streng ausgewogen und mit Vorsicht zu berichten – ist nun mal das Los eines Medienbetriebs, der mit öffentlichen Geldern finanziert wird.

Helle Streifen am Horizont

Von Beat Gygi — Nach der Aufhebung der Euro-Kursuntergrenze wächst der Pessimismus. Aber die Schweizer Wirtschaft ist robuster, als viele denken.



Praktisch immun: Exportwirtschaft.

Konjunkturmeldungen sind zurzeit wie keine Kalt-warm-Dusche. Die Konjunkturbarometer-Februardaten des ETH-Konjunkturforschungsinstituts (KOF) deuten auf eine abrupte Abkühlung der Stimmung in Unternehmen und Haushalten hin. Die KOF-Umfrage bei Firmen zeigt ein ähnliches Bild. Die Manager haben im Februar ihre Geschäftslage plötzlich viel pessimistischer beurteilt als kurz nach Neujahr. In den Studien wird betont, dass in den Februardaten nun erstmals die Folgen des Nationalbank-Entscheids von Mitte Januar zur Aufhebung der Euro-Untergrenze so richtig zum Ausdruck kämen.

Gleichzeitig hat aber das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erste Zahlen zum Wirtschaftswachstum im Schlussquartal 2014 bekanntgegeben, und diese zeugen von einer überraschend hitzigen Entwicklung im vergangenen Herbst und Winter. Demnach dürfte das gesamte Jahr 2014 ein reales Wirtschaftswachstum von zwei Prozent gebracht haben. Viele Geschäfte, vor allem die Exporte, haben sich im Herbst offenbar über Erwarten dynamisch entwickelt und manchen Experten überrascht.

Ähnliche Vorher-nachher-Muster zeigen die Meldungen anderer Konjunkturexperten: einen kleinen Boom vor dem Jahreswechsel und eine Verkrampfung im Februar. Die meisten erklären diesen Kontrast vor allem mit dem

Entscheid der Nationalbank zur Aufhebung der Kursuntergrenze. Klar, ein Firmenchef sieht nach einer schlagartigen Wechselkursänderung die Welt anders als vorher. All jene Kosten, die in Franken anfallen, sind plötzlich um einen Fünftel schwerer. Klar ist auch, dass Schweizer Exporteure ihre Preise und Kosten neu rechnen müssen und dass ihnen wahrscheinlich weniger Marge bleibt.

Aber es wäre eine verzerrte Sicht, ja abwegig, alles aus dieser Optik zu sehen. Die Schweiz ist nicht nur eine Exportgemeinschaft. Wer die Freigabe des Wechselkurses zum einschneidenden negativen Ereignis hochstilisiert, lässt all die Unternehmen und Konsumenten ausser Acht, die durch die Erstarkung des Frankens in eine bessere Lage versetzt wurden, weil sie sich mit ihrem Geld heute mehr kaufen können als vorher; man erhält zum Beispiel «mehr Auto fürs Geld». Das Vermögen in Franken ist plötzlich mehr wert, die Schweizer sind reicher geworden, Investoren können kräftiger auftreten, wenn sie sich in der Welt nach Geschäfts- oder Anlagemöglichkeiten umsehen.

Und selbst mit Blick auf die Exportwirtschaft sind die Aussichten nicht so düster. Frühere Untersuchungen von ETH-Ökonomen zeigen, dass die Wechselkurse von 1990 bis 2010 überraschend geringe Wirkungen auf die Exporte hatten, wenn man Warenart für Warenart separat betrachtet. Die Schwergewichte der Exportstatistik, Chemie und Pharma sowie Uhren und Schmuck, waren praktisch immun gegen Wechselkursschwankungen, weil der Wettbewerb nicht über den Preis läuft. Selbst die Maschinenindustrie war so spezialisiert, dass sie in zahlreichen Nischen vor dem reinen Preiswettbewerb geschützt war.

Auch den «Wechselkursschock» von 2011 haben viele Firmen erstaunlich gut verarbeitet. Und was heisst überhaupt «Schock»? Im Herbst 2011 war in den Wortmeldungen von Firmenchefs bereits Erleichterung zu spüren, da der Euro-Kurs nach dem raschen Fall von Fr. 1.50 bei der Untergrenze von Fr. 1.20 gestoppt wurde. Die Fallhöhe jüngst im Januar von Fr. 1.20 auf vielleicht Fr. 1.05 war deutlich geringer. Und man muss nicht nur auf den Euro schauen, der Dollar zeigt oft andere Bewegungen. An der Börse sieht man die hellen Stellen im Bild offenbar auch. Der Schweizer Aktienindex (SMI) hat seinen Einbruch von Mitte Januar fast wieder wettgemacht – wobei er freilich noch dem deutschen DAX nacheilen sollte.

Château Gütsch



Alexander Lebedew, Putin-Kritiker.

Er hat das Luzerner Märchenschloss aus dem konkursiten Dornröschenschlaf wachgeküsst, dieses Innerschweizer Neuschwanstein, und die Frankenstärke trifft ihn jetzt, wie jeden Hotelier hierzulande, und zusätzlich auch der Rubelzerfall seiner russischen Klientel. Aber noch mehr muss ihn das Schicksal des ermordeten Regimekritikers Boris Nemzow beunruhigen. Denn Alexander Lebedew, 55, Besitzer von Château Gütsch, gilt nicht nur als der kreativste unter den russischen Oligarchen, sondern auch als engagierter Putin-Kritiker. Er kehrte seinem Land schon 2012 den Rücken, nicht aber seinen Geschäften. Er habe, sagte er, den Drohungen und Erpressungen des Geheimdienstes nicht länger standgehalten, und darin ist er gleichermaßen Experte wie Putin – sie beide begannen ihre Karriere beim damaligen KGB. Lebedew kontrolliert sein Imperium von London aus, wo er sich ökonomisches Wissen noch als Schlapphut erwarb und später die Zeitungen *Evening Standard* und *The Independent* kaufte, nicht am Kiosk, sondern die Verlage. In Russland hatte er sich als Startbasis die National Reserve Bank unter den Nagel gerissen und über die Finanzkrise von 1998 hinweggerettet. Über die Holding der Bank kontrolliert er wie die Spinne im Netz eine Fülle von Industrie-, Energie-, Immobilien-, Tourismus- und Finanzunternehmen, etwa die Fluggesellschaft Aeroflot. Mit Michail Gorbatschow gründete er eine sozialdemokratische Partei, der rasch die Luft ausging, und probte weiterhin den Widerstand gegen Zar Putin. Er holte den populären Blogger und Korruptionsthüller Alexej Nawalny in den Aeroflot-Verwaltungsrat, und nachdem Nawalny in ein Gerichtsverfahren verwickelt wurde, ersetzte ihn Lebedew demonstrativ durch seinen eigenen einjährigen Sohn Jegor. Ihm selber blieb das Gefängnis erspart, nachdem er 2011 in einer Talkshow den Moskauer Baulöwen Sergej Polonski mit einem gekonnten Faustschlag (er spielte früher Wasserball) niedergestreckt hatte. Er kam mit 150 Stunden Sozialarbeit davon.

Peter Hartmann

Gratis-Kinder

Von Alex Reichmuth —
Kinderzulagen sollen steuerfrei sein. Warum eigentlich?

Im Jahr 2006 hat das Schweizer Stimmvolk entschieden, dass Eltern pro Kind eine Zulage von mindestens 200 Franken im Monat bekommen sollen. Die CVP verlangt nun, dass diese Kinderzulagen neu nicht mehr versteuert werden müssen. Am nächsten Wochenende wird über die entsprechende Initiative abgestimmt. Auch wenn diese an der Urne wohl einen schweren Stand haben wird, passt das Anliegen dennoch zum Zeitgeist. Wer immer die Entlastung von Familien fordert – von der Abschaffung der Krankenkassenprämien für Kinder über die stärkere Subventionierung von Krippenplätzen bis zu höheren Kinderabzügen bei den Steuern –, erscheint als moralisch erhaben. Denn regelmässig rechnen Politiker und Medien vor, Kinder würden die Eltern Hunderttausende Franken kosten, bis sie flügge sind. Und suggerieren, das sei ungerecht.

Doch warum sollen Kinder nichts kosten? Nachwuchs zu bekommen, ist eine fundamentale Lebensentscheidung – genauso wie zu heiraten, ein Haus zu erwerben oder einen neuen Beruf zu erlernen. Es sind Entscheidungen, die immer finanzielle Konsequenzen haben. Kinder kriegt man aber nicht aus materiellen Überlegungen: Sie bringen Freude und bereichern das Leben. Im Gegenzug nimmt man in Kauf, dass das Haushaltsbudget schmaler wird und da und dort Verzicht angesagt ist. Sicher darf es nicht sein, dass Kinder nur gutgestellten Paaren vorbehalten sind. Aber gerade Familien mit tiefem Einkommen bringt die CVP-Initiative nichts, da sie eh keine Bundessteuer bezahlen. Dass Kinderreichtum im Interesse der Öffentlichkeit liege und darum finanziell gefördert gehöre, ist umgekehrt zweifelhaft: Eine Studie im Auftrag des Bundes kam vor einigen Jahren zum Schluss, dass ein Durchschnittskind die Gesellschaft unter dem Strich mit 100 000 Franken belastet.

Aber auch wenn man die Beweggründe hinter der CVP-Initiative nicht teilt: Es gibt dennoch gute Gründe, ihr zuzustimmen. Der Staatssektor wuchert immer stärker und wächst deutlich stärker als die Wirtschaftsleistung, wie gerade letzte Woche in diesem Blatt ausgeführt wurde. Die Bundeseinnahmen haben sich seit 1990 verdoppelt. Laufend werden neue Stellen auf Kosten der Steuerzahler geschaffen. Jede Gelegenheit, dem Moloch Staat Einnahmen zu entziehen, sollte darum genutzt werden – ob unter dem Label Familienförderung oder unter einem anderen Titel, spielt eine untergeordnete Rolle.

Falsche Anschuldigungen

Von Philipp Gut — Keine illegalen Substanzen, aber das Opfertheater von Jolanda Spiess-Hegglin im Zuger Politskandal geht weiter.



Offensiv: Politikerin Spiess-Hegglin.

Für Kenner des Falls ist es keine Überraschung, aber nun ist es amtlich: Eine Haaranalyse des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich hat zweifelsfrei ergeben, dass bei der Zuger Alternativ-Grünen-Politikerin Jolanda Spiess-Hegglin keine sogenannten K.-o.-Tropfen oder andere betäubende und gefügig machende Substanzen nachweisbar sind. Spiess-Hegglin hatte seit Beginn der Affäre um den Fauxpas mit dem SVP-Politiker Markus Hürlimann an der Landammannfeier kurz vor Weihnachten stets betont, dass die sexuellen Handlungen mit dem politischen Gegner Hürlimann nur unter Einfluss solcher Substanzen erklärbar seien.

Bereits ein Blut- und ein Urintest unmittelbar nach der Feier waren negativ ausgefallen. Mit den jüngsten wissenschaftlichen Resultaten erweist sich die von Spiess-Hegglin offensiv vertretene Betäubungs- und Missbrauchstheorie als fantasievolle Schutzbehauptung. Mit den Fakten hat sie offensichtlich nichts zu tun.

Was die *Weltwoche* bereits Anfang Januar aufgrund umfangreicher Recherchen und Gesprächen mit Beteiligten geschrieben hatte, bestätigt sich Schritt für Schritt: Jolanda Spiess-Hegglin inszeniert sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als wehrloses Opfer von Vorgängen, die sie als erwachsene, vernunftbegabte Frau selber zu verantworten hat. Nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen stützt kein

einzig der vielen Zeugen den Vorwurf der Schändung, der etwa im Boulevardblatt *Blick* in fetten Lettern prangte.

Der Fall ist noch nicht zu Ende, aber bereits jetzt lassen sich erstaunliche Befunde festhalten.

Erstens: Es fällt auf, wie leicht es Jolanda Spiess-Hegglin fällt, in den Medien Gehör für ihre Theorien zu finden, und seien diese noch so abenteuerlich. Kritische Gegenfragen bleiben aus. Auch Montag dieser Woche wurde auf allen Kanälen ihr dreistes Statement verbreitet, das negative Ergebnis der Haaranalyse habe sie «nicht überrascht». Als ob die renommierten Rechtswissenschaftler der Universität Zürich nichts taugten und die Ergebnisse des Tests keinen Einfluss auf die Wahrheitsfindung hätten. Im Licht der Fakten kann man dieses «Nicht überrascht» nur so deuten, dass Spiess-Hegglin wohl selber nicht an die K.-o.-Tropfen-Theorie glaubt.

Spiess-Hegglin hat von Beginn weg eine offensive Kommunikationsstrategie gewählt, während SVP-Mann Hürlimann kaum in Erscheinung tritt und geduckt das Ergebnis des Verfahrens abwartet. In dieser Kommunikationsschlacht dominiert Spiess-Hegglin klar, gegen die grüne Frau hat der SVP-Mann keine Chance. Hürlimann vertraut indes darauf, dass er am Ende juristisch obsiegen wird. Bisher deutet alles darauf hin, dass die Tatsachen zu seinen Gunsten sprechen. Allerdings hat er sein Amt als SVP-Kantonalpräsident bereits verloren, obwohl er höchstwahrscheinlich unschuldig ist. Spiess-Hegglin wird derweil von ihrer Partei immer noch gestützt.

Zweitens: Die erstaunliche Schonung der grünen Politikerin erstreckt sich auch auf das Juristische. Falsche Anschuldigung, ob direkt oder indirekt, ist ein Straftatbestand. Doch bisher hat noch niemand diese Frage aufgeworfen. Markus Hürlimann muss – ein entsprechendes Ergebnis der Ermittlungen vorausgesetzt – sich ernsthaft überlegen, ob er gegen Spiess-Hegglin nicht Anklage erheben soll.

Drittens: Jolanda Spiess-Hegglin produziert sich als eine Art Jeanne d'Arc des Feminismus, die furchtlos gegen sexuelle Gewalt ankämpft. Linke Mitstreiter haben denn auch bereits eine Petition zu ihren Gunsten lanciert. Tatsächlich aber schadet Spiess-Hegglin dem Anliegen, das sie angeblich vertritt, stärker, als alle Antifeministen des Landes zusammen. Wo bleiben die Stimmen der Frauen, die diesen Verrat an ihrer Sache beim Namen nennen?

Mehr zum Thema: Seite 19

Der Falsche

Von Wolfgang Koydl — Nemzow war nur in westlichen Augen eine Gefahr für Putin.

Urban, gebildet, weltoffen, liberal und oben-drein gutaussehend. Es stimmt schon, Boris Nemzow besass viele Attribute, die einen guten Präsidenten aus ihm gemacht hätten. In Estland beispielsweise. Oder in Portugal. Vielleicht hätte es sogar in den USA gereicht. Nur eben nicht in Russland. In seiner Heimat hätte der ausserparlamentarische «Oppositionsführer» bei einer Wahl nie eine Chance gehabt. Dazu hätte das Regime ihn nicht einmal behindern oder den Urnengang manipulieren müssen. Die überwältigende Mehrheit der russischen Wähler hätte ihm nie ihre Stimme gegeben. Das taten sie auch nicht, wenn er mal kandidierte.

Dies ist ein Punkt, den all jene ausblenden, die Nemzow einst als demokratische Alternative zu Wladimir Putin hochschrieben und ihn nun heiligsprechen wollen – einschliesslich des britischen Journalisten Edward Lucas in dieser Ausgabe der *Weltwoche*. Nemzow war von der Realität des russischen Alltags so weit entfernt wie Putin von der Lebenswirklichkeit eines Urner Bergbauern. Nicht nur wegen seiner Luxuswohnung mit Kreml-Blick und den teuren Restaurantbesuchen mit langbeinigen Models, nicht nur wegen seines Vermögens, das er mit nie näher definiertem *bisnes* erwirtschaftet hatte.

Was Nemzow von seinen Landsleuten abhob, war etwas anderes: Er entstammte der urbanen Moskauer Elite. Mehr noch, er war ein Kind der privilegierten Sowjetnomenklatura. Sein Vater war KP-Funktionär und Minister. Die Mitglieder dieser Klasse und ihre Nachkommen rümpfen bis heute die Nase über Putin, den ungebildeten Emporkömmling, den Leningrader Proletarierjungen aus der Gemeinschaftswohnung mit Hofblick. Doch Putin hat ihnen eines voraus: Er hat nicht vergessen, wie seine Landsleute leben und fühlen, und die wissen, dass er es nicht vergessen hat.

Nemzow war ein sogenannter Westler, wie es sie in Russlands Geschichte immer wieder gegeben hat. Sie wurden vom Westen hofiert, unterstützt und als grosse Zukunftshoffnung gehandelt. Perfide ist, dass der Westen Nemzow eine Bedeutung zuschrieb, die er nie hatte. Der Bürgerrechtler war keine tödliche Gefahr für das System Putin, er war für den Kremlchef nur eine lästige Irritation. Ganz sicher war er niemand, den man von Mörderhand beseitigen lassen musste. Nur aus dieser falschen Logik ergibt der grauenvolle Mord einen Sinn: Hauptsache, der Mörder ist Putin.

Mehr zum Thema: Seite 54

Personenkontrolle

Blocher, Martullo-Blocher, Blocher, Blocher, Blocher, Strahm

Ein Fall von Männerdiskriminierung im Hause Blocher? Die neue *Forbes*-Liste der reichsten Leute der Welt lässt dies vermuten. Auf Rang 489 steht die jüngste Tochter Rahel mit einem Vermögen von 3,5 Milliarden Dollar, knapp dahinter auf Rang 507 folgt Magdalena Martullo-Blocher mit 3,4 Milliarden. Auf Rang 1346 ist auch Lækkerli-Huus-Besitzerin Miriam mit 1,3 Milliarden vertreten. Nur Sohn Markus fehlt auf der Liste. Bevor sich nun das Männerbüro einschaltet, gilt es, in Betracht zu ziehen, dass bei Blochers die Frauen vielleicht einfach cleverer sind: Seit Martullo-Blocher die EMS-



Fehlt auf der Liste: Markus Blocher.

Chemie von ihrem Vater übernommen hat, hat sich der Aktienkurs mehr als vervierfacht. (rb)

Der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Strahm gilt als gutdokumentierter Debattierer. In seiner letzten Kolumne im *Tages-Anzeiger* warf der frühere Preisüberwacher der Schweizer Strombranche vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben. Nebenbei setzte Strahm zum Hohe Lied auf die Energiewende an. Dank staatlicher Förderung könnten 200 Milliarden Franken

Dank staatlicher Förderung könnten 200 Milliarden Franken gespart werden, behauptet Strahm.

gespart werden, behauptete er. «Deutschland, das schon vor zwanzig Jahren begonnen hatte, hat es vorgemacht und profitiert jetzt davon.» Die Aussagen erstaunen, explodieren doch in Deutschland die Kosten der staatlichen Energieförderung, während der CO₂-Ausstoss sogar gestiegen ist. Auf die Rückfrage, wie er seine Aussagen begründet, wirkt Strahm, als habe ihn die legendäre Dossierfestigkeit verlassen. Konkrete Argumente sind seiner Antwort nicht zu entnehmen. «Die Diskussion geht weiter», wimmelt er weitere Nachfragen ab. (are)

Nachruf



Ewig juvenil: Wissenschaftler Imhof.

Kurt Imhof (1956–2015) — «Gehen wir wieder mal was trinken?», fragte er, als wir uns das letzte Mal sahen, nach meiner Kritik am Manifest seines Club Helvétique. Wir pflegten uns früher auf Medienblogs zu fetzen; einmal spottete ich so über die sprachlichen Mängel einer Studie für das Bundesamt für Kommunikation, dass er eine zweite, verbesserte Fassung nachreichte. Dann lud er mich zum Essen ein: Er wollte auch verstehen, wie die Gegner tickten. Der allgegenwärtige Medienprofessor des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung konnte nerven: wenn er als Experte für alles den gestressten Journalisten die Schlagzeilen lieferte. Wenn er mit seinem Jahrbuch zur «Qualität der Medien» auf immer schwärzeren Kulturpessimismus machte. Oder wenn er in republikanischer Pose die *Weltwoche* schmähte, die, wie er dies tat, die demokratische Debatte sucht.

Aber man musste ihn immer achten für seine Lebensleistung: ein neues Forschungsfeld und ein eigenes Institut aufgebaut zu haben, auf dem härtesten Weg, nach einer Jugend in einfachsten Verhältnissen, Bauzeichnerlehre, Berufsmatur und fünfzehn kargen Jahren im Kampf um die akademische Karriere. Und man konnte ihn als ewig juvenilen Mann nicht nicht mögen. Beim letzten Essen wollte er über eine geplante Vorlesung zu Intimität und Öffentlichkeit sprechen. Ich scherzte: «Ich denke nicht einmal etwas, was nicht öffentlich werden könnte.» Er liess Abgründe errahnen. Kurt Imhof, der als Raucher, Töfffahrer und Workaholic das Risiko nie scheute, ist am Sonntag an Krebs gestorben. Er wird mir, uns allen fehlen. Markus Schär



«Heile, kleine Welt»: Polizeieinsatz vor der Reithalle, 2013.

Berner Reitschule

Der subversive Charme der Gewalt

Sie ist Magnet des Berner Nachtlebens, Zeitkapsel für die Erben der achtziger Jugendbewegung und Traumfabrik für unverwüstliche Kommunisten. Im Zentrum des linkskreativen Kollektivs gedeihen gewaltbereite Extremisten. Woher kommt das? *Von Florian Schwab*

Angriff einer «Gruppe Vermummter» auf die Polizeiwache, «sieben Polizeiautos demoliert», «Polizist verletzt» – was sich auf den ersten Blick ausnimmt wie die Schlagzeilen aus französischen Banlieues oder Hamburger Problemvierteln, ist in Wirklichkeit der Lagebericht aus der beschaulichen Schweizer Bundesstadt. Beschrieben sind die Geschehnisse von Freitagnacht vor zwei Wochen.

Die politischen Reaktionen auf die Ausschreitungen einer «grösseren Gruppe» (Kantonspolizei) folgten umgehend: Der städtische Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) beklagte einen neuen Höhepunkt des «Gewaltextremismus», Stadtpräsident Alexander Tschäpät (SP) versicherte, die «einmal mehr einfache Gewalt» sei «absolut unverständlich und aufs Allerschärfste zu verurteilen».

Wie immer, wenn vermummte Krawallbrüder in Bern losziehen, festigt die Reitschule ihren

Ruf als Refugium der «richtig harten Hunde», wie ein ehemaliger Szeneaktivist diesen zerstörungswütigen Menschenschlag betitelt.

Auch nach der jüngsten Attacke zogen sich die Täter auf den vor Berner Partyvolk wimmelnden sogenannten Vorplatz zurück. Hunderte oder Tausende friedlich feiernde Jugendliche aus Bern und Umland tun sich hier Woche für Woche am günstigen Bier gütlich und bilden so eine Art natürlichen, menschlichen Schutzschild vor allenfalls nachrückenden Kräften der Ordnungsmacht, derweil die Kapuzen- und Sturmmaskenfraktion sich unbehelligt ins Innere der Reithalle zurückzieht.

Auf der linksextremen deutschen Internetseite Indymedia.org wird tags darauf ein Communiqué der Marodeure veröffentlicht: «No justice, no peace, fight the police». Man habe «mit Farbe, Sprays und kaputten Scheiben unsere Wut gegen dieses kranke System ausgedrückt», wo «die

Marionetten der Staatsgewalt Tag für Tag People of Color» verhafteten und erniedrigten.

Krawall als Geburtstagsgeschenk

Um wen genau es sich bei den Urhebern des Krawalls handelt, muss offenbleiben. Klar ist lediglich: Es sind etliche Dutzend Rabauken aus dem Umfeld linksradikaler Organisationen wie der Antifaschistischen Bewegung (Antifa), dem «Bündnis Alle gegen Rechts», der «faulsten Stadtguerilla der Welt» oder der Sprayergang 031, die für die visuelle Verschandlung von halb Bern verantwortlich zeichnet. Angriffe auf die Polizei sind in solchen Kreisen ein willkommener Zeitvertreib, den man sich gegenseitig auch gerne einmal zum Geburtstag schenkt, wie ein Gewährsmann sagt. In diesem Jahr bereits zum achten Mal entluden sich handfeste Aggressionen aus dem Umfeld der Reitschule in Richtung Polizei. Die Berner

Zeitung sieht die Kulturinstitution mittlerweile als «Festung des linksextremen Terrors».

Krawalle aus dem Reitschule-Dunstkreis, rhetorische Aufrüstung auf bürgerlicher Seite und äquidistante Einlassungen von Stapi Tschäppät (es sei falsch, die ganze Problematik der Reitschule anzulasten, gefragt «wären Ermittlungserfolge», dann aber, in ein anderes Mikrofon: «Oberste Maxime bei Einsätzen bleibt es, Polizisten möglichst keiner Gefährdung auszusetzen»): In Bern vollzog sich in den letzten Wochen ein weiterer Akt in einem endlosen Trauerspiel.

— Oktober 2014: Fünfzig Maskierte stören eine Technoparty in der Grossen Halle der Reitschule, wo neben dem «Dachstock» auch ein normaler Konzertbetrieb, oftmals ohne politischen Bezug, gepflegt wird. Die Täter entwenden die Kasse der Veranstalter. Hintergrund sind antikapitalistische Reflexe: Im alternativen Kulturzentrum soll nicht für Geld aufgespielt werden.

— August 2014: Vandalen verwüsten die Grosse Halle mit Graffiti-sprayereien auf mehreren hundert Quadratmetern. Fritz Rüttimann, ein Vorstandsmitglied der Grossen Halle, wagt den Gang an die Öffentlichkeit und beklagt in der Zeitung *Der Bund* das in der Reitschule herrschende «Gesetz der Omertà»: Es werde nicht offen diskutiert, «aus Angst oder weil man Aussenstehenden keine Argumente gegen die Reitschule liefern will». Die für Kommunikation verantwortliche «Medien-gruppe» der Reitschule stellt sich gegen den Nestbeschmutzer: «Das Klagen über Sprayereien im Umfeld der Reitschule und dass dadurch Kulturveranstaltungen verunmöglicht würden, können wir nicht nachvollziehen.»

— Juni 2014: Die Polizei führt vor der Reitschule eine Aktion gegen Drogendealer durch. Diese flüchten ins Innere der Reitschule, wo sie sofort Beistand von anwesenden «Reitschülern» erhalten, die die Polizei nach eigenen Angaben «aktiv gestört» und behindert haben. Ausbeute der Razzia: sieben Anzeigen wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz und sieben Anzeigen wegen Verstössen gegen das Ausländergesetz.

— Dezember 2013: Brennende Strassensperren vor der Reithalle. Drei Polizisten werden verletzt. Der Gemeinderat säuselt, es sei bedauernd, «dass einmal mehr eine kleine Minderheit von Randalierern und Vermummten die Reitschule als Kulturzentrum in Misskredit gebracht hat». Sicherheitsdirektor Nause gibt sich resigniert: «Es ist nicht nur bei der Reitschule so, sondern überall: Für jeden Entscheid braucht es eine politische Mehrheit.»

— Juli 2013: stundenlange Strassenschlachten. Passanten und Sicherheitsleute werden mit Steinen, Feuerwerk und Molotowcocktails angegriffen. Stadtpräsident Alexander Tschäppät bringt die Polizei gegen sich auf, als er den Gemeinderat aus der Verantwortung nimmt und stattdessen die Polizei anprangert:

«Die Polizisten werden dafür bezahlt und ausgebildet, einzuschreiten.»

— Oktober 2012: Wiederholt fliegen vor der Reitschule Flaschen auf Polizeiautos. Zu den Attacken bekennt sich die selbsternannte «faulste Stadtguerilla der Welt». In kruden Bekanntmachungen werden die Taten gerechtfertigt als Massnahme gegen die «Hyperakkumulation in diesem Raubtiersystem» und gegen einen angeblichen «Blutegel-Kapitalismus».

Die Liste liesse sich problemlos bis in die 1980er Jahre zurück verlängern. Seit dann nämlich ist die Reithalle, die sich auf einem Grundstück von mehr als 5000 Quadratmetern an guter Berner Stadtlage befindet, offiziell besetzt. In der späten Blütezeit der Pferdekutsche als städtische Reitschule erbaut (1895–1897), diente das Gebäude seinem Eigentümer, der Stadt Bern, seit den 1930er Jahren einige Zeit als Lagerhalle und blieb seit den 1960er Jahren ungenutzt. Bis es im Jahr 1982 protestierende Jugendliche erstmals in Beschlag nahmen. Damals war Bern ein wichtiges Zentrum linksautonomer Jugendunruhen, die in den Zürcher Opernhaus-Krawallen ihren Ausgangspunkt genommen hatten. Anders als in anderen Schweizer Städten hat sich der Revoluzzergeist

Die Reitschule ist nach dem Vorbild einer kommunistischen Räterepublik organisiert.

in der besetzten Reithalle konserviert: Symbole, Rhetorik und Weltanschauung haben wie in einer Zeitkapsel überdauert.

Kultiviertes Hausbesetzer-Selbstverständnis

Zwar bezahlt der Betreiberverein der Reitschule, die sogenannte Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur), der Stadt Bern als Eigentümerin seit dem Jahr 2004 einen jährlichen Mietzins von mehr als 300 000 Franken. Diesen Betrag erhält die Interessengemeinschaft allerdings bis auf den letzten Franken vom Gemeinderat zurück – plus 60 000 Franken Beteiligung an Nebenkosten und Unterhalt. Noch einmal 60 000 Franken erhält das Tojo-Theater unter dem Dach der Reithalle. In den frühen 2000er Jahren hat der Steuerzahler zudem die Renovation des linken Kulturzentrums mit vierzehn Millionen Franken berappt – kein Pappentiel für die notorisch an Finanznot leidende Stadt Bern.

Das jährliche Nullsummenspiel – die Gemeinde bezahlt ihre eigene Miete an die Ikur – bestärkt die Reitschule-Betreiber bis heute in ihrem Hausbesetzer-Selbstverständnis. Auf der Internetseite der Reitschule heisst es denn auch nach wie vor: «Mit der Besetzung der Reitschule versuchten wir, uns Freiräume zur Verwirklichung von selbstbestimmtem und solidarischem Leben zu nehmen.»

Bestandteil des wackeligen Burgfriedens zwischen den Besetzern und der links-grün dominierten Stadtregierung ist eine alle paar Jahre erneuerte «Leistungsvereinbarung» mit einer Zusatzvereinbarung über Sicherheit und Kommunikation.

Im Innern der Organisation

Im Ernstfall sind die Verträge das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Sie verlangen beispielsweise, dass «die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit betreffend Konflikte» zwischen den Vertragspartnern «abgesprochen» werde. Bei der Gewalteskalation vor zwei Wochen reagierten die Reitschule-Betreiber mit blankem Hohn. Es gebe zwar «allenfalls bessere Ausgangspunkte» für solche «Aktionen», als dass sie «bei der Reitschule gestartet werden und dort enden». Im Übrigen sei das «Schreien» der Politiker nicht überraschend, denn «am liebsten sähen jene Polterer die Reitschule geschlossen und mit weisser Fassade, damit ihre heile, kleine Welt möglichst nicht gestört würde».

Um den ewigen Gewaltkreislauf bei der Reitschule und die süffisanten Reaktionen der «Reitschüler» zu verstehen, muss man sich etwas mit dem Innenleben der Ikur auseinandersetzen. In eigener Sache bekennt sich die Reitschule zu «basidemokratischen Strukturen» und «Selbstverwaltung». Tatsächlich sind dies Tarnbegriffe für eine Organisationsform nach dem Vorbild einer kommunistischen Räterepublik.

Die einzelnen «Räte», das sind in der Ikur die sogenannten Arbeitsgruppen: Hier die Betreiber der internen Druckerei, dort die Betreiber des linksradikalen Buchladens, dann die Theaterleute, politische Gesprächskreise, der Frauenraum («Bei uns gilt eine Nulltoleranz gegenüber sexistischen, homo- oder transphoben Übergriffen») und schliesslich die Bewohner des sogenannten Wohnhauses auf dem Areal. Die Leistungsvereinbarung mit der Stadt zählt per 2012 total zwölf Gruppen auf, die jederzeit neue Gruppen aufnehmen können. Gemeinsam bilden sie die sogenannte Vollversammlung, an der Entscheidungen im «Konsens» getroffen werden. Sprich: Statt Mehrheitsentscheidungen wird so lange diskutiert, bis sich alle einig sind. Ist das nicht der Fall, so wird nichts entschieden. Gegen den Widerstand radikaler Elemente läuft somit kaum etwas.

Ein zweiter wichtiger Bestandteil dieser «Räterepublik» ist das sogenannte imperative Mandat: Die einzelnen Delegierten haben keinen eigenen Entscheidungsspielraum, sondern müssen sich strikt an die Vorgaben ihrer Gremien halten. Der «Vereinspräsident» dient somit in erster Linie als Unterschriften-Geber gegenüber dem Gemeinderat, und die Delegierten, die für die regelmässigen Gespräche mit der Stadt gewählt werden, verstecken sich hinter ihrem Kollektiv. >>>

Die Stadt Bern anerkennt diese Bedingungen ausdrücklich in der Leistungsvereinbarung: «Verhandlungen mit der Stadt erfolgen durch Delegierte der Ikur. Entscheide werden nicht von den Delegierten gefällt, sondern an einer Vollversammlung.» Die Stadt nehme zudem «in zeitlicher Hinsicht Rücksicht auf die Dauer der Reitschule-internen Entscheidungsfindung».

Zur Gemeinschaft zählen neben den organisierten Gruppen laut früheren, wohl augenzwinkernd gemeinten Verlautbarungen der Reitschule-Betreiber auch «Querdenker und -schläger», die «Dealer von harten und weichen Drogen» als «ungeliebte Dauergäste mit viel Sitzleder und prekärem Aufenthaltsstatus» sowie «Graffitikünstler», die manchmal «auch daneben» sprühen.

Mafiöses Schweigen

Diese Strukturen der organisierten Verantwortungslosigkeit sind wie geschaffen für die fortwährende Bewahrung altlinken Gedankenguts. Im Vorteil ist ein bestimmter Menschenschlag, der schon sehr lange dabei ist, jedes Detail kennt und sich eine Wahnsinnsgeuduld für unendliche Sitzungen über dogmatische Feinheiten angeeignet hat. Pragmatische Macher hingegen werden hier rasch ausgesteuert und vergrault. Die Flaschenwerfer, auf Krawall gebürstete und verummte «Künstler», gehören nach dieser Logik genauso zum Kollektiv wie harmlose Theaterliebhaber. Nach aussen gilt das Gesetz des mafiösen Schweigens.

Sinnbildlich für die Reitschule-Kultur steht der langjährige Ikur-«Präsident» Thomas «Tom» Locher. Ursprünglich aus einem wohlhabenden Vorortshaushalt (sein Vater ist ein hoher Krankenkassenfunktionär), wurde er an der Reitschule zum linksextremen Ideologen, wie er im Buche steht. In einem Porträt der *Wochezeitung* attestiert er sich selbst einen «Hang zum Radikalen» und deutsch dies auch aus: «Die



«Gewaltextremismus»: Sicherheitsdirektor Nause.

Polizei ist nicht für mich da. Sie ist gegen mich.» An anderer Stelle bezeichnet er die Schweiz als «Polizeistaat». Die anonymen Führungspersonen der Ikur, so die Überzeugung eines von der *Weltwoche* befragten Stadtpolizisten, wüssten genau, wer die Randalierer seien. «Doch Gewalt ist in den Reitschule-Strukturen salonfähig, solange sie sich gegen Polizisten richtet.» Man erhalte dementsprechend aus dem Reitschule-Umfeld «null» sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen könnten. Stattdessen müssten die Einsatzkräfte froh sein, wenn sie selber vom Sicherheitsteam der Reithalle, das sich ironisch «Wellness-Team» nennt, nicht tätlich angegriffen würden.

Die Lippenbekenntnisse zur Polizeiarbeit aus dem Gemeinderat helfen laut Quellen von

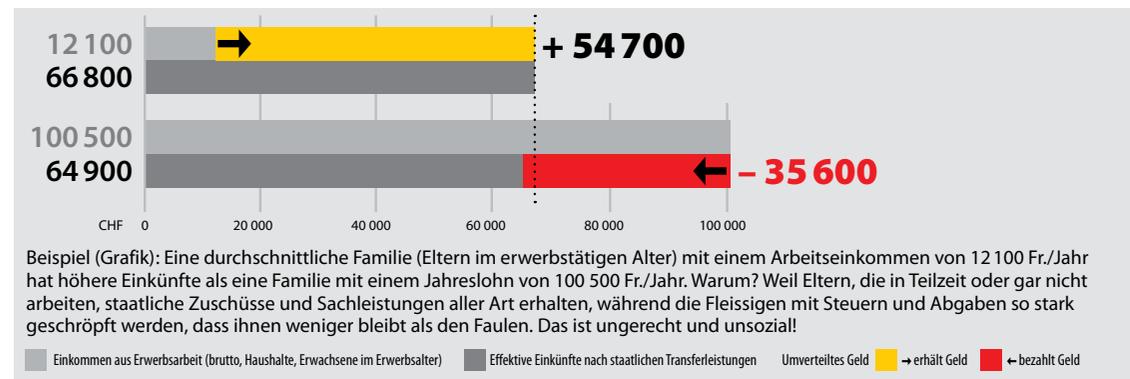
der Stadtpolizei nicht weiter. Solange die Stadt als Vermieterin in ihrem eigenen Haus «links-extreme» Strukturen dulde, sei die Ermittlungsarbeit in vielen Fällen zum Scheitern verurteilt. Die radikalen «Reitschüler» werden durch drei Sicherheitszäune geschützt. Der erste ist, wie erwähnt, das feiernde Partyvolk. Der zweite sind die undurchschaubaren Ikur-Strukturen, bei denen die Verantwortung des Einzelnen ein Fremdwort ist, und der dritte Schutzwall ist die links-grüne Berner Politik. Jeder Anlauf, über eine Volksabstimmung etwas an den Zuständen in der Reitschule zu ändern, ist bislang hochkant gescheitert.

Der Nichtberner steht irritiert vor dem kommunistisch-mafiösen Biotop der Reitschule. Ist das anarchistische Treiben die ewige Rache der Berner am Hochmut der vormals tonangebenden Patriziergeschlechter? Kommt darin der besondere Stolz der Bundesstadt zum Ausdruck, sich (wenn auch sonst nichts) wenigstens diese in den Augen des übrigen Landes hässliche Zone des mühsam kontrollierten Chaos zu leisten? Oder ist es viel profaner und die Berner wollen das bewahren, was im weiteren Umkreis als Einziges den Namen «Nacht-leben» irgendwie verdient?

Wie auch immer: Angesichts der fortwährenden Gewalt ist es in den Augen der Polizisten nur eine Frage der Zeit, bis auf ihrer Seite Todesopfer beklagt werden müssen. Es wäre die endgültige Eskalation. Dies zu verhindern, haben nur die tonangebenden Leute in der Reitschule in der Hand. Als die «faulste Stadtguerilla der Welt» vor drei Jahren Flaschen auf vorbeifahrende Polizeiautos warf, vermisste Tom Locher dabei «den subversiven Charme». Laut *Wochezeitung* verstand er nicht, «warum man vor der Reitschule Flaschen wirft und nicht auf das Hauptquartier der Polizei». Sein Wunsch ist vor zwei Wochen in der Nacht von Freitag auf Samstag in Erfüllung gegangen. ○

Faul sein lohnt sich!

Unser Sozialwesen ist krank! Wer 12 000 Franken pro Jahr verdient, lebt besser als ein mittelständischer Haushalt mit 100 000 Franken Jahreseinkommen. Warum? Die Faulen erhalten Sozialleistungen aller Art, die Fleissigen werden mit Steuern und Abgaben geschöpft.



Quelle: FOUNDATION CH 2048 / Weltwoche 06/2015

Wer das nicht will, wählt SVP



SVP des Kantons Zürich
 Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
 www.svp-zh.ch
 Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie unsere Arbeit.
 Mit herzlichem Dank.



Aus dem Ruder gelaufen

Von Alex Baur — Jolanda Spiess-Hegglin schildert die Entstehung des Zuger Sexskandals erstmals aus ihrer Sicht. Sie entlastet dabei ihren politischen Kontrahenten Markus Hürlimann (SVP) und erhebt schwere Vorwürfe gegen das Kantonsspital. Ein Lehrstück.

Der neuste gerichtsmedizinische Befund hat Jolanda Spiess-Hegglin, Zuger Kantonsrätin und Co-Parteipräsidentin der Alternativ-Grünen, in die Bredouille gebracht. Rückstände von sogenannten K.-o.-Tropfen konnten auch in ihrem Haar nicht nachgewiesen werden. Der Verdacht, dass die 34-jährige Politikerin einem heimtückischen Sexanschlag ihres politischen Kontrahenten Markus Hürlimann (SVP) zum Opfer gefallen sein könnte, rückt damit weiter in die Ferne (*Weltwoche* Nr. 1/15). Im gleichen Mass gerät Spiess-Hegglin zusehends selber unter Verdacht. Einen Unschuldigen hinter Gitter zu bringen, wäre ein nicht minder schweres Verbrechen.

Jolanda Spiess-Hegglin war bereit, gegenüber der *Weltwoche* erstmals darzulegen, wie das Strafverfahren gemäss ihrer Wahrnehmung zustande gekommen ist. Und sie erhebt dabei schwere Vorwürfe gegen das Zuger Kantonsspital, welches die Anzeige ohne ihr Einverständnis erstattet habe. Sie habe auch Hürlimanns Verhaftung nicht gewollt, sagt Spiess-Hegglin, sie könne sich einfach schlecht vorstellen, dass er «zu einer solchen Tat fähig wäre». Doch gehen wir der Reihe nach.

Am Sonntag, 21. Dezember 2014, meldet sich Spiess-Hegglin gemäss eigener Darstellung gegen 9.30 Uhr erstmals telefonisch beim Kantonsspital Zug. Um 11 Uhr erscheint sie vor Ort und äussert den Verdacht, jemand habe ihr heimlich eine «Substanz» ins Getränk gemischt, um sich sexuell an ihr zu vergehen. Es müsse am Vortag gegen Mitternacht geschehen sein, anlässlich der Landammanfeier. Sie habe einen Filmriss gehabt, sie wisse nur noch, dass sie gegen 2.30 Uhr in der Früh plötzlich zu Hause gewesen sei. Sie habe Schmerzen im Unterleib gehabt und wollte Gewissheit haben.

Kantonsratskollege Markus Hürlimann hatte ihr kurz vor dem Spitaltermin telefonisch mitgeteilt, er habe sie in der Nacht im Taxi noch nach Hause begleitet. Zuvor sei es zwischen ihnen zu Sex gekommen, in der «Käpt'ns Lounge», einem Sitzungszimmer der Restaurants «Schiff», wo die versammelte Zuger Politprominenz feierte. Er selber könne sich allerdings auch schlecht erinnern, was genau passiert sei. Danach habe sie keinen Kontakt mehr mit Hürlimann gehabt.

Statt den Verdacht auf K.-o.-Tropfen sofort abzuklären – was zu jenem Zeitpunkt eventuell noch möglich gewesen wäre –, wurde die Frau nach einer kurzen medizinischen Untersuchung wieder nach Hause geschickt. Eine



Filmriss: Spiess-Hegglin.

gynäkologische Abklärung fand, immer nach der Darstellung von Spiess-Hegglin, erst im Verlauf des Nachmittags statt. Stundenlang habe man sie warten lassen, bis man ihr um 18.50 Uhr endlich eine Urin- und Blutprobe abgenommen habe. Ein Nachweis der K.-o.-Tropfen ist aber höchstens zehn bis zwölf Stunden nach deren Einnahme möglich. Die untersuchende Ärztin habe ihr gesagt, es sei ihr überlassen, ob und wann sie Strafanzeige erstatten wolle. Sie habe beschlossen, die Resultate der Untersuchung abzuwarten.

«Teppich unter den Füßen weggezogen»

Am Montag habe sie noch einmal zu einem Nachuntersuch antraben müssen. Offenbar habe man bei der ersten Beweisabnahme Fehler gemacht und Tests nachholen müssen. Die nun anwesende Oberärztin habe ihr dabei erklärt, das Spital werde automatisch eine Strafanzeige wegen Schändung einreichen. Man sei dazu verpflichtet, weil es sich um ein Offizialdelikt handle. Sie sei überrascht gewesen, an sich habe sie sich auf das Arztgeheimnis verlassen. Sie habe das Verfahren – zumindest zu diesem Zeitpunkt – nicht gewollt, sich allerdings auch nicht dagegen gewehrt.

Im Verlauf des Nachmittags sei sie von der Polizei einvernommen worden. Sie habe nie mit Hürlimanns Verhaftung gerechnet. Weil

auch er Erinnerungslücken habe, bestehe immerhin die Möglichkeit, dass sie beide Opfer eines K.-o.-Tropfen-Anschlags geworden sein könnten. Deshalb sei sie schockiert gewesen, als sie am Dienstag durch den Anruf eines Journalisten der linken Internetplattform *Zentral+* von Hürlimanns Verhaftung erfahren habe: «Das hat mir den Teppich unter den Füßen weggezogen.»

Der Journalist habe von der Sache mit den K.-o.-Tropfen gewusst. Ausser ihrem Ehemann, versichert sie, habe sie niemandem davon erzählt. Hürlimann fällt als Quelle ausser Betracht, er sass in Haft. Wenn Jolanda Spiess-Hegglin die Wahrheit sagt, ist das Leck entweder beim Spital oder bei den Strafverfolgern zu suchen. Erfolglos habe sie versucht, durch Interventionen in der Chefetage den Bericht auf der ihr politisch nahestehenden Internetplattform zu verhindern. Zwar anonymisierte die Redaktion die Story. Doch Spiess-Hegglin war selber einst Journalistin, sie wusste, dass der Damm damit gebrochen war.

Mag sein, dass eine Notlüge am Anfang des Schlamassels stand (was sie natürlich bestreitet). Doch wenn ihre Darstellung zutrifft, war es eine übereifrige Ärztin, die mit einer vorschnellen Strafanzeige eine Lawine auslöste. Es wäre demnach ein Lehrstück über einen vagen Verdacht, der aus dem Ruder gelaufen ist. ○

Jedes Fünfte Kind

Von Henryk M. Broder —
Rätselhafter statistischer
Gleichklang.



Letzten Sonntag war es relativ ruhig in der Ukraine, die Griechenland-Krise machte Pause, und Sebastian Edathy bereitete sich auf den zweiten Verhandlungstag am

Landgericht in Verden unweit Bremens vor, wo die Polizei gerade ein islamisches Kulturzentrum durchsuchte, aber nichts Verdächtiges fand. Das war dann auch die erste Meldung in den RTL-Nachrichten um 18.45 Uhr. Es folgte ein Bericht über Klagen von Lehrern, laut denen an den Grundschulen «jedes fünfte Kind» nicht für die Schule geeignet und therapiebedürftig sei. Wer an diesem Tag die *Bild am Sonntag (BamS)* gelesen hatte, wusste bereits, worum es ging. Der Präsident des Bayerischen Lehrerverbandes hatte der *BamS* ein Interview gegeben, in dem er den Eltern vorwarf, ihre Kinder nicht zu erziehen, sondern zu verziehen. Sie würden «zu Hause alles bekommen und dürfen, ohne etwas dafür zu tun». Jedes fünfte Kind sei «schwer» oder gänzlich «unbeschulbar». Irgendetwas an dieser Meldung kam mir bekannt vor. Also googelte ich «jedes fünfte Kind» und wurde fündig. «Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut bedroht», so das Fazit einer Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahre 2014. «Jedes fünfte Kind in Deutschland ist zu dick», klagte die grüne Verbraucherschutzministerin Renate Künast bereits 2003. «Jedes fünfte Kind zeigt psychische Auffälligkeiten», meldete die *Welt* im Sommer 2013 und bezog sich dabei auf eine Untersuchung der Rostocker Universitätsklinik für Psychiatrie im Kindes- und Jugendalter. «Jedes fünfte Kind lebt mit süchtigen Eltern», so fasste die *Süddeutsche Zeitung* Ende 2011 den Jahresbericht der Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht zusammen. Und laut einem Bericht der Berliner *Taz* über «das letzte familiäre Tabu» dürfte «jedes fünfte bis zehnte Neugeborene» in Deutschland «ein Kuckuckskind» sein. Wie soll man sich diesen Gleichklang erklären? Ist die Gruppe der Kuckuckskinder identisch mit der Gruppe der übergewichtigen, von Armut bedrohten, psychisch auffälligen Kinder, deren Eltern ein Suchtproblem haben? Oder sind es fünf Teilgruppen, die zusammen hundert Prozent ergeben? Die Antwort könnte Licht in das letzte Tabu der Statistik bringen.

Gefährliche Utopien

Von Silvio Borner — Nicht die Aufwertung des Frankens bedroht den Wirtschaftsstandort. Was der Schweiz wirklich schadet, sind Denkverbote und wirklichkeitsfremde Absichten.

Auf einer Reise in den Anden hatte ich Gelegenheit, Reflexionen über die Schweiz aus grosser Höhe und Ferne anzustellen. Es geht uns ja gut, aber es ziehen dunkle Wolken auf. Nicht wegen der Aufwertung des Frankens, die eher eine Chance für die Wiederbelebung der Marktwirtschaft ist. Nein, es geht mir um geistige Entwicklungstrends, nämlich:

1 — Politische Korrektheit

Es hat seine lächerlichen Seiten, wenn man nicht mehr «Krüppel», «Mohrenkopf» oder «Weib» sagen darf. Politisch brisant wird es aber, wenn alles, was rot-grün daherkommt, «politisch korrekt», und alles, was aus der liberalen Ecke gesagt wird, «politisch unkorrekt» ist. So schreckt selbst ein freisinniger Bundesrat nicht vor dem Wort «Scheinselbständiger» zurück. Wehe aber, wenn jemand «Scheininvalid» ins Visier nimmt. «Abzocker» sind sozial verantwortungslos, aber Sozialschmarotzer sind Opfer und nicht Täter. Sozialliberal oder grünliberal ist gut, neoliberal aber des Teufels. Im ersten Fall schmücken sich Etatisten und Kollektivistinnen mit dem Prädikat liberal, um ihre wahren Absichten zu verschleiern. In letzterem Fall diffamiert man echte Liberale, die im Unterschied zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts jetzt nicht für die individuelle Freiheit in einem Feudalsystem kämpfen, sondern für ebendiese Freiheit in einem demokratischen Systemmix aus Markt und Staat. Die Linken fechten völlig wirklichkeitsfremd gegen Abzockerei, Sozialabbau oder Steuergeschenke, aber sie diffamieren jeden, der sachlich aus einer freiheitlichen Perspektive dagegenhält. Selbst die ehemals liberale NZZ scheint sich in der Energiepolitik lieber an die links-grünen politischen Korrektheiten anzuschmiegen und zeigt mit erhobenem Warnfinger auf «Nationalkonservative» und «rechte» Freisinnige.

2 — Illusion sozialen Wohlstands

Der Ausbau des Sozialstaates schreitet ungebremst voran. Es geht nicht nur um die Transferausgaben, sondern um eine Rundumbetreuung mit einem aufgeblähten parastaatlichen Apparat. Dabei wird der jetzige Wohlstand als für ewige Zeiten garantiert vorausgesetzt. Wachstum erscheint eher unerwünscht. Im Gesundheitswesen weitet man die Grundversorgung auf alles Mögliche und Unmögliches aus,

die Kantone entfachen einen staatlichen Wettbewerb um Spitäler. Die Kosten steigen, aber das stört nicht, weil wir ja die Schwachen bezüglich der Krankenkassenprämien subventionieren. Hier sind wir schon bei einem Drittel der Versicherten angelangt. Auf dem Wohnungsmarkt fordert man «bezahlbare Wohnungen» an besserer Lage und mit allem Komfort. Zürich will bis 2050 ein Drittel staatliche oder genossenschaftlich subventionierte Wohnungen zur Verfügung stellen. Sollte das zu Dichtestress führen, ist man in Basel schon auf die Idee gekommen, den Platzbedarf der Reichen auf 35 Quadratmeter pro Person zu beschränken und mehr Raumbeanspruchung happig zu besteuern. In Basel ist die Innenstadt weitgehend stillgelegt, dafür wurde mit Steuergeldern eine Tramlinie ins deutsche Einkaufsparadies erstellt.

3 — Ökologischer Gesinnungsterror

Kaum ein anderes Land ist mit utopischen Plänen so weit gegangen wie die Schweiz. Dabei macht der CO₂-Ausstoss gerade mal knapp ein Promille der weltweiten Emissionen aus, und er wird weiter sinken, egal, ob wir die Energiegewende wie geplant durchziehen oder nicht. Dies, weil insbesondere China und Indien die 2000-Watt-Gesellschaft für ein Luxusproblem der wohlstandsgesättigten Schweiz halten und die USA gerade eine Fracking-Revolution hinter sich haben. Wer alt genug ist, erinnert sich an den Hype in den frühen siebziger Jahren, als Meadows-Meadows mit ihren «Grenzen des Wachstums» die ganze Welt aufzurütteln schienen. So wurde etwa prognostiziert, dass in den USA um das Jahr 1990 herum das Erdgas verbraucht sein würde. Heute haben wir trotz jahrzehntelangem Mehrverbrauch grössere Reserven als je zuvor. Schon damals konnte ich nicht verstehen, dass ein so primitives Modell, das weder Preisanpassungen noch technischen Fortschritt berücksichtigte, ein solches Echo auslösen konnte.

Meine Prognose: Abgesehen von ein paar Exoten und Unbelehrbaren wird man sich im Jahr 2050 verwundert die Augen reiben, wie die Weltpolitik auf ein so primitives Klimamodell hereinfallen konnte. Den Klimawandel gibt es tatsächlich, aber es hat ihn halt schon immer gegeben. Und der CO₂-Ausstoss wird bis 2050 sicher zunehmen.



Wahlkampf und verletzte Eitelkeit

Von Hansrudolf Kamer— Israels Regierungschef Netanjahu hat in Washington vor einem Iran-Abkommen gewarnt. Präsident Obama war verärgert, weil er um seine brüchige Mittelost-Strategie fürchtet.



Auf den Ruinen seiner Aussenpolitik versucht der amerikanische Präsident einen Befreiungsschlag. In den letzten Tagen sind neue Details über die Nuklear-Verhandlungen mit dem Iran bekannt-

geworden, die andeuten, dass die Amerikaner in wichtigen Punkten nachgeben. Vor dem Ende der Administration Obama soll ein Abkommen erreicht werden – fast mit der Brechstange.

Amerikanische Präsidenten, mit ihrer politischen Endlichkeit konfrontiert, tun dies, um das historische Urteil über ihr Wirken zu verbessern. Obama könnte zwar entspannter an die Sache herangehen, weil er schon früh mit dem Friedensnobelpreis gekrönt wurde. Doch selbst er weiss, dass dies kein aussenpolitisches Qualitätssiegel ist. Auch führt er zurzeit mehr Kriege, als dass er sie beendet.

Einer, dem die Aussicht auf ein Iran-Abkommen Kopfschmerzen verursacht, ist der israelische Ministerpräsident Netanjahu. Er warnt seit Jahren davor, den Druck gegenüber Teheran zu vermindern und in den Verhandlungen nachzugeben. Die Einladung zur Rede auf dem Capitol nutzte er, um erneut auf die Gefahren einer Nuklearisierung des Iran hinzuweisen.

Verärgert war das Weisse Haus, weil der Präsident bei der Einladung übergangen worden war, weil Obama und Netanjahu persönliche Antipathien pflegen und weil sich die Administration in ihrem Friedensspurt nicht in die Parade fahren lassen will. Doch Ärger und Majestätsbeleidigung sind keine wirklich zielführenden politischen Kategorien.

Ein Iran-Deal kann durch die Republikaner im Kongress nicht verhindert werden. Nur politisch können sie die Suppe versalzen. Der Präsident versucht entgegen einer langen Tradition bei internationalen Abkommen, das Vorhaben am Kongress vorbeizuschleusen. Der Widerstand gegen eine Übereinkunft der Art, wie sie Obama will, ist in den letzten Wochen selbst bei den Demokraten gewachsen.

Auch der israelische Gast hatte mehrere Motive für sein Handeln. In zwei Wochen sind Neuwahlen der Knesset. Der Likud mit Netanjahu hat in den letzten Tagen in den Umfragen abgebaut. Es ist nicht mehr klar, dass der am

längsten regierende israelische Regierungschef im Amt bleiben wird. Die Rede in Washington war auch eine Wahlkampfred.

Ein israelischer Ministerpräsident, der vor Knesset-Wahlen einen amerikanischen Präsidenten brüskiert, verliert normalerweise. Netanjahus Gegner in Israel versuchen deshalb, aus der ganzen Aufregung politisches Kapital zu schlagen. Sie sprechen von einem Churchill-Komplex Netanjahus, um ihn lächerlich zu machen.

Auch der grosse Brite hatte wie Netanjahu dreimal vor dem Kongress gesprochen. Auch er war von den *appeasers* als Cassandra und wirklichkeitsfremde Kriegsgurgel gebrandmarkt worden. Nicht dass die Situationen gleich wären, aber als Schmähung eignet sich die Churchill-Parallele eher schlecht.

Präsident Bush der Erste versuchte nach dem Golfkrieg 1991, den halsstarrigen alten Ir-gun-Terroristen und Ministerpräsidenten Jitzhak Schamir für den «Friedensprozess» gefügig zu machen, indem er gewisse Kreditgarantien zurückhielt. Schamir verlor prompt die Wahlen von 1992.

Doch geschah dies weniger wegen des amerikanischen Drucks als wegen Kritik in der eigenen Partei. Seine Opponenten hatten ihm vorgeworfen, an der Friedenskonferenz in Madrid gegenüber Arabern und Palästin-

ern zu nachgiebig gewesen zu sein. Madrid verlief im Sande, und auch Bush wurde nicht wiedergewählt.

Das zweite Beispiel betrifft Netanjahu selbst. Seine Niederlage gegen Ehud Barak im Jahr 1999 wird der öffentlichen Kritik der Administration Clinton zugeschrieben, er habe das sogenannte Wye-Memorandum von 1998 sabotiert, eines der vielen Papiere, die den Weg erfolgloser Nahostverhandlungen säumen.

In Wirklichkeit war Jassir Arafat, der Palästinenserführer, der Chef-Saboteur, was die Clintons später auch einräumten. Clintons eigener grosser Schlusspurt für einen Palästina-Frieden – auch er brauchte etwas für die Geschichtsbücher – scheiterte ebenso spektakulär an Arafat. Für die Niederlage Netanjahus allerdings waren andere Dinge, auch eigene Unzulänglichkeiten, ausschlaggebend. Seither hat er viel gelernt.

Unübersichtliches Gewimmel

Der Niedergang der beiden Grossparteien, des Likud und der Arbeitspartei, hat die israelische Politik stark verändert. Der Likud braucht im unübersichtlichen Gewimmel keine eigene Mehrheit, sondern muss nur die stärkste Partei werden, um wieder Koalitionsverhandlungen zu führen.

Hier könnte sich Netanjahus Anti-Iran-Rede in Washington auszahlen. Seine Wahlkampfstrategie war es, den Kleinparteien rechts vom Likud Wähler abspenstig zu machen. Diese sind zwar proamerikanisch, aber ebenso skeptisch gegenüber dem Iran. Gut möglich, dass sie das Zeter und Mordio über die Amerika-reise mehr auf die Eitelkeit zweier hochempfindlicher Persönlichkeiten als auf grundlegende Differenzen zurückführen.



Churchill-Komplex: Ministerpräsident Netanjahu.

Gute Griechen, schlechte Schweizer

Von Christoph Mörgeli

Selbstverständlich müsse man «Abkommen und Verträge als ungültig aufkündigen»: «Dann nämlich, wenn Verträge unzumutbar sind und/oder ihren Zweck nicht mehr erfüllen können.» Es gehe um «eine Stabilisierung der gegenwärtigen unhaltbaren Situation» und um «pragmatische Sofortmassnahmen». Solches liest man im *Tages-Anzeiger*. Die gefühlte Anteilnahme gilt einem Kleinstaat, der an Knebelverträgen mit der mächtigen EU leidet. Doch gemeint ist selbstverständlich nicht die Schweiz, die eine EU-Massenzuwanderung überfordert. Gemeint ist ausschliesslich Griechenland in seinem Entschuldungskampf mit der Europäischen Union.

Der Griechenversther Stefan Howald, Redaktor der linksextremen *Wochenzeitung*, nutzt die Tribüne des *Woz*-Gründers Res Strehle für eine Verständnisoffensive zugunsten des linksextrem regierten Griechenland. Howald plädiert für das Selbstverteidigungsrecht und die Souveränität der Hellenen, die das EU-Joch abschütteln und ihren Peinigern in Brüssel die gültigen Verträge vor die Füsse werfen sollen. Denn diese seien «unzumutbar» und «unhaltbar». Dabei haben die Griechen viele Milliarden Euro empfangen. Nun sollen sie etwas sparen. Und schon erscheint ihre Zukunft so düster wie ein nächtlicher Blick durch ein Ofenrohr.

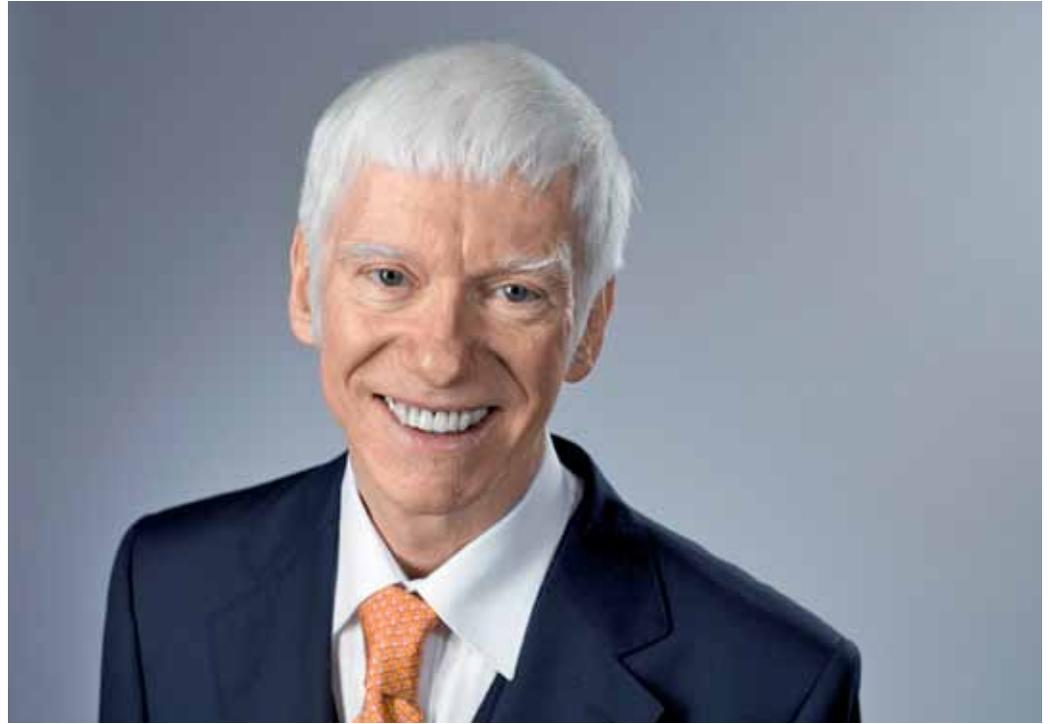
In die Schweiz sind innert zehn Jahren über 700 000 Menschen eingewandert – so viele, wie die Städte Genf, Basel, Lausanne, Bern und Luzern Einwohner zählen. Auch dies ist «unzumutbar» und «unhaltbar». So hat der Souverän am 9. Februar 2014 befunden. Die Personenfreizügigkeit ist im Sinne einer eigenständigen Steuerung, einer Einführung von Kontingenten und eines Inländervorrangs neu zu verhandeln. Artikel 14 des Vertrags erlaubt Neuverhandlungen «bei schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen». Artikel 18 sagt: «Wünscht eine Vertragspartei eine Revision dieses Abkommens, so unterbreitet sie dem Gemischten Ausschuss hierzu einen Vorschlag.»

Der linke Publizist Stefan Howald gewährt dem EU-Land Griechenland mehr Souveränität als dem Nicht-EU-Land Schweiz. Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht das Gleiche. Bei den Hellenen geht's um pure Notwehr. Wenn die Schweizer eine Massenzuwanderung verhindern wollen, spricht Howalds *Wochenzeitung* von «Emotionalisierung», «schrecklicher Vereinfachung» und «Missbrauch der Demokratie».

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Strassburg rettet «Kassensturz»

Von Peter Bodenmann — Strassburg korrigierte nach sechs Jahren den ehemaligen SVP-Bundesrichter Roland Schneider.



Natürlich nicht: Bundesrichter Schneider, 2007.

Die SVP ist heute die stärkste Partei der Schweiz. Die stärkste Partei bekommt bei der Verteilung des staatlichen Kuchens immer mehr Bundesrichter. Weil hier die Konkordanz spielt. Zu Recht. Die Folge: Der Rechtsruck in der Politik führt zu einem Rechtsrutsch in der Rechtsprechung. Die herrschende Justiz ist immer auch ein bisschen die Justiz der jeweils Herrschenden. Im Zweifel entscheidet das Bundesgericht deshalb immer öfter gegen eine offene, transparente und liberale Gesellschaft. Dürfen Journalisten ihre Quellen schützen, weil es ohne Schutz der Quellen keinen kritischen Journalismus geben kann? Strassburg schützte im Gegensatz zum Bundesgericht die Journalisten. Darf das Schweizer Fernsehen mit versteckter Kamera arbeiten, um herrschende Missstände im Versicherungswesen aufzudecken? Natürlich nicht, befand 2008 die unter dem Präsidium des SVP-Richters Roland Schneider tagende Kammer des Bundesgerichtes. Und verurteilte in Sachen versteckter Kamera unter anderen Ueli Haldimann, den ehemaligen Chefredaktor des Schweizer Fernsehens.

Ueli Haldimann blieb – wie vielen in der Schweiz, die unter der Plage der SVP-Richter leiden – nur der obermühsame und langwierige Gang nach Strassburg. Haldimann bekam mit sechs Jahren Verspätung recht. Der «Kassensturz» darf neu wieder Missstände mittels verdeckter Kameras aufdecken. Trotz der SVP, dank

den Strassburger Richtern und im Interesse von uns Zuschauern. Kenner der bundesgerichtlichen Rechtsprechung haben nachgerechnet: Strassburg korrigiert dreimal häufiger Fehlentscheide von SVP-Richtern als solche von anderen Richtern. Weil jene im Interesse ihrer Partei lockerer gegen schweizerisches und internationales Recht entscheiden. Der juristische Arm der SVP schützt im Zweifel die Reichen, die Schönheitschirurgen und den repressiven Staat.

Im Bundesrat stellte – wenn Urs P. Gasche von *Infosperber.ch* keinem falschen Informanten aufgefressen ist – Ueli Maurer den Antrag, die Schweiz solle ihre Mitgliedschaft im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kündigen. Und die SVP wird in der gleichen Logik mit der Unterschriftensammlung für ihre Wahlkampf-Initiative «Schweizer Recht vor fremdem Recht» beginnen. Europäisches Recht ist kein fremdes Recht, weil die Menschenrechtskonvention auch eine Schweizer Konvention ist. In Strassburg sitzen nicht fremde Richter, sondern auch Schweizer Richter. Der Gang nach Strassburg ist zwar mühsam, aber er ist eine Errungenschaft auch für die Schweizerinnen und Schweizer. Es geht nicht um weniger, sondern um mehr Rechte für jeden Einzelnen von uns. Werden wir uns Strassburg von der SVP wegnehmen lassen?

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Mehr zum Thema: Seite 45

Am Ende des Boulevards

Von Kurt W. Zimmermann — Irgendjemand muss Roger Schawinski sagen, dass es so nicht mehr geht.

Das erste erfolgreiche Beispiel war die «Phil Donahue Show». Sie startete 1970 in den USA. Das Konzept war simpel. Der Talkmaster lud kontroverse Gäste ins Studio. Dort versuchte er dann, seine Gäste in Verlegenheit zu bringen.

Am besten lief die Show bei polarisierenden Themen. Damals waren das Themen wie Homosexualität, Atheismus und String-Bikinis.

Roger Schawinski liefert vierzig Jahre nach Phil Donahue ein ähnliches Format. Im angelsächsischen Raum nennt man es *tabloid talk show*, also Boulevard-Debatte. Die Medienwissenschaft definiert sie oft als eine Unterform des Trash-TV, des Müll-Fernsehens.

Leider ist Schawinski kein guter Adept von Donahue mehr. Schawinski ist durch eine traumatische Erfahrung das Flair für Boulevard abhandengekommen. Darum ist seine Talkshow keine aufregende Talkshow mehr.

Es gibt beim TV-Talk zwei Grundtechniken. Entweder umschmeichelt der einfühlsame Moderator den Gast, bis der allerlei Dummheiten erzählt. Oder dann provoziert der aggressive Moderator den Gast, bis der allerlei Dummheiten erzählt.

Eine talentierte Anwenderin der Einfühl-Technik war Oprah Winfrey, die bis heute erfolgreichste Vertreterin des Genres. Die höchsten Quoten machte sie mit Bekenntnissen von Fettsüchtigen, Silikon-Monstern und Transsexuellen.

Ein talentierter Anwender der Aggressions-Technik war Roger Schawinski. Er holte etwa den kontroversen Dschihadisten Nicolas Blancho ins Studio, die kontroverse Society-Lady Irina Beller oder den kontroversen Kabarettisten Andreas Thiel.

Doch dann zerlegte ihn Thiel erbarmungslos vor der Kamera. Schawinski verlor vollkommen die Fassung, titulierte seinen Gast mit dem A-Wort und erntete für sein journalistisches Debakel landesweiten Spott. Wer ihn nur ein bisschen kennt, der ahnt, wie sehr diese öffentliche Demütigung sein Ego durchlöcherte.

Fast drei Monate später hat sich Schawinski nicht erholt. Seine Fragetechnik ist im Vergleich zu vorher seltsam phlegmatisch, flau und unpräzise. Aus lauter Verunsicherung bietet er sich bereits bei seinen Gästen an.

Ebenso auffällig hat sich die Auswahl der Gäste verändert. Seit dem Thiel-Trauma setzt Schawinski fast nur noch auf nette Prominenz und Halbprominenz aus der Unterhaltungs- und Medienbranche. Mike Müller, Polo Hofer,



Seltsam phlegmatisch: Interviewer Schawinski.

Harald Schmidt, Rudolf Strahm, Lukas Bärfuss, Markus Diem, Arnold Hottinger, Barbara Lüthi – alles Schauspieler, Showstars, Journalisten und Kolumnisten. Alle sind sie selber keine Akteure, sondern nur Zaungäste des Zeitgeschehens.

Wer wirklich für Diskussionen sorgt, den sieht man bei Schawinski nie. Kein Sergio Ermotti von der UBS, keine Jolanda Spiess-Hegglin aus Zug, kein Thomas Jordan von der Nationalbank, kein Xaver Dietrich von Carna Grischa, kein Wendelin Bucheli von der Pfarrei Bürglen, kein Urs Burkard von Sika.

Irgendjemand aus seinem Bekanntenkreis muss es Schawinski darum sagen. Roger, das ist nichts mehr. Als braver Stichwortgeber taugst du nicht. Du hast den Biss verloren. Du betreibst die Selbstdemontage deiner Reputation.

Lange war das Schweizer TV eine öffentlich-rechtliche Ausnahme. Es war der einzige Landessender mit einem Trash-Talk-Format. Der Moderator hatte die Erlaubnis der SRG-Oberen, seine Gäste auch unter der Gürtellinie anzugreifen. Die Erlaubnis hat er immer noch, aber er traut sich nicht mehr.

Phil Donahue, der Erfinder des Talk-Genres, wurde nie richtig zahm. Sein letzter Ausrutscher war eine Tirade gegen den Krieg im Irak. Er wurde entlassen. Bei seinem Schweizer Nachfahren gibt es kein Risiko eines Ausrutschers mehr.

Weibliche Keule

Von Beatrice Schlag — Streit um das geschwungene Handtäschchen.

Die Frau, die mit der Tasche in der Hand ausholt, um jemandem eins überzubraten, war jahrzehntelang für Witzzeichnungen und Gelächter gut. Die rabiaten Frauen kamen in unzähligen italienischen Filmen der fünfziger und sechziger Jahre vor, und nicht nur dort. Ziel ihrer Wutangriffe waren in der Regel Nebenbuhlerinnen oder untreue Ehemänner, die sich hatten erwischen lassen. Soweit bekannt, wurde noch niemand durch eine Frauenhandtasche an Leib und Leben gefährdet, auch wenn sie ihm über den Schädel gezogen oder um die Ohren gehauen worden war. Im Gegensatz zur Bratpfannen-Schwingerin hatte die Handtaschen-Furie immer etwas rührend Harmloses an sich.



Man kann das auch anders sehen, wie die Berichte der letzten Tage aus der schwedischen Kleinstadt Växjö zeigen. Falls sie Ihnen entgangen sind: 1985 wurde die damals 38-jährige Danna Danielsson dabei fotografiert, wie sie von hinten einen fahnenschwingenden Glatzkopf bei einer Neonazi-Kundgebung mit ihrer Handtasche zu malträtiertern versuchte. Der Treffer misslang offensichtlich, denn der Glatzkopf auf dem Bild zieht nicht einmal den Kopf ein, während die Tasche seine Schulter streift. Dennoch oder gerade deshalb ist das Foto der empörten Frau so eindrucklich, dass es die Runde machte. Danielsson, deren Mutter ein deutsches Konzentrationslager überlebt hatte, ist seit mehreren Jahren tot. Fast dreissig Jahre nach Veröffentlichung des Bildes schlug die Künstlerin Susanna Arwin vor, die Zivilcourage der Frau mit einer Statue in Växjö zu ehren, und stellte einen Entwurf ins Internet. Die Behörden lehnten ab: Växjö sei für Demokratie und Redefreiheit. Es gehe nicht an, Andersdenkende zu schlagen. Die Statue käme einer Gewaltverherrlichung gleich. Gewaltverherrlichung? Es ist nicht nur grotesk, sondern auch erschreckend dumm, einen gezückten Einkaufsbeutel in eine Reihe zu stellen mit den verstörenden Gewalttaten von Paris oder Kopenhagen. So, wie die Satire-Diskussionen nach dem Attentat auf *Charlie Hebdo* erschreckend dumm waren. Macht Angst so hirnrissig, dass das Gefühl für Zivilcourage taub wird? Immerhin: Seit dem Kunstskandalchen von Växjö wurden in Schweden Dutzende von Statuen unbestrittener Würdenträger mit Handtäschchen behängt.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man pensionierten Personen ein schönes Wochenende wünschen? *Paul Schärli, Ipsach*

Von pensionierten Kollegen bekommen wir ja oft zu hören, sie seien im vermeintlichen Ruhestand so ausgebucht wie nie zuvor. Ob Wunschdenken oder nicht – viele Rentner fühlen sich beschäftigt. Es ist deshalb nicht bloss erlaubt, sondern ein Gebot der Wertschätzung, sie auf das wohlverdiente Wochenende anzusprechen. Aber nur beiläufig bitte – es handelt sich ja um eine Selbstverständlichkeit.

Alex Baur

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Ich kann es einfach nicht glauben, dass die Ermittlungen im Fall Regine Aeppli vom Kantonsrat abgeblockt wurden!» *Barbara Peter*

Vermischung von Justiz und Politik

Nr. 9 – «Die Aufklärer löschen das Licht»; Philipp Gut über Regine Aeppli

Ich kann es einfach nicht glauben, dass die Ermittlungen im Fall Regine Aeppli vom Kantonsrat abgeblockt wurden! Nicht, weil es mich gross kümmert, was dabei herausgekommen wäre, aber offenbar war ich bis jetzt so naiv, zu glauben, dass die Justiz unabhängig von der Politik agiert und eine solch unselige Vermischung schlichtweg nicht möglich ist in unserem Rechtsstaat. Kleine Fussnote: Wissen Sie, warum ich der Familieninitiative der CVP zustimme? Weil sich die SVP dazu durchgerungen hat, sich auch hinter sie zu stellen und die politischen Animositäten der Sache unterzuordnen. Traurig genug, dass einem als Stimmbürger in der heutigen Hickhack-Politikatmosphäre fast nur noch die Zuflucht zu solch miesem Kalkül übrigbleibt, in der Hoffnung, dass es von den scheinbar Verblendeten erkannt und richtig interpretiert wird.

Barbara Peter, Wil

Dass der Zürcher Kantonsrat es abgelehnt hat, die Immunität von Frau Aeppli aufzuheben, ist schlicht ein Skandal und zeigt exemplarisch, wie die vielgepriesene Rechtsgleichheit hierzulande mit Füßen getreten wird, ohne dass dies von den Medien, die sich immer als Wächter des Rechtsstaats aufspielen, gross thematisiert wird (mit Ausnahme der absolut zutreffenden Analyse von Herrn Gut). Dabei wäre es vorerst nur darum gegangen, eine von der Oberstaatsanwaltschaft Zürich von Amtes wegen eingeleitete Strafuntersuchung korrekt durchführen zu können, wobei deren Ergebnis noch keineswegs festgestanden hätte. Dass man gerade Amtsträgern, bei denen man sich auf eine unparteiische und korrekte Amtsführung verlassen können müsste, im Gegensatz zum Normalbürger, der für alles geradestehen muss, eine Sonderbehandlung zukommen lässt, ist unvertretbar, zumal es keine höhere Instanz gibt, die solche Fehlleistungen korrigieren könnte.

Christoph Breitenstein, Basel

Ausnahmsweise enttäuscht

Nr. 9 – «Fall Sika»; Editorial von Roger Köppel

Die *Weltwoche* gehört zu meinen unverzichtbaren wöchentlichen Lektüren, nicht zuletzt wegen der prononcierten und luziden Kommentare des Verlegers. Dessen Bemerkungen zum Fall Sika haben mich ausnahmsweise enttäuscht, weil sie der tatsächlichen Rechtslage

aufgrund der Statuten von Sika überhaupt nicht gerecht werden. Gemäss den Vinkulierungsbestimmungen in den Statuten kann der Sika-Verwaltungsrat «einen Erwerber von Namenaktien ablehnen, soweit die Anzahl der von ihm gehaltenen Namenaktien 5 % der Gesamtzahl der im Handelsregister eingetragenen Namenaktien überschreitet».

Der Sika-Verwaltungsrat macht gegenüber Saint-Gobain von seinem Ablehnungsrecht zu Recht Gebrauch. Denn diese Bestimmung gilt auch bei einem Verkauf der Namen- und Stimmrechtsaktien durch die Familie Burkard. Die Statuten enthalten keine Klausel, wonach die erwähnte Vinkulierung für die Familie Burkard, die sich wiederholt als Ankeraktionär zur Erhaltung der Selbständigkeit von Sika bezeichnet hat, nicht gelten soll. Mit der Vinkulierung der Namen- und Stimmrechtsaktien soll vielmehr sichergestellt werden, dass die Nachfahren von Romuald Burkard Sika nicht aus rein finanziellen Überlegungen einem unliebsamen Erwerber verkaufen können. Die Burkard-Erben sind bei ihrem Verkauf der Aktien über eine wichtige Massnahme ihres Vaters zum Schutz von Sika gestolpert. Hoffentlich ist der Verwaltungsrat mit seinen Bemühungen, den Verkauf zu verhindern, erfolgreich.

Rudolf P. Schaub, Walchwil

Sicherheit und Lärmschutz

Nr. 8 – «Lärmschutz statt Sicherheit»; Alex Reichmuth über den Flughafen Zürich

Nicht Sicherheit anstatt Lärmschutz muss am Flughafen das Ziel sein, sondern Sicherheit und Lärmschutz. Dazu braucht es keine Verlagerung von Flugrouten über dichtestbesiedelte Regionen der Agglomeration Zürich, sondern den längst fälligen Pistenausbau. Damit lässt sich grösstmögliche Sicherheit erreichen bei einer möglichst kleinen Anzahl von «belärmten» Personen.

Yvonne Wewerka, Pfaffhausen

Neue Weiblichkeit?

Nr. 8 – «Kampf der Königinnen»; Hubert Mooser über den Bundesrat

Beim geradezu unheimlichen «Triumfeminat» Widmer-Schlumpf, Leuthard und Sommaruga frage ich mich schon seit langem, ob das gegenseitige Hauen, Treten, Beissen und Stechen untereinander jetzt diese neue, angeblich viel menschlichere, weil weibliche Politik ist, die von den einstigen Kämpferinnen für das Frauenstimmrecht und den heutigen für mehr Frauen in der Politik verspro-

chen wurde und wird. An die drei Bundeshaus-Königinnen reihen sich ja mit gleichen Qualifikationen nahtlos Namen wie Mauch, Aeppli, Rickli, Kiener Nellen usw. Anders an dieser weiblichen Politik ist doch eigentlich nur, dass die Trickserien bei solchen politisch Mächtigen noch viel rigorosier und gnadenloser praktiziert werden, als dies bei männlichen Politikern üblich ist.

Edi Borer, Neuhausen (D)

Keine Panik

Zur Nationalratskandidatur von Weltwoche-Chef Roger Köppel

Die Weltwoche ist für mich das journalistische Leuchtfeuer in der Schweiz. Nun wollen Sie in den gefährlichen Untiefen der Politik navigieren? Ich denke, das Risiko für meine Weltwoche, wie ich sie liebe, ist zu gross. Das Leuchtfeuer schützt vor Untiefen nicht!

Franz-Xaver Spörri, Zell

Zu Ihrem Entschluss, in die Politik zu gehen, möchte ich Ihnen gratulieren. Es braucht Leute wie Sie in der Politik, oder wir beugen uns der allgegenwärtigen linken Diktatur vollends. Ich habe nie einer politischen Partei angehört, auch nicht der SVP. Die SVP wird seit Jahren, egal, was sie sagt, sofort ausgebuht von diesen hirnlosen sogenannten intellektuellen Mitläufern linker Parteien. Wer links ist, ist «intellektuell» und braucht nichts zu denken, denn das besorgt für ihn die Partei, und bei der Gesellschaft ist man dann auf jeden Fall immer vorne mit dabei. Interessant ist auch: Sobald man Linke kritisiert, vermissen die Linken den politischen Anstand, den sie offenbar alleine haben.

Peter Boner, Luzern

Mit grosser Freude und Genugtuung habe ich die Nachricht von Ihrer Kandidatur für einen Sitz im Nationalrat vernommen. Nach hoffentlich erfolgreicher Wahl erhalte die bürgerliche Seite endlich Verstärkung durch einen Intellektuellen, der dem grassierenden Etatismus in Bern mit geschliffenen und überzeugenden Argumenten Paroli bieten würde. Sie wären ein Glücksfall für unser Land!

Hans-Peter Opferkuch, Forch

Hätte ich die Weltwoche wegen Roger Köppels unsäglichen Editorials nicht bereits vor vier Monaten gekündigt, dann würde ich es jetzt tun: Köppel (offiziell) in der SVP! Gute Nacht, Weltwoche! Zum Glück gibt es noch die NZZ – ohne SVPlers aus Basel am Steuerrad!

Paul Böhlen, Illnau

Viele Jahre lang war es Pflicht, dass sich bewährte Wirtschaftsführer in unserem politischen Milizsystem – mindestens eine gewisse

Zeit lang – als Politiker zur Verfügung stellten. Leider haben wir heute, vor allem von linker Seite, immer mehr Kandidaten, die als Leistungsausweis bestenfalls zwei bis drei Semester Hochschulstudium vorweisen können. Das Resultat zeigt sich in der krankhaften Zunahme von Bürokratie und blödsinnigen Gesetzen. Endlich wieder einmal von einem Kandidaten zu hören, der zu seinen liberalen, bürgerlichen Werten steht, ist eine Wohltat.

Rolf Leuzinger alt Kantonsrat FDP, Pfäffikon

Das Highlight der Woche: Roger Köppel ist bereit, für den Nationalrat zu kandidieren. Ein schon längst gehegter Wunsch vieler besorgter Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wird sich in Bälde erfüllen. Roger Köppel wird im Bundeshaus Einzug halten. Seine persönliche Stellungnahme zu seiner Kandidatur ist aussagekräftig, schnörkellos und beinhaltet keine geschniegelten Versprechen. Das ist eine starke Kandidatur. Die Neider sitzen hüben und drüben bereits in den Startlöchern und werden alles daransetzen, den Wahlkampf lediglich mit viel Häme und nichtsbringendem, ausschliesslich parteipolitischen Parteigezänk zu «beflügeln». Keine Panik. Roger Köppel wird seine Gegner zu überzeugen wissen und ihnen standhalten.

Heinz Sommer, Uster

Super, dass Sie in die Politik gehen. Es gibt viel zu tun. Vorab der Abbau der ausufernden Staatsausgaben und der Verwaltungsbürokratie. Hoffentlich können wir Auslandschweizer dann wieder mal in eine liberale und freie Schweiz zurückkehren! Viel Glück und Erfolg.

Urs Hess, Hongkong



www.stellen-anzeiger.ch

STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Leserblitz

Getäuscht

Sika: Wer den Blinker nach links stellt, sollte nicht rechts abbiegen. Von Doris Fiala

Pensionskassen, Kleinaktionäre und Mitarbeitende von Sika fühlen sich getäuscht. Bis Ende 2014 vertrauten sie begründet darauf, die Burkards stünden langfristig hinter dem Unternehmen. Noch am 28. November des letzten Jahres liess sich die Familie dazu in der Bilanz zitieren. Bis dahin waren die Burkards ein Vorbild.

Am 5. Dezember erfolgte der Schlag: Unerwartet waren die Aktien an den Hauptkonkurrenten Saint-Gobain verkauft worden, von langer Hand vorbereitet. Sonderrechte für die Familie wurden per Statuten gesichert, um dann den Verkauf ohne Vorwarnung zu tätigen und so den Erlös zu steigern. Die Konkurrenzsituation dürfte durch die Franzosen mit Stellenabbau in der Schweiz behoben werden; das ist einfacher, als Mitarbeitende im engen Gewerkschaftskorsett in Frankreich zu entlassen.

Legal ist nicht immer legitim

Der Verkauf ins Ausland ist im liberalen Wirtschaftsdenken nicht zu tadeln, auch wenn er schmerzt. Gegen Treu und Glauben zu handeln aber, darf nicht mit Eigentumsrecht verwechselt werden: Wer den Blinker nach links stellt und unerwartet nach rechts abbiegt, nimmt in Kauf, dass hinter ihm Schaden entsteht. Wen wundert da die Empörung?

Der Vorfall könnte Konsequenzen für andere Unternehmen haben, wenn Politiker urteilen, solche Fälle sollten künftig verhindert, das Aktienrecht müsse revidiert werden – zuungunsten einer liberalen Wirtschaftsordnung. Was legal ist, ist nicht immer legitim!

Die Familie hätte den Ausstieg vorbereiten, ihre Sonderrechte statutarisch korrigieren und Saint-Gobain hätte in einem normalen Prozess die Mehrheit erstehen können. Burkards Gewinnstreben ist legitim, die Handlungsweise dabei äusserst fragwürdig. Gutachter könnten gar zum Schluss kommen, dass es nicht rechtens war.

Doris Fiala ist FDP-Nationalrätin und Präsidentin von Swiss Plastics.

Bitte aufwachen, bitte aufrüsten

Die Realpolitik ist zurück. An den Rändern Europas herrscht Krieg. Aber auch die Schweiz leistet sich den Luxus militärischer Verwahrlosung. Mittendrin: Wehrminister Ueli Maurer. Mittlerweile ist sogar die SVP unzufrieden mit der Leistung ihres Bundesrats. Die Parteispitze macht Druck. Von Hubert Mooser

Viereinhalb Stunden sitzt er brav auf seinem Stuhl am Vorstandstisch der SVP Schweiz neben Fraktionschef Adrian Amstutz. Nur ganz am Schluss darf Bundesrat Ueli Maurer noch fünf Minuten reden, gegen den «politischen Mainstream», der auch die Sicherheit des Landes gefährde. Das war am letzten Samstag im luzernischen Nottwil, als die SVP-Delegierten in der Turnhalle des Paraplegiker-Zentrums über Bildung, Asyl und Burkaverbot stritten. Maurer rührte sich auch nicht, als seine Armee zur Debatte stand. «Es käme bei den Delegierten nicht gut an, wenn ich die vom Bundesrat beschlossene Armee reform hier vertreten würde», sagt er hinterher. Das habe man sehen können, als kantonale SVP-Bildungsdirektoren den Antrag stellten, man solle doch den neuen Lehrplan 21 nicht bekämpfen. Dies löste prompt heftige Wortmeldungen aus.

Dabei ist auch die SVP mit Maurers Armee reform unzufrieden. Der Ständerat wird sich in der Märzsession über die Reform beugen. Besonders die geplante Halbierung der Streitkräfte von 200 000 auf 100 000 Soldaten bereitet der SVP-Parteispitze Magenkrämpfe (mehr auf Seite 28). Maurers Partei fordert eine Armee mit 140 000 Soldaten. Gegen mehr Mannen hätte der Verteidigungsminister zwar nichts einzuwenden. Er warnt aber: «Diese Armee muss man dann auch noch finanzieren können.» Mehr Mühe hat Maurer mit einer anderen Forderung seiner Partei: Die Armee solle nach dem Nein der Stimmbürger zum Kauf eines neuen Kampffluggesetzes zwei oder drei Staffeln des Tiger F-5 als Übergangslösung weiterbetreiben. Maurer weiss: Zu häufig hat er im Abstimmungskampf betont, die F-5-Jets müssten altershalber ausgemustert werden. Er stimmt in Nottwil gegen die Flugzeugpläne der SVP und unterliegt.

Maurers Kunst des Möglichen

Die Niederlage bei der Gripen-Abstimmung im Frühjahr 2014 lässt ihn nicht los. Die Sicherheitslage habe sich seither verändert, betont Maurer und gibt sich überzeugt: «Heute würden wir gewinnen.» Maurer hat dabei den Ukraine-Konflikt und die Dschihadisten-Anschläge in Paris und Kopenhagen vor Augen. Gerade in der Ukraine lässt sich mitverfolgen, was passiert, wenn ein Staat keine Armee mehr hat. Zu einer Verschärfung der Sicherheitslage haben aber auch die über Nordafrika nach Westeuropa bis in die Schweiz einströmenden Islamisten beigetragen. Langsam dämmert auch Parlamentariern in Bern, dass man die Armee nicht

mehr weiter vernachlässigen dürfe. Tut Verteidigungsminister Maurer vor diesem Hintergrund aber auch das Richtige, um die Wehrbereitschaft zu erhöhen? Auch Vertreter seiner Partei finden, er fahre mit angezogener Handbremse. Nun will ihm die Partei mit den Armee-Beschlüssen der Delegierten Beine machen.

Aufwachen und aufrüsten – das erwartet die SVP von Ueli Maurer. Noch hält sich die Kritik am eigenen Bundesrat aber in Grenzen. Bei der Basis geniesst Maurer zwar nach wie vor grossen Rückhalt. Er diskutiere immer auf Augenhöhe mit den Leuten und nie von oben herab, sagen Delegierte in Nottwil, die sich im Innenhof des Paraplegiker-Zentrums eine Zigarettenpause gönnen. In den Führungsgremien der Partei hört man dagegen seit der Gripen-Abstimmung öfter, Maurer punkte als Bundesrat zu wenig für die SVP. Nach über sechs Jahren in der Landesregierung übe sich der Verteidigungs-

«Immer feste druff»: Angreifen und Attackieren – so kannte man Maurer als SVP-Parteichef.

minister verstärkt in der Kunst des Möglichen und nicht des Wünschbaren – wie bei seinem Reformprojekt Weiterentwicklung der Armee eben. Ein anderes Beispiel ist: Wenige Wochen nach Annahme der SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung verkündet er in den Medien: Der Bundesrat müsse die Freiheit haben, einen Weg für Verhandlungen zu suchen, «auch wenn es dazu Kompromisse in der Einwanderungsfrage brauchen sollte». Alt Bundesrat Christoph Blocher gab in der *Basler Zeitung* sofort zurück: «Herr Maurer ist Bundesrat. Bei einem Bundesrat weiss man nie, sagt er nun das, was er denkt, oder sagt er das, was er muss.» Selten wurde ein Bundesrat von einem Vorgänger derart in die Schranken gewiesen.

Das ist aber für Maurer nicht neu. Genau nach diesem Schema funktionierte die Beziehung zwischen Blocher und Maurer auch Ende der neunziger Jahre: Maurer gab als Parteichef eine Parteipolitik vor, Blocher änderte sie ohne Rücksprache handstreichartig, und Maurer passte sich an. Mit politischen Gegnern war Maurer weniger nachsichtig.

«Immer feste druff»: Angreifen und Attackieren – so kannte man den Zürcher als SVP-Parteichef. Von diesem Maurer ist nicht mehr viel übrig. Im Bundesrat ist er wie ein umgekehrter Handschuh. Er hält sich strikte an die Kollegiali-

tät. Einmal schert er aus, kritisiert die Ukraine-Politik von Aussenminister Didier Burkhalter – und entschuldigt sich sofort in der Öffentlichkeit für den Ausrutscher. Wie immer, wenn Maurer unerwartet einen Haken schlägt, rätseln alle, ob Taktik oder Kalkül dahintersteckt. Er versteht sich glänzend mit Bundesrätin Doris Leuthard und hat einen guten Draht zu Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Das konnte man am Mittwoch vor einer Woche nach dem gemeinsamen Mittagessen der Landesregierung im Hotel «Bellevue» wieder beobachten: Zügig marschiert Widmer-Schlumpf nach dem Essen ins Büro. Maurer spurtet ihr hinterher, holt sie ein und begleitet sie, ganz Gentleman, bis vor die Haustür. Die Finanzministerin half Maurer auch beim Erstellen eines Konzepts zur Verwendung der eingesparten Gripen-Gelder. Als SVP-Parteipräsident spuckte Maurer 2007 noch Gift und Galle gegen die Bündnerin, weil sie Blocher aus dem Bundesrat gedrängt hatte.

Mängel den Vorgängern angehängt

Der *Sonntagsblick* schrieb einmal über Maurer, er komme mit den Widersprüchen in seiner Politik zurecht, weil sie in seinem eigenen Wesen angelegt seien. Er habe die Verhältnisse, in die er hineingeboren wurde, lieben und hassen gelernt: ländliche Abgeschiedenheit und unerträgliche Armut. Die Partei ermöglichte dem früheren Bauernsekretär einen fulminanten Aufstieg in höchste Ämter von Kanton und Bund. Er sei auch als Bundesrat ein Parteisoldat geblieben, heisst es in Bern.

Anders als SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga will Maurer sein Departement nicht gestalten, sondern verwalten. Kaum im Amt, irritiert er Freund und Feind mit dem inzwischen vielzitierten Satz: Er wolle die beste Armee der Welt. Aber auch nach sechs Jahren im Amt hat der Verteidigungsminister keine Armee, die er im Ernstfall schnell mobilisieren kann. Noch immer können nicht alle Kampfverbände mit der notwendigen Ausrüstung versorgt werden. «Das wird sich mit der aktuellen Reform ändern», sagt SVP-Ständerat Alex Kuprecht, der Präsident der Sicherheitskommission des Ständerates. Danach soll die Armee vollständig ausgerüstet, besser ausgebildet, schneller einsatzbereit und regional stärker verankert sein.

Lange drehte sich Maurer mit seiner Reform im Kreis. Der grosse Kassensturz, die von Maurer erstellte ellenlange Armee-Mängelliste – am Anfang seiner Amtszeit galt dies noch als ein



Seine stärkste Momente hat er, wenn er sich unters Volk mischt: Bundesrat Maurer.

Geschönte Fassade

Die «Weiterentwicklung der Armee» ist in Wirklichkeit eine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit. Von Heinrich L. Wirz



Bundesrätliche Teilentwaffnung: VBS-Chef Maurer.

Mit dem Begriff Weiterentwicklung der Armee (WEA) – spricht: Militärgesetzänderung – versuchen Bundesrat und Verteidigungsdepartement (VBS), ein ursprünglich rein finanzgetriebenes und friedenseuphorisches, aber längst durch die geostrategische Lageentwicklung überholtes, verfassungswidriges und milizfeindliches Vorhaben schönzureden. Kein Spindoktor-Trick wird ausgelassen, um den Blick hinter die Fassade einer grösstenteils unnötigen Armee reform zu vernebeln. Das VBS betreibt eine regelrechte Propagandamaschinerie, um die zum Prestige projekt der Armee führung hochstilisierte WEA durchzuzwängen. Sprachregelungen werden befohlen und höhere Stabs-offiziere unterschriftlich zur geistigen Achtungstellung verpflichtet – in vermutlich überwiegender Zahl gegen Wissen und Gewissen. Denn es geht nicht um eine Weiterentwicklung der Armee, sondern in Tat und Wahrheit um eine erneute Schwächung. Verursacher des neusten Abrüstungsschritts ist der Bundesrat. Er bestätigte bereits im November 2008 den irreführend «Entwicklungsschritt 2008/11» genannten Armeeabbau an personellen, materiellen und finanziellen Mitteln, schrieb von Sicherungs-, Rettungs- und Auslandseinsätzen, nicht aber von Verteidigung von Land und Leuten.

Ein Kronzeuge für die neuste bundesrätliche Teilentwaffnung ist Ständerat Alex Kuprecht (SVP), Präsident der Sicherheits-

politischen Kommission der Kleinen Kammer. Er schreibt in der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* vom Februar 2015 von Reformen mit schmerzvollem Aderlass, die nur halbherzig umgesetzt worden seien und die Armee nicht gestärkt hätten. «Gemäss Botschaft des Bundesrates soll sie [die Armee] nochmals auf rund die Hälfte schrumpfen»: weniger Diensttage, weniger Miliz- und Berufsangehörige der Armee, weniger Bataillone, weniger schwere Mittel, weniger Flug- und Waffenplätze. Bevor man sich im Gewirr bürokratischer Details verliert, sollte man fünf Grundfragen beantworten.

1— Sicherheitsraum Schweiz: Brächte eine praktisch halbierte Armee ohne erforderliche Reserve unserem Land weniger, gleich viel oder mehr innere und äussere Sicherheit? Antwort: weniger Sicherheit, insbesondere wegen ungenügender Bestände an Armeeangehörigen und mangelnder Durchhaltefähigkeit für die Unterstützung der Kantone.

2— Bundesverfassung: Entspricht die Vorlage der Verfassung hinsichtlich des Zweckartikels 2: Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit, und des Artikels 58: Verteidigung von Land und Volk sowie Unterstützung der zivilen Behörden bei der Erhaltung der inneren Sicherheit? Antwort: Nein. Mit den vorgesehenen bloss noch 100 000 Armeeangehörigen lässt sich weder eine Bevölkerung von über acht Millionen schützen noch das Land verteidigen.

3— Bewaffnete Neutralität: Entspricht die Vorlage Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung, laut denen Parlament und Bundesrat Massnahmen zu treffen haben, um die Neutralität der Schweiz zu wahren? Antwort: Nein. Es muss eher von einer unbewaffneten Neutralität gesprochen werden. Schon nur die Vorlage einer weiteren Verkleinerung der Schweizer Armee verursacht weltweit Zweifel an Verteidigungswillen und -bereitschaft unseres Landes mit entsprechender Rufschädigung.

4— Heutige und künftige Bedrohung: Der Bundesrat stützt seine Revisionsvorlage von 2014 auf den Sicherheitspolitischen Bericht 2010 und den Armeebericht 2010. Hat sich denn die strategische Situation der Schweiz seither nicht geändert und sind die Lagebeurteilungen von 2010 und früher nicht überholt? Antwort: Doch. Die Bedrohungslage – vom Krieg in der Ukraine über die Unsicherheiten in Europa bis zur verschärften Terrorgefahr und zu den bis nach Europa drängenden fanatischen Islamistenkämpfern – ergibt keinen Grund, die Armee weiter abzubauen, im Gegenteil.

5— Milizprinzip und innere Werte: Ist eine vierte Armee reform samt Militärgesetzänderung innert zwanzig Jahren notwendig? Entspricht die Vorlage dem Volkswillen der Abstimmung vom September 2013 über die Initiative gegen die Militärdienstpflicht? Die erst mit der Armee XXI vor zehn Jahren aufgestellten (Gebirgs-)Infanteriebrigaden würden wieder aufgelöst. Die verbleibenden rund hundert Bataillone und Abteilungen beschränkten die Einsatz- und Weiterausbildungsmöglichkeiten der nur noch rund 10 000 Offiziere und 15 000 Unteroffiziere sowie die ausserdienstliche Tätigkeit. Antwort: Die WEA würde das Milizsystem im weitesten Sinne schwer beschädigen.

Fazit: Die sogenannte Weiterentwicklung der Armee ist nichts anderes als eine in der heutigen sicherheitspolitischen Lage unverantwortliche personelle, materielle und infrastrukturelle sowie organisatorische und leistungsmässige militärische Abrüstung. Das Parlament soll Bundesrat und VBS beauftragen, die längst überfälligen Verbesserungen in Kaderausbildung, Ausrüstung und Bereitschaft unverzüglich einzuleiten. Dazu ist keine Revision der Militärgesetzgebung erforderlich, sondern nur politischer Wille.

Heinrich L. Wirz ist Oberst ausser Dienst, Militärpublizist und Bundeshausjournalist.

geschickter Schachzug. Er konnte so mit der Vergangenheit abschliessen und die Missstände seinen Vorgängern Samuel Schmid und Adolf Ogi anhängen. Dann kam Sand ins Getriebe. Sowohl beim Sicherheitsbericht als auch beim folgenden Armeebericht zwang ihn der Bundesrat in eine Zusatzschleife. Häufig funkte Burkhalter im Bundesrat dazwischen. Der Streit drehte sich um die Grösse der Armee und um das Geld. Der Bundesrat beharrte auf einem Armeebudget von 4,7 Milliarden Franken. Maurer wollte 5 Milliarden. Der Bundesrat beschloss einen Armee-Sollbestand von 80 000 Soldaten, Maurer forderte 120 000.

Im Parlament kriegt Verteidigungsminister, was der Bundesrat ihm verweigerte: mehr Geldmittel und obendrein den Auftrag zum Kauf neuer Kampffjets. Dabei hatten die Kampffjets für Maurer noch 2010 keine Priorität. Als die Jets 2011 auf die Agenda kommen, entscheidet sich der Bundesrat auf Antrag Maurers für das billigste Modell – den schwedischen Gripen von Hersteller Saab. Die Kritik am Schweden-Jet ist gross. Maurer leistet sich im Abstimmungskampf ein paar Fehltritte, und der Gripen stürzt ab. Zum ersten Mal scheitert ein Armeegeschäft bei einer Abstimmung. Diese Niederlage habe Maurer getroffen, hört man in anderen Departementen.

«Das Parlament wüsste aber gerne, wie es bei den Flugzeugen weitergeht», sagt die CVP-Sicherheitspolitikerin Ida Glanzmann-Hunkeler. Mal heisse es, die Tiger würden im Einsatz bleiben, dann höre man wieder das Gegenteil. Maurer musste sich in den vergangenen Monaten auch Vorwürfe gefallen lassen, dass er nach dem Nein zum Gripen keine anderen Rüstungsprojekte aus der Schublade ziehen konnte. Der Verteidigungsminister musste deswegen Armeekredite in dreistelliger Millionenhöhe in die Bundeskasse zurückfliessen lassen. Dann, acht Monate nach dem Gripen-Absturz, bringt er endlich ein «Rüstungsprogramm 2015» und kündigt ein weiteres für Ende Jahr an.

Viele Mitberichte ohne Wirkung

Maurer treffe nicht gerne Entscheidungen, sagen Bundesratskollegen über ihn und weisen dafür auf die Besetzung des Chefpostens seiner Rüstungsabteilung Armasuisse. Im Frühsommer 2014 feuerte Maurer den bisherigen Stelleninhaber Ulrich Appenzeller. Dann passiert lange nichts, Maurer lässt sich Zeit. An Bewerbungen fehlt es nicht. Er ist hin und her gerissen. Mitte Februar 2015 entscheidet er sich schliesslich für die Nummer zwei im Amt, Martin Sonderegger. Von Burkhalter, der Schweizer Soldaten in jedes Kriegs- oder Krisengebiet schicken möchte, lässt er sich den Kauf eines Transportflugzeugs aufs Auge drücken. Maurer ist gegen eine solche Frachtmaschine. Die paar Flüge von Schweizer Soldaten in den Kosovo oder zur schnellen Evakuierung von Schweizer Botschaften im Krisenfall würden den Kauf

eines solchen Flugzeuges nicht rechtfertigen, sagen seine Leute. Trotzdem will er den Kauf prüfen.

Genauso uninspiriert, wie er laut anderen Departementen seine Geschäfte im Bundesrat vertritt, tönen auch seine Mitberichte zu den Geschäften seiner Kollegen. Am 25. Februar brachten Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gemeinsam die Vorlage «Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen angesichts der Frankenstärke». Das Papier gab im Bundesrat viel zu reden (siehe Artikel Seite 32). Maurer ist mit den Vorschlägen zwar einverstanden, er deponiert jedoch zwei Anträge. Alle vom Bundesrat behandelten Geschäfte seien künftig hinsichtlich ihrer finanziellen und administrativen Kosten für die Wirtschaft zu prüfen, und die Konsequenzen seien zu ziehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage seien keine Geschäfte zu verabschieden, welche die Wirtschaft zusätzlich belasten könnten. Das tönt zwar gut, aber wenig verbindlich und schon gar nicht präzise.

Stärker ins Zeug legt sich Maurer, wenn es um die EU-Debatte geht: Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verlangt er Einschränkungen beim Familiennachzug, Einschränkungen bei den Sozialversicherungen, Koppelung der Aufenthaltsdauer an die Arbeitsvertragsdauer. Er fordert ein klares Bekenntnis zur Umsetzung der Initiative und den Vorrang der Bundesverfassung, aber scheitert mit allen seinen Vorschlägen. Maurer vertritt im Bundesrat ohne Abstriche stets und wortgetreu Standpunkte seiner SVP. Damit läuft er aber regelmässig auf, und sein Einfluss ist entsprechend gering.

Dafür lässt er manchmal politische Knaller hochgehen, wie in jenem Mitbericht, in dem er

die Kündigung der Menschenrechtskonvention verlangte. Das deckte sich mit der von der SVP im Oktober 2014 beschlossenen Lancierung einer Initiative, welche den Einfluss des Völkerrechtes auf das Landesrecht zurückbinden soll. Nur weiss man bei Maurer nie ganz genau: Meint er das nun im Ernst, oder will er damit nur Parteispitze und Basis bei der Stange halten? Politisch spannt er häufig mit Schneider-Ammann zusammen, seit dieser verstärkt das ungeschminkte Credo der Wirtschaft verbreitet – ausser wenn die staatliche Protektion für die Landwirtschaft auf dem Spiel steht. So war Schneider-Ammann ausnahmsweise einmal mit der Mehrheit des Bundesrates gegen eine Aufweichung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Laut dieser Regelung dürfen Produkte, welche aus einem Mitgliedstaat der EU stammen, überall in der EU verkauft werden. Die Schweiz hat diese Regel übernommen und erhofft sich davon tiefere Konsumentenpreise.

Schneider-Ammanns Parteikollege, der Freiburger Nationalrat Jacques Bourgeois, verlangt aber jetzt in einem Vorstoss, dass die Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgenommen werden. Das geht Schneider-Ammann gegen den Strich. Der frühere Bauernsekretär Maurer unterstützte jedoch Bourgeois' Forderung. Seine stärksten Momente hat der Verteidigungsminister, wenn er sich unters Volk mischt, bei einer Veranstaltung der SVP in Sursee zum Beispiel, am Vorabend der Delegiertenversammlung. Maurer steht im Regen und schüttelt Hände. Er kennt viele SVP-Mitglieder noch dem Namen nach von seinen früheren Sektionsbesuchen als Parteipräsident. Das macht Eindruck bei der Basis, mehr als der Hickhack um Armee reform und Kampfflugzeuge. ○



Sand im Getriebe: Maurer mit Rekrut auf einem Panzer Leopard 87.

Mit Köpfchen und Ellbogen

Die Sozialdemokratin Jacqueline Fehr ist eine der fähigsten Personen im Bundeshaus. Doch die Nationalrätin aus Winterthur scheiterte beim Sprung in den Bundesrat und kämpft auch bei der Wahl in den Zürcher Regierungsrat gegen harten Widerstand. Warum? Von Markus Schär



«Mit vollem Tempo in eine Wand»: SP-Kämpferin Fehr.

Sie setzt sich in die Mitte, auf das Sofa neben den Moderator. Auf den Stühlen zu dessen Rechter hocken die amtierenden Regierungsräte von FDP und SVP, zur Linken die chancenlosen Zählkandidaten von EVP und BDP. Immerhin kämpft Jacqueline Fehr um den zweiten Sitz im Zürcher Regierungsrat, den die Sozialdemokraten die letzten zwölf Jahre hielten. Und der Leiter des Podiumsgesprächs im plüschigen Zürcher «Kaufleuten», *Tages-Anzeiger*-Chefredaktor Res Strehle, lobt bei der Vorstellung die Kandidatin an seiner Seite, sie sei unter den Gästen «die vielleicht bekannteste Politikerin auf dem nationalen Parkett».

Der Moderator, in der Mitte ebenfalls fehlplatziert, brauchte sich nicht so vorsichtig auszudrücken. Jacqueline Fehr zählt zweifellos zu den auffälligsten Personen im Schweizer Politikzirkus, im gediegenen Grau noch mehr als früher in stechendem Orange. Sie stand allein im

letzten Vierteljahr dreimal in der «Arena», auch am letzten Freitag, sechs Wochen vor der Wahl: «Da die vierwöchige Auftrittssperre vor Wahlen respektiert wird, sehen wir kein Problem», putzte SRF die Kritik des *Blicks* ab, die SP-Frau habe ein Abo für die «Arena». Sie stand zuvor erst beim Einreichen der Wiedergutmachungsinitiative für die Verdingkinder. Sie kam mit einem Küsschen für Bundesrat Berset am Parteitag im *Blick*. Sie lächelte an den Solothurner Filmtagen für die *Schweizer Illustrierte*. Und sie sass bei Markus Gilli im «Sonntalk». Was Medienpräsenz angeht, muss der Profipolitikerin niemand etwas vormachen.

Die vermeintliche Favoritin

Die Tochter eines Lageristen und einer Shampooeuse, 1963 in Wallisellen geboren und in Elgg ZH aufgewachsen, hat aber vor allem eine beeindruckende Karriere hingelegt, mit hellem

Kopf, lieber Stimme und spitzen Ellbogen. Nach dem Abschluss als Sekundarlehrerin schaffte sie mit 27 die Wahl in den Winterthurer Gemeinderat, mit 28 in den Zürcher Kantonsrat. Schon 1998 rückte sie für Elmar Ledergerber in den Nationalrat nach. Und in Bern machte sie sich schnell einen Namen als Sachpolitikerin, die ihr Netzwerk knüpfte, für ihre Vorstösse Allianzen schmiedete und für die Mutterschaftsversicherung sogar Gewerbeverbanddirektor Pierre Triponez bezirzte. Die *Sonntagszeitung* erkor sie deshalb 2009 zur einflussreichsten Person im Parlament.

Doch der Sprung ganz an die Spitze blieb ihr verwehrt. Jacqueline Fehr verlor 2010 die Bundesrätinnenwahl gegen Simonetta Sommaruga. Die vermeintliche Favoritin, die schon vor dem SVP-Kandidaten Jean-François Rime ausschied, fühlte sich danach, als wäre sie «mit vollem Tempo in eine Wand geknallt». Und sie

unterlag 2012 im Kampf um das Fraktionspräsidium dem Aussenseiter Andy Tschümperlin. Darauf kündete sie an, sie gebe 2015 den Nationalratssitz auf. Mit der Wahl in den Zürcher Regierungsrat, immerhin die zweitwichtigste Exekutive des Landes, könnte sie also ihre Karriere retten.

Das Heil kommt vom Staat

«Sie werden eher am linken Flügel situiert», sagt der Gesprächsleiter beim Vorstellen, um doch noch etwas Kritisches zu sagen. Die Kandidatin winkt ab: «Ich habe kein Problem damit. Es hiess auch schon, ich stehe auf dem rechten Flügel.» Ihr gehe es um Lösungen, selbst wenn diese, wie bei den Betreuungsgutscheinen, von Liberalen kämen. Sie lobt auf dem Podium ihren Kontrahenten, den freisinnigen Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger, dessen Departement sie gerne übernehme, für seine «hervorragende Politik». Und sie schwärmt von dem, «was der Kanton Zürich geleistet hat» – notabene mit einer seit je stramm bürgerlichen Regierung, trotz der rotgrünen Städte. Warum schafft es diese fähige Politikerin mit ihrem Sachverstand und ihrer Durchsetzungskraft nicht in ein hohes Amt?

Die Aufsteigerin sagt selber an den letzten Leitersprossen. Als blitzgescheite Strategin weiss sie zwar genau, wie man und vor allem frau bei den Sozialdemokraten Karriere macht. Einerseits: Die SPS ist die linkste sozialdemokratische Partei Europas. Sie kann sich das leisten, weil sie ihre beiden Sitze im Bundesrat auf sicher hat, sich also nicht in einer Regierungskoalition anpassen muss. Wer sich in der Partei empfehlen will, muss deshalb mit Forderungen vom linken Rand auffallen. Andererseits: Den Bundesrat wählt das Parlament, die Regierungsräte das Volk. Wer für die Sozialdemokraten antritt, muss sich also für die Mehrheitsfähigkeit konziliant und konkordant geben, um das Gesamtwohl von Land oder Kanton besorgt. Diesen Eindruck aber erweckt Jacqueline Fehr trotz all ihrer Bemühungen nicht.

«Zürich kann mehr», heisst ihr Wahlkampfmotto; die Kandidatin will zeigen, wo der Kanton «Pionier bei Bildung, Forschung und Wohnen» ist und sein soll. Dafür besuchte sie auf ihrer «Mehr-davon-Tour» die Stiftung Netzwerk, die in Hinwil einen Job-Bus anbietet, die Genossenschaft Säulistrom, die das Knonauer Amt mit Solarmodulen überzieht, oder auch die Ernst Schweizer AG, die ihr Metallbauunternehmen in Hedingen «nachhaltig» betreibt. Und in ihrem Unterstützungskomitee vereint sie illustre Namen: Neben VPOD-Chefin Katharina Prelicz-Huber und Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger – nicht ganz zufällig die beiden Hauptträger der Rasa-Initiative, die den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umstossen will – finden sich da der Filmer Samir und der Publizist Karl Lüönd,

der aggressive Unia-Agitator Roman Burger und der konziliante Implenia-CEO Anton Affentranger. Nach weiteren Sympathisierenden, die ihr Geld nicht von den Steuerzahlern erhalten, muss man allerdings suchen.

Denn Jacqueline Fehr bleibt, bei allem Werben um Unternehmer und Werkeln an Mehrheiten, eine Linke, für die das Heil nur vom Staat kommen kann. Sie kämpfte zuletzt einmal mehr an vorderster Front für die Einheitskrankenkasse. Sie sagte für dieses ideologische Projekt den pragmatischen Kompromiss der Managed-Care-Vorlage ab. Und sie sperrt sich jetzt dagegen, dass die Zürcher Regierung das Kantonsspital Winterthur als letztes staats-eigenes verkauft; da kann Regierungsrat Heiniger noch so geduldig erklären, der Kanton mit seinen Interessenkonflikten solle nicht selber Spitäler betreiben. Das Vorbild der Gesundheitsdirektorin in spe herrscht in Lausanne: Der Waadtländer SP-Staatsrat Pierre-Yves Maillard sagt mit seinen Genossen – bis ins Innendepartement von Alain Berset – offen, er wolle der Privatwirtschaft möglichst viele Aufgaben entziehen.

Als Regierungsrätin müsste sich die Linke ins Kollegium einpassen und könnte ihre Ideologie nicht durchsetzen – wo also ist das

Sie fiel Sommaruga um den Hals – und zahlte ihr die Niederlage bei nächster Gelegenheit heim.

Problem? Man traut es ihr nicht zu, und zwar nicht aufgrund eines Vorurteils gegenüber der verbissenen Aufsteigerin, sondern aus Erfahrung, vor allem bei der Bundesrätinnenwahl. Jacqueline Fehr machte Simonetta Sommaruga nieder, seit die Konsumentenschützerin 1999 als Publikumsliedling in die Bundeshausfraktion kam, im Verbund mit Pierre-Yves Maillard, Paul Rechsteiner und Franco Cavalli.

Erfolg bei Pseudoproletariern

Bei der Ausmarchung von 2010 stand sie denn auch als immer noch aufmüpfiges Arbeiterkind gegen die wohlbehütete Tochter eines Lonza-Direktors; dass sie mit ihrem Mann, dem Finanzprofessor Maurice Pedergnana, mehr als eine Million Vermögen versteuerte, vertuschte das Paar mit der rechtzeitigen Trennung. Damit gewann sie die Partei mit ihren Pseudoproletariern für sich, aber nicht das Parlament.

Die Unterlegene fiel der Gewinnerin im Nationalratssaal um den Hals – und zahlte ihr die Niederlage bei nächster Gelegenheit heim. Fünf Wochen nach der Wahl tagte die SPS in Lausanne. Dabei rückte Vizepäsidentin Jacqueline Fehr wie eine Ziehmutter zum Juso-Präsidenten Cédric Wermuth hin, der als Programmpunkte die Überwindung des Kapi-

talismus und die Abschaffung der Armee forderte. Und sie trat selber gegen die Kontrahentin an. Simonetta Sommaruga sprach sich für den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative der SVP aus und ertete Pfliffe von den eigenen Leuten. Jacqueline Fehr schimpfte dagegen, schalt die Vorlage zwar nicht gerade eine «präfaschistische Sauerei» wie Wermuth, aber doch einen Ausdruck von Ausländerfeindlichkeit und siegte mit grossem Mehr.

Fehr gegen Fehr

Das Mädchen aus einfachsten Verhältnissen musste sich seit je mit ruppigen Mitteln durchsetzen; die Folgen spürt die Politikerin jetzt gerade in der eigenen Partei. Sie bringt den Genossen in der Landesregierung zu einem Wahlkampf Anlass ins Zürcher Volkshaus, aber Bundesrat Berset erwähnt sie in seinem Standardreferat zur Altersvorsorge mit keinem Wort, und Stadtpräsidentin Corine Mauch, die sie begrüssen sollte, meldet sich krank. Sie zählt in ihrem Komitee dreizehn Fraktionsmitglieder, davon acht von ausserhalb des Kantons; aber der Leser fragt sich nur, wo die anderen 43 bleiben. Und sie liest in der NZZ, der amtierende SP-Regierungsrat Mario Fehr sei mit ihr so verfeindet, dass er sich nicht mit ihr für ein Wahlplakat fotografieren lassen wollte.

Beim Podiumsgespräch im «Kaufleuten» gibt sich Jacqueline Fehr so umgänglich, dass der sanfte Moderator Strehle am Schluss spottet: «Ich meinte vorher, ich müsse mit dem Verbandskasten dazwischen sitzen.» Die Linkspolitikerin kann als Staatsfrau auftreten, sie könnte sich also auch gegen die «Fünf gewinnt»-Allianz von SVP, FDP und CVP durchsetzen, die der SP den zweiten Sitz abnehmen will. Aber die Kämpferin schlägt sich selbst. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Neue Billag-Mediensteuer**
Was KMU schon heute an Steuern und Gebühren bezahlen
- **Erbschaftssteuer**
Ein Damoklesschwert fürs Privateigentum, fürchtet der HEV Schweiz
- **KMU International**
China ist viel mehr als «nur» Shanghai

www.gewerbezeitung.ch

Der Sündenfall

Johann Schneider-Ammann und Eveline Widmer-Schlumpf wollten die Nationalbank an die Kandare nehmen. Ausgerechnet die SP-Bundesräte haben das unausgereifte Vorhaben gestoppt.

Von Hubert Mooser



Neue Töne: Bundesräte Widmer-Schlumpf, Schneider-Ammann.

Das Spiel läuft seit einigen Wochen: Wirtschaftspropheten, Unternehmen und Gewerkschaften predigen wegen der Frankenstärke den Untergang der Eidgenossenschaft. Und der Bundesrat verfällt in einen grenzenlosen Aktivismus. Vor einer Woche befasste sich die Landesregierung ein weiteres Mal mit dem Thema. Als Vorlage diente ein Aussprachepapier unter dem schwammigen Titel: «Wirtschaftspolitische Handlungsoptionen angesichts der Frankenstärke», unterschrieben von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Kühn bejubelte die *NZZ am Sonntag* das schneidersche Elaborat, in dem vieles angetönt, aber nichts Genaues vorgeschlagen wird, als «konkrete Beschlüsse und Projekte» gegen die Frankenstärke. Der Wirtschaftsminister habe damit jedoch im Bundesrat eine Abfuhr erhalten.

Zückerchen an die SP

Auch wenn das Papier nun Makulatur ist, wer die auf fünfzehn Seiten ausgebreiteten Vorschläge des Wirtschafts- und Finanzdepartements durchforstet, kommt aus dem Staunen nicht heraus: Prominent ist darin die Disziplinierung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) als Massnahme gegen die Frankenstärke aufgeführt. In der Sprache der Verwaltung hört sich das so an: «Das Finanzdepartement und das

Wirtschaftsdepartement sollen den Informationsaustausch mit der SNB intensivieren, mit dem Ziel, die Geldkonjunktur und die allgemeine Wirtschaftspolitik inhaltlich und kommunikativ zu koordinieren.» Der Bundesratsausschuss Wirtschaftspolitik solle diese verstärkte Zusammenarbeit mit dem Direktorium der SNB steuern. Der Informationsaustausch müsse verstärkt werden, Bund und SNB sollten sich bei der Ausarbeitung und Einführung allfälliger Massnahmen sachlich und zeitlich abstimmen.

Freilich enthält das Paket der Finanzministerin und des Wirtschaftsministers das vage Versprechen, man wolle damit die Unabhängigkeit der Nationalbank im Bereich Geldpolitik nicht in Frage stellen. Im Klartext bedeutete es aber genau dies.

Bisher hat man aus dem Bundesrat ganz andere Töne vernommen. Als nach der Affäre um SNB-Präsident Philipp Hildebrand die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates bei der Aufarbeitung der Affäre indirekt auch auf das Kernproblem aufmerksam machte, dass die Nationalbank sich als selbstverwalteter Staat im Staat gebärdet, und sanfte Korrekturen empfahl, warnten auch Bundesräte davor, die Unabhängigkeit der Nationalbank anzutasten. Nach dem heftig kritisierten Entscheid der SNB, den Euro-Mindestkurs aufzugeben, verteidigten Wirtschaftsminister Johann Schnei-

der-Ammann und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ein weiteres Mal die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Der Wirtschaftsminister sah bisher auch keinen geldpolitischen Handlungsbedarf. In der von Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf letzte Woche präsentierten Vorlage wurde plötzlich aber auch der geldpolitische Spielraum zum Thema: Die SNB stehe jetzt vor der Herausforderung, die Aufwertung des Frankens in Grenzen zu halten und auf absehbare Zeit hin die Preisstabilität sicherzustellen, heisst es darin. Für die Nationalbank stünden Negativzinsen im Vordergrund. Und weiter: Allenfalls könnte auch ein neuer Mindestkurs erwogen werden. Dieser wäre allerdings nur dann durchführbar, wenn die SNB entsprechend glaubwürdig an den Devisenmärkten auftreten könne. Wenn alle Stricke reissen würden, bliebe noch der Rückgriff auf einschneidende Kapitalmassnahmen – also eine Einschränkung des Kapitalverkehrs zwischen der Schweiz und dem Ausland. Dafür brauche es aber eine entsprechende Gesetzesänderung.

Kurz: Das Papier erweckte den Eindruck, als sei der freisinnige Wirtschaftsminister unter dem Druck der Linken eingebrochen.

Die Genossen wollen schon länger die Nationalbank stärker in die politische Pflicht nehmen, SP-Präsident Christian Levrat und Gewerkschafter Corrado Pardini machen dafür seit Wochen Druck auf allen Kanälen. Widmer-Schlumpf verteilte dagegen in der Vergangenheit zur Absicherung ihrer Wiederwahl verschiedentlich kleine Zückerchen an die SP, wie zum Beispiel mit ihren Überlegungen zu einer Kapitalgewinnsteuer bei der Unternehmenssteuerreform III. Für den geldpolitischen Teil des verunglückten Papiers ist denn auch, wen wundert's, Serge Gaillard verantwortlich, der Chef der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Der frühere Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, den Bundesrätin Doris Leuthard an die Spitze der Direktion für Arbeit setzte und der von Widmer-Schlumpf später zum obersten Verwalter der Bundesfinanzen ernannt wurde, kämpfte in den neunziger Jahren Seite an Seite mit dem damaligen SP-Präsidenten Peter Bodenmann gegen die Zinspolitik der Nationalbank.

Womit das Finanzdepartement und das Wirtschaftsdepartement aber wohl nicht gerechnet hatten: Ausgerechnet die SP-Bundesräte Alain Berset und Simonetta Sommaruga versenkten bei der Sitzung vor einer Woche die unausgereiften Pläne gegen die Frankenstärke. ○

Dubiose Spritzen

Das See-Spital Horgen wandte bei einem Patienten mit Bandscheibenvorfall eine wissenschaftlich ungesicherte Therapie an. Die Methode ist nicht kassenpflichtig. Dennoch stellte das Spital die Kosten der Versicherung in Rechnung – möglicherweise unter falschem Titel. *Von Alex Reichmuth*

Steigende Krankenkassenprämien sind seit Jahren ein Ärgernis ersten Ranges. Die Politik streitet um Massnahmen, wie die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen sind. Ein Fall am See-Spital im zürcherischen Horgen lässt befürchten, dass irreführende Rechnungsstellungen erheblich zum Prämienwachstum beitragen.

Beat Grieder* erlitt im Januar 2014 einen Bandscheibenvorfall. Mit heftigen Schmerzen wurde der damals 49-Jährige ins See-Spital in Horgen transportiert. Nach einer Operation waren die Schmerzen weg, sie kehrten aber bald zurück. Ende Februar wurde Grieder erneut operiert – ohne Erfolg. Darauf habe man ihm am See-Spital eine Therapie vorgeschlagen, die vielversprechend sei und eine weitere Operation unnötig machen könne: die Injektion von Ozon in den Rücken. Der Patient stimmte zu. Ab April ging er zweimal pro Woche ins Spital, um sich eine Spritze setzen zu lassen. Am Anfang sei von ungefähr zehn Ozoninjektionen die Rede gewesen, sagt Grieder. «Das dauerte jeweils nur drei Minuten.» Der Zustand wollte sich nicht bessern. «Der zuständige Arzt machte weiter und weiter.»

«Gar nie mit Ozon behandelt»

Inzwischen hatte Grieder erfahren, dass die Krankenkassen Ozontherapien nicht bezahlen. Der Arzt am Spital habe ihn beruhigt. «Ich müsse mir keine Sorgen machen, sagte dieser. Die Therapie werde schon bezahlt, wenn man sie im richtigen Zusammenhang deklarieren.»

Bis im Oktober bekam Grieder fast dreissig Spritzen. Doch es ging ihm immer schlechter. Er verlor das Vertrauen ins See-Spital – nicht zuletzt, weil ihm dortiges Personal vertraulich geraten habe, mit der Ozontherapie aufzuhören. Anfang November eskalierten die Probleme mit dem Rücken. Grieder wechselte in eine andere Klinik. Dort wurden ihm zwei Wirbel operationell versteift. «Zwei Tage später konnte ich wieder gehen», sagt er. Heute ist er praktisch schmerzfrei.

Als der misstrauisch gewordene Patient die Abrechnung des See-Spitals zuhänden der Krankenkasse einsah, staunte er nicht schlecht. Obwohl die Ozontherapie nicht kassenpflichtig ist, hatte das Spital pro Injektion Kosten von über 300 Franken in Rechnung gestellt – insgesamt gegen 10 000 Franken. Allerdings tauchte der Begriff «Ozon» auf der Abrechnung überhaupt nicht auf. Angeführt war jeweils lediglich eine Tarifziffer namens «Dia-

gnostische/therapeutische Injektion». Zudem war die Verwendung des Betäubungsmittels Naropin vermerkt. Grieder verlangte eine Erklärung. Diese machte ihn ratlos: «Ein Geschäftsleitungsmitglied des Spitals erklärte mir, ich sei gemäss seinen Unterlagen gar nie mit Ozon behandelt worden.»

Gegenüber der *Weltwoche* stellt das See-Spital in Abrede, Grieder eine solche Auskunft gegeben zu haben. Dieser sei in der Tat mit Ozon behandelt worden. Die Abrechnung sei dennoch rechtens. «In Rechnung gestellt wurden die Infiltrationen der Nervenwurzeln mit dem Betäubungsmittel Naropin», schreibt das Spital, «Naropin wird zur Betäubung [...] des betroffenen Körperbereichs verwendet und dient der Schmerzkontrolle.» Grieder habe diese Behandlung «ausdrücklich gewünscht». Das zusätzlich eingesetzte Ozon sei nicht verrechnet worden.

Grieder hingegen beteuert, es sei während der Behandlung ausschliesslich von einer Ozon-, nie von einer Schmerztherapie die Rede gewesen. Den Begriff Naropin habe er vor dem Lesen der Abrechnung nicht gekannt.

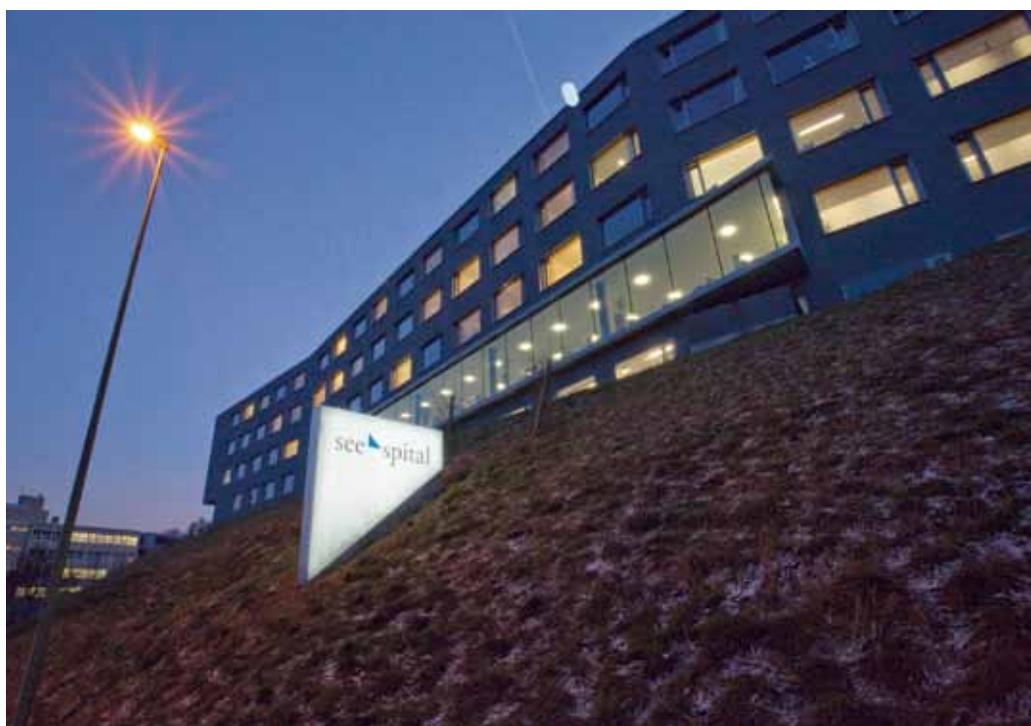
Ein Arzt und erfahrener Schmerzspezialist, der die Rechnungsstellung zuhänden der *Weltwoche* geprüft hat, äussert ebenfalls Zweifel am rechtmässigen Vorgehen des Spitals. Dass fast dreissig Mal eine Behandlung mit

Naropin durchgeführt worden sein soll, kann er medizinisch nicht nachvollziehen. «Zu therapeutischen Zwecken verwendet man in der Regel ein Kortisonpräparat», so der Arzt. Abgesehen davon sei die Verwendung von Ozon in der betreffenden medizinischen Situation «obsolet», da dessen Nutzen wissenschaftlich nicht belegt sei.

Vollends seltsam wird die Sache, wenn man sich das Krankendossier des See-Spitals zu Patient Grieder anschaut. Hier wird weder eine Schmerztherapie noch eine Ozontherapie erwähnt. Es fehlen jegliche Angaben zur Indikation und zur Planung der entsprechenden Behandlung. Solche Informationen festzuhalten, wäre aber die Pflicht jedes Arztes. Auf Nachfrage gibt das See-Spital den Mangel zu. Es habe sich gezeigt, «dass der zuständige Arzt die vorgegebene Dokumentation der ambulanten Behandlung nicht vollständig erfüllt hat».

Man wird den Eindruck nicht los, dass seitens des Spitals versucht wurde, jeden Rückschluss auf die durchgeführte Therapie zu verhindern. Beat Grieder hat inzwischen seine Krankenkasse informiert. Diese will die Abrechnung des See-Spitals eingehend prüfen. Das Resultat steht noch aus.

*Name geändert



Zweifel am rechtmässigen Vorgehen: See-Spital Horgen.

«Ökonomen liegen meistens falsch»

Kurt Schiltknecht hat vor vierzig Jahren bei der Schweizerischen Nationalbank Ähnliches erlebt, wie man es heute bei den grossen Notenbanken sieht. Am schlimmsten findet er die Ausbreitung des Machbarkeitsglaubens und am reizvollsten das Weitergeben einiger Erkenntnis. *Von Beat Gygi, Markus Schär und Salvatore Vinci (Bild)*

Der Ökonom Kurt Schiltknecht trat in den siebziger Jahren ins Kader der Nationalbank ein, wurde dann wegen seiner SP-Mitgliedschaft nicht ins Direktorium gewählt und war nachher bei der Nordfinanzbank, der Bank Leu, dem BZ Trust und der Immobiliengesellschaft Intershop in Führungspositionen sowie in einigen Verwaltungsräten tätig. Neben der unternehmerischen gibt es auch eine didaktische Karriere. Als ausserordentlicher Professor der Universität Basel, als Publizist – auch mit seiner *Weltwoche*-Kolumne – und Buchautor sucht er dem Publikum die Ökonomie näherzubringen. Dieser Tage ist sein Buch «Wohlstand – kein Zufall» im NZZ-Verlag erschienen.

Herr Schiltknecht, Sie schreiben in Ihrem Buch: «Die Vorstellung, dass man einmal genug von allem hat, trifft nicht zu.» Gilt das auch für Sie?

Ja, ich kann mir schon vorstellen, noch mehr zu bekommen, nicht unbedingt Geld.

Was dann, vielleicht Unsterblichkeit?

Darauf lege ich keinen Wert.

... oder Ehre, Ruhm, Glück?

Ja, wer genug Geld hat, kauft sich manchmal einen Ehrendoktor, gründet ein Museum oder eine Stiftung. Meine Vorlieben sind etwas anders: Ich reise und esse gerne, lerne gerne oder mag kontroverse Gespräche. Ich schreibe für die *Weltwoche*, ohne dass ich ausrechnen muss, wie hart ich damit mein Geld verdiene. Und ich möchte, weil man ja im Alter oft missionarisch wird, etwas von dem weitergeben, was ich im Laufe des Lebens gelernt habe.

Welche Botschaft wollen Sie mit Ihrem Buch weitergeben?

Sie ist einfach: zeigen, was die Voraussetzungen sind, um Wohlstand zu schaffen. Dazu braucht es in jedem Fall Leute, die arbeiten, dann braucht es Leute, die sparen und das Geld vernünftig einsetzen, damit man produzieren und Mehrwert schaffen kann.

Das klingt nach gesundem Menschenverstand. Reicht das, um Ökonomie zu verstehen?

Extrem schwierig sind die Zusammenhänge nicht. Ich habe meinen Studenten jeweils drei Dinge gesagt, die man sich immer vor Augen halten müsse: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt; ohne Arbeit entsteht nichts; und wenn man

nicht spart, kann man kein Kapital bilden und kommt nicht weiter.

Wenn es so einfach ist, warum haben viele dann ein so gespanntes Verhältnis zur Ökonomie?

Das Verhältnis war nicht immer so gespannt, und das hängt damit zusammen, dass wir früher sehr viel mehr Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende hatten. Diese Leute erlebten alle am eigenen Leib, dass man nichts verdient, wenn man nicht arbeitet, dass man keine Kühe kaufen und den Hof nicht ausbauen kann, wenn man nicht spart, und dass man irgendwann überschuldet ist, wenn man mehr ausgibt als einnimmt. Die Leute hatten eine natürliche Beziehung zu den wirtschaftlichen Prozessen, sie sahen, wie Wohlstand entsteht.

Und irgendwann wurde es komplizierter?

Durch die Arbeitsteilung, die wir heute haben, ist der Einzelne weit weg von diesen einfach ersichtlichen Zusammenhängen, und das ist oft ein Problem.

Offenbar auch für Ökonomen, die sind sich ja oft uneinig.

Unterschiedliche Meinungen sind kein Problem, aber die Ökonomie hat auch etwas mit der Wirklichkeit zu tun. Man muss seine Ideen und Theorien immer wieder daran messen. Viele Ökonomen kümmern sich zu wenig um das, was in Wirklichkeit passiert, sondern konzentrieren sich auf eine Idee oder Theorie, auch wenn diese weltfremd ist.

Wo sind die grössten Differenzen zwischen ökonomischen Theorien und der Realität?

Nehmen wir ein Beispiel aus meiner frühen Zeit an der Uni. Da haben wir Modelle entwickelt, um Inflation zu erklären, wir bauten nach, wie Gewerkschaften zu hohe Löhne

«Deflationäre Entwicklungen hat es weder in Amerika noch in der Schweiz, noch in Europa gegeben.»

fordern oder wie Monopolisten zu hohe Preise verlangen. Ich habe damals Professor Karl Brunner, den berühmten Monetaristen, getroffen und ihm solche Modelle dargelegt. Er sagte, das sei dummes Zeug, Inflation sei ein monetäres Problem, es gebe nirgendwo auf der Welt Inflation, ohne dass die Notenbank zu viel Geld produziert habe. Wenn ich ihm ein Gegenbeispiel brächte, würde ich sein ganzes Vermögen bekommen. So habe ich für alle Länder mit hoher Inflation die Noten-

bankbilanzen angeschaut – und tatsächlich, überall hatte es vorher ein starkes Geldmengenwachstum gegeben. Man kann als Ökonom seine Ideen haben, muss aber nachher schauen, ob sich damit das effektive Geschehen erklären lässt.

Sie haben vor vierzig Jahren in der Führung der Nationalbank auch Krisen erlebt. Gibt es heute Ähnlichkeiten zu damals?

Ja, in den Jahren 1977 und 1978 versuchten wir zum Beispiel, den Wechselkurs zu stabilisieren, indem wir grosse Mengen an Geld in den Markt pumpeten, in der Hoffnung, dies möge den Franken gegenüber der D-Mark schwächen. Vorher hatte es eine gewaltige Rezession gegeben, weil die Geldpolitik nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1973 viel zu restriktiv gewesen war. Wir legten dann für 1975 ein Geldmengenziel fest. Dieses wurde von vielen als zu hoch kritisiert, aber nach dem Fehler der Vollbremsung von 1973 und 1974 musste man Gas geben.

Und das klappte?

Wie das in der Geldpolitik so üblich ist, haben wir gesagt: «Wenn man das Geldangebot erhöht, dann wertet sich der Franken ab, und wenn man das Geldangebot reduziert, dann steigt der Frankenkurs.» Dieses Konzept hat zumindest in der kurzen Frist nicht funktioniert. Deshalb wurden die Interventionen verstärkt, doch die Wirkung blieb weiterhin aus. Dann legten wir noch eine Stufe zu, und irgendwann merkten wir, dass die Leute sich sagten: «Wenn die Nationalbank zur Stabilisierung des Wechselkurses den Markt mit Geld überschwemmt, wird sie dieses nach einigen Monaten wieder abschöpfen.» Solange der Markt die Änderungen nicht als dauerhaft erachtete, waren die Interventionen wirkungslos.

Was heisst das für heute?

Die Amerikaner hatten nach der jüngsten Finanzkrise das gleiche Problem, und sie haben dann mit den Zinsen das Gleiche gemacht wie wir vierzig Jahre vorher in der Schweiz mit dem Wechselkurs. Sie stellten für einige Zeit, für zwei oder drei Jahre, stabile Sätze in Aussicht, sie stabilisierten also die Zinserwartungen. Mit riesigen Wertpapierkäufen untermauerten sie ihre Absicht. Wenn die Leute im Markt nicht an dauerhafte Änderungen glauben, dann wird das geschaffene Geld nicht verwendet, es liegt einfach passiv herum. Das ist heute auch das Problem der Europäischen Zentralbank

(EZB), die Geldschwemme wird als vorübergehend angeschaut.

1978 erliess die Nationalbank eine Kursuntergrenze zur D-Mark, die sehr lange hielt.

Der Unterschied zwischen 1978 bis 1998 und der Euro-Franken-Untergrenze von 2011 bis 2014 besteht darin, dass die D-Mark eine Hartwährung war, der Euro aber zunehmend zu einer Weichwährung wird. Bindet man sich an eine Hartwährung, ist das Risiko gering, dass man auseinanderdriftet. Koppelt man sich aber an eine Währung, die immer schwächer wird, muss man irgendwann die Untergrenze aufheben oder senken, wenn man nicht unbeschränkt Euros kaufen will. Die Aufhebung war richtig.

Und Deflation ist keine Gefahr mehr?

Die Deflation ist eine Erfindung der amerikanischen Notenbank und hat dann Anklang gefunden bei andern Notenbanken.

Warum ist das Argument so beliebt?

Das weiss ich nicht, ich weiss auch nicht, wieso die EZB plötzlich behauptet, Preisstabilität brauche mindestens zwei Prozent Teuerung. Es gibt überhaupt keine ökonomische Begründung dafür. Ich habe Preisstabilität immer verbunden mit einer Teuerung um null herum. Zwei Prozent nimmt man heute, damit man möglichst lange Geld in den Markt pumpen kann und populär ist bei den Leuten im Finanzmarkt. Deflationäre Entwicklungen hat es weder in Amerika noch in der Schweiz, noch in Europa gegeben. Ich habe noch nie jemanden getroffen, der sagte, er kaufe sich jetzt kein Hemd, weil es in sechs Monaten fünf Prozent billiger sei. Die Leute reden einfach immer, was die andern erzählen.

Auch Notenbanker?

Auch Notenbanker.

Der Machbarkeitsglaube ist, übers Ganze gesehen, wahrscheinlich gewachsen?

Das ist eigentlich das Schlimmste, was ich feststellen muss. Ökonomen können immer bedingte Prognosen machen, und weil so vieles unklar ist, liegen sie meistens falsch. Aber es gibt viele Ökonomen, die glauben, sie wüssten, was im nächsten Jahr passiert, und könnten die Wirtschaft so steuern, dass es keine Probleme mehr gebe. Im Vergleich dazu war unser Ansatz in der Nationalbank zu meiner Zeit simpel: Wir versuchten, mit einer einfachen Politik die grossen Fehler zu vermeiden, denn mit den kleinen Fehlern wird die Wirtschaft gut fertig.

Heute sieht das Bild aber anders aus, da macht der Staat viel mehr.

Der Staat hat natürlich seine Chancen genutzt. Im Privatsektor haben vor allem Banken viele Fehler gemacht, aus vielen Ursachen heraus. Insgesamt führte das dazu, dass die Leute das Vertrauen in die Fähigkeiten der Privatwirtschaft verloren und glaubten, dass Politiker, Staatsstellen und



«Man muss die Chancen packen»: Publizist Schiltknecht.

Beamte intelligenter seien als die Manager in den Unternehmen. Nach meinen Erfahrungen ist dies ein grosser Irrtum. Wer mit seinem Unternehmen Gewinn erzielen muss, arbeitet viel disziplinierter als jemand ohne strenge Restriktionen. Auch so etwas müssten Ökonomen den Leuten erklären.

Ökonomiestudenten an Universitäten lernen allerdings nicht mehr, in wirtschaftspolitischen Zusammenhängen zu denken. Sie lernen, wie sie Gleichungen lösen und Experimente machen müssen.

Es ist tatsächlich ein Problem, dass die Universitäten zu schnell in die formale Ökono-

mie einsteigen. Wir müssen uns fragen, ob das Ökonomiestudium heute Leute anzieht, die sich eher für Mathematik interessieren als für das Geschehen in der Wirtschaft. In Basel etwa sucht man einen Mittelweg zu finden. So habe ich im Pensionierungsalter zusammen mit einer Kollegin noch Einführungsvorlesungen in Betriebswirtschaftslehre gehalten, weil der damalige Dekan fand, es würde nicht schaden, wenn jemand den Studenten etwas aus der Praxis erzählen würde. **Sie sind bekanntlich Sozialdemokrat.**

Nein, das bin ich nicht mehr. Als sich die Partei dagegen wehrte, dass zu kleine Poststellen

geschlossen wurden, fand ich, irgendwann sollte sich die SP der Realität stellen. Eine zukunftsorientierte Partei sollte erkennen, dass wir Strukturveränderungen in der Wirtschaft brauchen, dass man Betriebe schliessen und Leute entlassen muss. Die Versuche der SP, Strukturanpassungen zu verzögern oder zu verhindern, sind aber der falsche Weg.

Was ist denn der richtige?

Am wichtigsten finde ich die Ausbildung. Sie können schauen, wohin Sie wollen: Die wohlhabenden Länder verfügen alle über ein gutes Schulsystem. Seit die USA die öffentlichen Schulen verludern lassen, also seit den achtziger Jahren, verschlechtern sich die sozialen Zustände. Eine solche Entwicklung müssen wir in der Schweiz unbedingt verhindern. In meinem Umfeld sehe ich immer mehr Leute, die ihre Kinder an Privatschulen schicken. Es ist eine der grössten Bedrohungen für die Schweiz, wenn die öffentlichen Grundschulen nicht mehr die besten sind. Nur gutgeschulte Leute können vom technologischen Fortschritt profitieren.

Wollten Sie nie selber in die Politik gehen?

Ach, ich war einmal fast geneigt. Als ich für die Nationalbank arbeitete, war ich erster Ersatz für den Kantonsrat und auch Nationalratskandidat. Aber ich fand dann, ich könne ja auch als Publizist und als Dozent einen Beitrag leisten.

Bei der Nationalbank galten Sie als der Beste, der Bundesrat blockte Sie aber ab, weil Sie in der SP waren. Haben Sie das verwunden?

Im Moment war es eine riesige Enttäuschung, dass mich der Bundesrat nicht ins Direktorium wählte. Auch die Presse empfand das als grosse Ungerechtigkeit. Aber nachher sah ich, dass die Welt viele andere Möglichkeiten bietet. Und ich sagte mir später manchmal: «Zwanzig Jahre lang Geldpolitik zu machen, nur über Zinssätze und Wechselkurse nachzudenken – das wäre für mich keine Perspektive gewesen.» Ich bekam auch gleich nach der Nichtwahl die ersten Angebote aus der Privatwirtschaft.

Sie stiegen bei der Bank Leu, später bei Martin Ebner ein und brachten es zu einem

Vermögen, das Sie bei der Nationalbank nie geschafft hätten.

Da war auch etwas Zufall dabei. Er spielt halt manchmal doch eine Rolle, obwohl mein Buch «Wohlstand – kein Zufall» heisst. Man muss im Leben die Chancen, die sich zufällig eröffnen, packen.

Und Sie hatten Glück in den goldenen neunziger Jahren.

Ja. Wir haben damals unsere Hausaufgaben gemacht. Wir merkten früh – darüber habe ich auch geschrieben –, dass es in den neunziger Jahren zu einer Disinflation mit sinkenden Zinssätzen und steigenden Aktienkursen kommen würde. Aber wir sahen später auch einiges falsch und verloren das meiste wieder. Das gehört auch dazu.

Einiges haben Sie schon noch.

Aber die Verluste waren wesentlich grösser als der Rest, der mir geblieben ist. Doch Verlieren gehört zu den Aktivitäten am Finanzmarkt. Auch die besten Leute liegen nicht immer richtig. Vielleicht ist es ein Glück, dass niemand immer alles weiss.

Wo sehen Sie heute, nach der Finanzkrise, die Mängel des marktwirtschaftlichen Systems?

Dass man am Finanzmarkt Geld verliert, bedeutet nicht, dass das System schlecht ist. Die jüngste Bankenkrise war eine Kumulierung von falscher Bankenregulierung und schlechten Anreizstrukturen. Diese machten das System anfällig für Fehler, die immer wieder vorkommen. Nehmen Sie beispielsweise die Regulierung der Eigenkapitalquoten in «Basel II». Diese hatten verheerende Folgen, die Banken hielten immer weniger Eigenkapital, stellten sich aber mit den gewichteten Quoten in der Öffentlichkeit als solide dar. Wenn die Banken solch schlechte Vorschriften bekommen, passen sie ihre Geschäftsstrategie natürlich diesen an, und plötzlich wird das System instabil.

Was wollen Sie dagegen machen?

Auch da müsste der Staat vor allem die grossen Linien festlegen.

Das heisst?

Er müsste in erster Linie die Eigenkapitalquoten – ohne Gewichtung – drastisch erhöhen. Dagegen wehren sich die Banken.

Jetzt herrscht aber schon wieder das grosse Wehklagen, die Banken würden überreguliert.

Zu Recht. Es wird falsch reguliert. Das Problem war nicht, dass die Banken zu wenig überwacht wurden. Die Aufsichtsbehörden haben in der ganzen Geschichte noch nie eine Finanzkrise vorausgesehen. Weshalb sollen wir also etwas so stark ausbauen, was noch nie funktioniert hat, und den Leuten einreden, jetzt gehe es mit den Banken besser, weil wir sie überwachen? Wie soll ein Aufsichtsgremium die Qualität des Kreditportefeuilles einer Grossbank beurteilen? Das ist ein Unding! Wir können den Banken doch nur vorschreiben, sie müssten genug Eigenkapital halten, damit sie das nächste Problem bewältigen.

Wann kommt es zur nächsten Finanzkrise?

Wenn wir nicht aufpassen, schon in den nächsten Jahren. Die heutige Geldpolitik führt zu einer Überbewertung an den Börsen oder zu einer völlig falschen Preisbestimmung bei Obligationen. Dazu kommen jetzt die Negativzinsen, die zu vielen Fehlentscheidungen und ungerechten Umverteilungen in der Wirtschaft führen. Die Schäden werden viel grösser sein, als uns dies die Notenbanken weismachen wollen.

Wie legen Sie den Rest Ihres Vermögens an?

Immer noch stark in Aktien, Unternehmen schaffen Wert. Und sollten auch noch die guten Unternehmen zerstört werden, gibt es ohnehin keine vernünftigen Anlagen mehr. Dann spielt es auch keine Rolle, wie man sein Geld anlegt. Mit Aktien kann man ein Vermögen bilden. Mein Grossvater war Verdingbub, aber er sparte wie ein Besessener. Er wollte, dass mein Vater eine Banklehre mache – das machte er allerdings nicht –, deshalb kaufte er Aktien der Bankgesellschaft, um seine Chancen zu verbessern. Am Schluss des Lebens besass er ein Einfamilienhaus, obwohl er nie viel verdient hatte. Das ist der Unterschied: Heute sagen wir allen Leuten, sie müssten nicht mehr sparen, denn sie bekämen alle eine Rente und eine Pension – wahrscheinlich werden die meisten gar nicht so viel bekommen, wie sie glauben. ○

Wie Bundesbern die Schweiz preisgibt Eine Klarstellung

► **Samstag, 7. März 2015, 10.30 Uhr**

(Türöffnung 10.00 Uhr)

Swissôtel Zürich, Schulstrasse 44, Zürich

Anreise

Das Swissôtel befindet sich direkt vis-à-vis vom Bahnhof Zürich-Oerlikon an der Schulstrasse 44, 8050 Zürich-Oerlikon. Parkplätze sind im Parking Neumarkt (öffentliches Parkhaus) vorhanden.

Eine Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich. Wir danken für Ihre Spende auf PC 80-35741-3.

Referent:

Christoph Blocher

www.blocher.ch

*Herzlich laden wir Sie zu dieser
öffentlichen Veranstaltung ein!*



Schweizer Steuergeld-Samba

Die überflüssigste Bundesbehörde Präsenz Schweiz hat einer brasilianischen Sambaformation für einen Auftritt 700 000 Franken bezahlt. Ob das Sponsoring des Karnevals in Rio de Janeiro zu den Aufgaben des Staates gehört, ist mehr als fraglich. *Von Alex Reichmuth*

Der Karneval in Rio de Janeiro ist «Brasil-Fee-ling» pur. Bunte Paraden, heisse Sambarhythmen und leichtgeschürzte Tänzerinnen prägen während Tagen die lebensfrohe Metropole in Südamerika. Höhepunkt ist jeweils das Defilee im Sambadrom, das landesweit im Fernsehen übertragen wird. Der Auftritt der Formation Unidos da Tijuca, einer der führenden Sambaschulen, stand dieses Jahr unter dem Motto «Schweiz». Das hatte handfeste finanzielle Gründe. Unter der Führung der Marketingplattform Präsenz Schweiz (PRS) des Bundes hatten Schweizer Firmen und Organisationen – wie Nestlé, Syngenta, UBS, Ruag und Schweiz Tourismus – der Formation mehrere Millionen Franken zukommen lassen. Präsenz Schweiz selber beteiligte sich mit stattlichen 700 000 Franken.

Wie bei anderen Engagements von PRS war auch diesmal angekündigt worden, es würde ein Schweiz-Bild abseits der gängigen Klischees vermittelt. Ziel sei es, in Brasilien eine moderne Schweiz zu zeigen und deren Bedeutung für Bildung und Innovation hervorzuheben, betonte PRS-Direktor Nicolas Bideau, als das Engagement letztes Jahr bekannt wurde. «Wir wollen eine Schweiz jenseits der Klischees von Schokolade und Banken zeigen», gaben auch die Subventionsempfänger von Unidos da Tijuca bekannt.

Am 16. Februar legte die Formation ihren achtzigminütigen Auftritt hin. Und zeigte dabei vor allem Schokolade und Banken. Zu sehen waren auch Fahنشwinger, Alphornbläser, Eis und Schnee, Wilhelm Tell, Uhren und Bernhardinerhunde. Es gab in der Tat auch Versuche, nicht nur auf Klischees anzuspitzen: Aus mannshohen Uhren wie im Film «Modern Times» spazierten Chaplin-Figuren. Man sah Aliens-Kreaturen des Schweizer Künstlers Hans Rudolf Giger. Zudem kamen Albert Einstein, das Forschungslabor Cern und das Sonnenflugzeug Solar Impulse vor.

«Tränen in den Augen»

In der Schweiz zeigte man sich begeistert. «Eine Darstellung, weit entfernt von traditionellen Klischees wie Schokolade, Uhren und Banken, auch wenn diese Themen offensichtlich nicht vergessen gingen», lobte der Westschweizer *Le Matin*. «Ich hatte Tränen in den Augen», sagte Nicolas Bideau, Chefsponsor der Show. Warum aber subventioniert die Schweiz den Karneval in Rio mit Steuergeld? Der Bund komme damit dem Auftrag nach,



«Jenseits der Klischees von Schokolade und Banken»: Sambaformation Unidos da Tijuca.

«in Brasilien vermehrt Visibilität zu zeigen», heisst es beim Aussendepartement (EDA), dem Präsenz Schweiz angegliedert ist. Der Bekanntheitsgrad unseres Landes werde durch die Darbietung gesteigert. «Dies wiederum macht brasilianische Unternehmer auf die schweizerische Wirtschaft und potenzielle Touristen auf unser Land aufmerksam.»

Die Zuschauer vor Ort und am Fernsehen haben in der Show sicher typische Schweiz-Symbole wie Schokolade, Schnee und Uhren erkannt. Dem brasilianischen Publikum ist aber kaum bekannt, dass Einstein die Relativitätstheorie im Berner Patentamt entwickelt hat oder dass Charly Chaplin in der Schweiz lebte. Auch dürften ihm weder das Cern, Solar Impulse noch Hans Rudolf Giger etwas sagen. Die entsprechenden Anspielungen haben die Brasilianer wohl nicht verstanden.

Laut dem EDA hätte man über fünf Millionen Franken für kommerzielle Werbung in den brasilianischen Medien ausgeben müssen, um die gleiche Visibilität zu erzielen – also mehr als das Engagement für die Sambaformation den Bund und seine Partner gekostet hat. Die Frage ist aber, was solche «Visibilität» wirklich bringt: Dass es in Europa ein Land mit Bergen und viel Schokolade gibt, dürfte den Brasilianern schon bekannt sein. Und kaum ein Unternehmer wird in der Schweiz

investieren, weil er am Karneval einige künstliche Schneeflocken gesehen hat.

Präsenz Schweiz wurde 2001 ins Leben gerufen, nach den schlechten Erfahrungen im Streit um nachrichtenlose Konten von Nazi-Opfern. Der Auftrag an PRS war, das Image der Schweiz im Ausland aufzupolieren. Um die Stelle dauerhaft zu legitimieren, wurde 2009 extra ein Gesetz geschaffen, wonach die «Förderung der Visibilität der Schweiz im Ausland» zu den Aufgaben des Bundes gehört. Schon früh gab es Kritik an Präsenz Schweiz. «Die Schweiz schafft sich ihr Image nicht mit PR», meinte im Gründungsjahr der damalige SP-Nationalrat Remo Gysin. «Der Ruf wird geprägt durch das Handeln ihrer Akteure.»

PRS aber bläht sich immer mehr auf. Während der letzten zehn Jahre stieg die Zahl der Vollzeitstellen von 22,6 auf 35,9. In letzter Zeit hat der Bund zudem Zusatzkredite in Millionenhöhe für Auftritte an Olympischen Spielen gesprochen – etwa für London 2012 (4,5 Millionen) oder Sotschi 2014 (3 Millionen).

Doch die Verantwortlichen verlangen noch mehr Geld. «Wir müssen die Stärken und Werte der Schweiz besser kommunizieren», begründete PRS-Chef Bideau 2012 seine Forderung nach einem höheren Budget. Nötig wäre aber, zu überdenken, ob es Aufgabe des Bundes ist, ein staatliches PR-Büro zu betreiben. ○

Braver Bürgerschreck

Er gilt als gefährlichster Islamist des Landes und wirkt wie die Sanftmut in Person: Nicolas Blanco träumt nicht von einer islamischen Schweiz, sondern von einem Schweizer Islam – als Exportartikel.

Von Wolfgang Koydl und Vera Hartmann (Bild)

Er mag Raclette, macht am liebsten Ferien in den Bergen. Er bezeichnet sich selbst als typischen «Tüpfelchisser» und lobt, liebt und lebt eidgenössische Primär- und Sekundärtugenden: Eigenverantwortung, Pünktlichkeit, Fleiss. «Erst, wenn man mal woanders war, merkt man, was man hier hat», seufzt er. Ein echt währschafter Schweizer also – brav, bieder und besonnen. Und doch haftet Nicolas Blanco ein anderer Ruf an: Den «gefährlichsten Islamisten der Schweiz» hat ihn die *Weltwoche* genannt. Was stimmt denn nun: Ist er ein Bünzli oder der Bin Laden von Biel?

Gefährlich sieht er nicht aus, wie er, die Augen gegen die tiefstehende Wintersonne fest zusammengekniffen, ein wenig verloren auf dem Berner Bundesplatz steht. Sein Händedruck ist weich, fast zart für einen Mann von seiner Grösse, und auch die Stimme ist sehr sanft. Einen Hassprediger stellt man sich anders vor. Ohne Turban und knöchellangen Kaftan hätte man ihn kaum erkannt. In dieser Aufmachung erscheint er in der Moschee und in Fernsehstudios, in der «Arena» oder bei Schawinski. Das sei die «Amts Kleidung» als Vorsitzender des Islamischen Zentralrates der Schweiz (IZRS). Auf die Strasse wagt er sich nur in Zivil: Mit Hemd, Hose, doppelreihigem Tschopen und zauseligem, rotblondem Bart wirkt er wie ein Stauffacher-Darsteller in einer «Tell»-Inszenierung.

Nicht seine eigene Arrahman-Moschee in Biel hat der bekannteste und berüchtigtste Muslim der Schweiz als Treffpunkt vorgeschlagen. Stattdessen wählt er die weite Fläche vor dem Bundeshaus und das «Bellevue»-Restaurant gleich um die Ecke. Ein Bekenntnis zum Herz der eidgenössischen Demokratie verbirgt sich freilich nicht dahinter, sondern eine Erinnerung an zwei grosse Augenblicke in seiner politischen Karriere.

Diebische Schadenfreude

Im Februar 2006 hatte der 22-Jährige aus Protest gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen rund tausend Muslime zu Demo und gemeinsamem Gebet vors Bundeshaus geführt. Drei Jahre später wählte er das «Bellevue» für die Vorstellung des soeben gegründeten Zentralrates. Dass er als Aussenseiter Traditionsorte des politischen Establishments requirieren konnte, treibt ihm noch heute diebische Schadenfreude in die Augen. In diesem Augenblick sieht der 31-Jährige eher wie ein linker, frecher Bürgerschreck aus und nicht wie ein konservativer Islamistenprediger.

An Blanco scheiden sich die Geister, an seiner Person entzündet sich Unverständnis, Hass und, ja, auch Furcht. Für viele Schweizer verkörpert er die dunkle Seite des Islam, die Religion der Morde und der Unterdrückung. Gegen ihn spricht vielleicht oft auch, dass er kein Zuwanderer ist, sondern Fleisch vom eigenen Fleische: ein Schweizer, der mit seinem Übertritt zur muslimischen Religion zum Fremdkörper im eigenen Land wurde. So wie ein Minarett oder eine Burka, nur dass man ihn nicht einfach mal verbieten kann.

Rund 300 000 Muslime leben in der Schweiz, das sind knapp fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. In manchen Städten wie Biel oder Basel bekennt sich aber schon fast jeder Zehnte zum Islam. Politik und Öffentlichkeit wissen nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollen. Denn die Muslime haben, so Blanco, erneut die Religion in den politischen Diskurs der Schweiz eingeführt, aus welchem der moderne Staat sie – eingedenk der alten Konfessionskonflikte – eigentlich verbannt zu haben glaubte.

Blanco kennt die Vorbehalte gegen seinen Glauben, und er versteht sie auch – obschon es mehrerer Nachfragen bedarf, bevor er sich zu diesem Zugeständnis durchringt. Eine Gefahr für die Schweiz sei der Islam nicht, sagt er beschwörend, wobei freilich verstörende Videos unerwähnt bleiben, wie jenes, das eine schwarze Islamistenfahne vor dem Pilatus zeigt. Oder meint er das, wenn er sagt: «Die Schweiz ist ein Mosaik, und der Islam ist ein Teil von ihr?»

«Eröffne dir lieber deine Perspektiven in der Schweiz, erkämpfe dir hier Anerkennung.»

Nein, betont Blanco, von einer islamischen Schweiz – «totaler Humbug!» – träume er nicht, sondern vielmehr von einem Schweizer Islam. Der soll auf Schweizer Tugenden wie Konsens, Kompromiss, Toleranz und Pragmatismus fussen. «Ein Problem ist doch, dass vieles, was als islamisch gilt, in Wahrheit eine kulturelle Besonderheit türkischer, syrischer oder bosnischer Zuwanderer ist», meint Blanco. «Diese Vermischung schadet dem Bild des Islam.» Ein Swiss-made-Islam hingegen könne wegweisend für andere Muslime sein, vorausgesetzt, sie wollen es. Denn selbst in Blancos Zentralrat verbergen sich hinter dem gefälligen Vorsitzenden finstere und sehr viel radikalere Elemente.

Mittlerweile sind wir in Blancos Büro in einem unauffälligen Betonblock in Bern-Bümpliz angekommen. Die Eingangstüre öffnet sich mit Fingerscanner, die meisten Räume sind nicht besetzt, es riecht neu und frisch gestrichen. Zwei Mitarbeiterinnen im Kopftuch erwarten den Vorsitzenden. Sie servieren Kaffee und weisen auf die Packung mit den Lindor-Kugeln hin.

Wandlung zum Muslim

Beinahe andächtig holt Blanco seinen Turban aus einem abgegriffenen Karton und greift sich den Umhang vom Kleiderständer. Er schlüpfte in die Verkleidung wie in eine zweite Haut. Der Passant vom Bundesplatz wandelt sich zum Imam. Der Körper strafft sich, aufrecht sitzt Blanco vor der Bücherwand mit den Gesamtausgaben islamischer Gelehrter. Bücher, die er im Original gelesen hat, nachdem er in Bern Islamwissenschaften und in Ägypten islamische Jurisprudenz studiert hatte.

Die Wandlung vom Bieler Buben Nicolas zum gläubigen Muslim Abdallah – Blancos islamischer Name – vollzog sich im Alter von sechzehn Jahren. Der links politisierte Teenager hatte nach der Sekundarschule eine Druckerlehre begonnen. Die Eltern sahen es ihm nach. Blanco und seine jüngere Schwester wuchsen in einem toleranten Elternhaus auf. Religion im klassischen Sinn spielte dort keine Rolle. Den Vater, einen katholischen Romand, zog es früh zum Buddhismus. Die reformierte Deutschschweizer Mutter praktizierte keine Religion.

Fragen, weshalb er zum Islam fand, weicht Blanco aus. Die Vermutung drängt sich auf, dass er vor allem die Eltern schockieren wollte: «Wir haben damals viel darüber diskutiert.» Inzwischen hätten sie sich abgefunden. «Heute machen sie sich nur Sorgen über die Drohungen gegen mich.» Verbalattacken gibt es in der Tat, aber man kann nicht sagen, dass Blanco total unglücklich darüber wäre. Schliesslich verschaffen sie ihm Aufmerksamkeit, die bei der Rekrutierung neuer Anhänger hilft. Mit rund 3500 Mitgliedern mag der IZRS zwar bei weitem nicht die grösste muslimische Organisation der Schweiz sein, aber er ist die mit Abstand bekannteste. Vor allem ist er schweizerisch und nicht von einer Migrantengruppe dominiert. «Es nervt», seufzt denn auch Hisham Maizar von der Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz, «dass der Zentralrat so viel Medienecho bekommt.»



«Drücke dich nicht, kämpfe dich hier durch»: Islamist Blancho.

Dieses Echo hat er sich hart erarbeitet: Mit provokanten Äusserungen zu Scharia, Dschihad und Islamischem Staat, aber auch, wie Blancho immer wieder behauptet, wegen Verzerrungen solcher Äusserungen in der Presse. Aber hat er nicht islamisches Recht über Schweizer Gesetze gestellt? «Nein, im Schweizer Rechtsstaat gilt die Rechtsordnung der Schweiz. Das muss jeder Muslim begreifen.» Klingt gut, doch wie lässt sich seine eigene Polygamie mit dem Rechtsstaat vereinbaren? Hat er nicht geprahlt, dass er in einem Harem lebe und gar nicht mehr wisse, wie viele Frauen er habe? Das, so scheint es, war ein missglückter Ironieversuch, der von manchen Medien für bare Münze genommen wurde. Nur zwei Frauen hat er, doch anerkannte Ehen sind das nicht vor dem Gesetz. Eher eine Ménage-à-trois.

«Die meisten sind total naiv»

Den meisten Schweizerinnen und Schweizern dürfte es letztlich sowieso egal sein, mit wie vielen Frauen er sein Bett teilt. Viel wichtiger ist die Frage, wie er es mit dem radikalen Islam hält, mit Saudi-Arabien oder dem Halsabschneider-Kalifat des Islamischen Staats (IS). Der sanfte Mann reagiert gereizt, wenn man ihn fragt, ob er sich denn von den Untaten und Gräueln dieser Glaubensbrüder distanzieren. «Wie oft denn noch?», stösst er hervor. «Hat man erst einmal den Ruf, ein Wolf im Schafspelz zu sein, kann man sagen, was man will: Man lügt ja sowieso.»

Gut möglich, dass ihn die ständige Fragerei nervt; aber andererseits wickelt er seine Distanzierungen gerne in derart viele watteweiche Relativierungen und Einschränkungen ein, dass sie so gar nicht wie Distanzierungen wirken. Was meint er denn, wenn er Verständnis zeigt für junge Muslime, auch aus der Schweiz, die für den IS in den Krieg ziehen wollten? Ja, er kenne solche Jugendlichen, sagt er, und er gibt auch zu, dass sie ihn um Rat fragen. «Oft sind sie einfach desillusioniert», berichtet er. «Sie sehen keine Zukunftsperspektiven, fühlen sich als Muslime diskriminiert, und haben vielleicht auch noch Probleme in der Schule oder im Elternhaus.»

«Die meisten sind total naiv», erzählt Blancho, «total geblendet von den anscheinend so einfachen Lösungen des IS.» Und was rät er diesen Jugendlichen? Ermutigt er sie zum Dschihad? «Ich sage ihnen: «Auch wenn es schwierig ist, eröffne dir lieber deine Perspektiven in der Schweiz, erkämpfe dir hier deine Anerkennung. Drücke dich nicht, kämpfe dich hier durch.» Es ist diese Art von Anstrengung, die sich nach seiner Meinung hinter dem Begriff Dschihad verbirgt – sein Leben in eigener Verantwortung selbst zu gestalten, auch wenn es hart ist. Das klingt eigentlich recht schweizerisch. Dass er es ernst meint, muss er freilich erst beweisen. ○



Fliessen zu viel Geld in die Saint-Gobain-Kasse? Verwaltungsratspräsident Hälg, Konzernchef Jenisch.

Die Abwehrwaffen von Sika

Dass die Eigentümerfamilie ihre Mehrheit am Sika-Konzern an die französische Saint-Gobain veräussern will, findet in der Schweizer Öffentlichkeit wenig Anklang. Wichtiger als Debatten über das Verhalten der Verkäufer wäre die Frage, wie aggressiv sich der Sika-Verwaltungsrat wehren darf. *Von Beat Gygi*

Im Streit über das Schicksal der Sika-Gruppe lenkt das, was sichtbar ist, ab von dem, was man weniger gut sieht. Auf den ersten Blick macht der Kampf um die Kontrolle des Chemiespezialitäten-Konzerns den Eindruck, als sei er in der jüngeren Geschichte der Schweizer Wirtschaft einzigartig: Da will die Gründerfamilie das von ihr aufgebaute und kontrollierte Unternehmen im Rahmen der Nachfolgeregelung an einen grossen Konkurrenten aus der Branche verkaufen und trifft dabei auf so heftigen Widerstand von allen Seiten, dass sich der Schluss aufdrängt, der Eigentümer einer Firma könne heute seine Rechte nicht mehr wirklich frei ausüben.

Bildlich gesehen, ist es ähnlich, wie wenn ein Mehrfamilienhauseigentümer sein Gebäude nicht verkaufen darf, weil Mieter und andere Nutzer sich dagegenstellen und geltend machen, es komme sonst in falsche Hände und das schade dem Gebäude und der guten Stim-

mung. Seitdem im Dezember bekanntwurde, dass die Eigentümerfamilie Burkard die über ihre Holdinggesellschaft Schenker-Winkler-Holding stimmenmässig zu gut 52 Prozent und kapitalmässig nur zu gut 16 Prozent kontrollierte Sika-Gruppe für 2,75 Milliarden Franken an den auf ähnlichen Gebieten täti-

Die Sympathien gelten dem Sika-Verwaltungsrat und dem -Management.

gen französischen Grosskonzern Saint-Gobain verkaufen will, ist die Stimmung in Medien und Politik tendenziell gegen diesen Verkauf gerichtet. Die Sympathien gelten eher dem Sika-Verwaltungsrat und dem -Management, die damals sofort harten Widerstand gegen den Verkauf angekündigt hatten. So wird seit-

dem vor allem über das Vorgehen der Verkäufer gestritten. Was man tun darf und was nicht, bewegt die Gemüter in Medien, Politik, Gewerkschaften und Verbänden.

«Wollen wir sie hereinlassen?»

Aber diese öffentliche Debatte leidet unter einer Verzerrung, sie steht zu stark im Bann des Deals zwischen Eigentümerfamilie und Saint-Gobain, der auch deshalb besondere Aufmerksamkeit erhält, weil der Verkauf in scharfem Kontrast steht zu den früheren Treueversprechen der Familie. Im Grunde ist der Fall Sika weniger einzigartig, als dies beim ersten Hinsehen erwartet würde, vielmehr ist er geradezu typisch für die Beschaffenheit und Funktionsweise vieler schweizerischer Aktiengesellschaften. Dies zeigt sich jedoch nicht auf der obersten Ebene, auf der Käufer und Verkäufer agieren, sondern auf einer Ebene darunter, im Sika-Konzern sel-

ber, primär im Verwaltungsrat. Die Grafik veranschaulicht, dass Saint-Gobain in diesen zweistufig geordneten Eigentumsverhältnissen nicht direkt Sika kauft, sondern die darüberliegende Holding.

Wie in vielen andern Unternehmen, die gekauft werden, steht auch bei Sika der Verwaltungsrat vor der Frage, wie er mit einer grossen Änderung der Eigentumsverhältnisse in «seinem» Aktionariat umgehen soll. Wenn Investoren in grossem Stil Aktien des Unternehmens kaufen und sich eine Übernahme der Firma oder jedenfalls neue Machtverhältnisse abzeichnen, überlegt sich ein Verwaltungsrat unwillkürlich, wie er zu den neuen Aktionären steht, ob er sie abwehren soll und wie er dies allenfalls in die Wege leiten könnte. Etwas pointiert könnte man sagen: Die Verwaltungsräte fragen sich: «Wollen wir sie hereinlassen?»

Diese Sichtweise entspricht zwar nicht dem Modell der modernen Publikums-Aktiengesellschaft, in der letztlich die Aktionäre das Sagen haben und der Verwaltungsrat und das Management im Auftrag der Eigentümer arbeiten und möglichst gut zum Unternehmen schauen sollen. Aber in der Schweiz seien die Verhältnisse eben oft umgekehrt, vielerorts wählten die Verwaltungsräte durchaus ihre Aktionäre aus, legt Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern und im Sika-Fall in keinem Mandat engagiert, im Gespräch dar.

Privilegierung des Haupteigentümers

Der Kampf um die Kontrolle von Sika ruft in Erinnerung, dass ein Kernstück des Aktienrechts im Grunde genommen fast ein wenig wie Knetmasse ist. Der Verwaltungsrat hat als Organ der Aktiengesellschaft Pflichten und Befugnisse, die immer wieder Kontroversen auslösen, weil sie unterschiedlich ausgelegt werden. Im Obligationenrecht Art. 717 wird die Sorgfalts- und Treuepflicht des Verwaltungsrats gegenüber der Gesellschaft wie folgt formuliert:

1. — «Die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie Dritte, die mit der Geschäftsführung befasst sind, müssen ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren.
2. — Sie haben die Aktionäre unter gleichen Voraussetzungen gleich zu behandeln.»

Wie die hier angesprochenen Interessen der Aktiengesellschaft genau zu definieren sind, ist nach Kunz' Worten oft umstritten. In der Regel seien damit primär die Interessen der Gesellschafter, also der Aktionäre, sowie die der Gläubiger gemeint. Beim zweiten Punkt, bei der Gleichbehandlung der Aktionäre, sieht Kunz einen besonders grossen Ermessensspielraum, wenn das Unternehmen einen Mehrheitsaktionär hat, da eine gewisse Privi-

legierung des Haupteigentümers erlaubt sei. Aus dieser Sicht stuft er das gegenwärtige Verhalten des Sika-Verwaltungsrats als eher zweifelhaft, als aktienrechtlich bedenklich ein, da das Gremium dem Willen der Eigentümerfamilie ziemlich stark zuwiderhandle.

Gewiss, wenn der Verkauf an Saint-Gobain das Unternehmen massiv beeinträchtigen würde, wenn etwa ein *asset stripping* drohen würde, entspräche ein solcher Widerstand einem verantwortungsvollen Handeln des Verwaltungsrats, der das Unternehmen vor Schaden bewahren will. Diese Gefahr sieht Kunz im aktuellen Zusammenhang aber nicht. Die Sika-Führung mit Verwaltungsratspräsident Paul Hälg und Konzernchef Jan Jenisch dagegen hat bereits im Dezember geltend gemacht, die Pläne von Saint-Gobain zum Zusammenführen der Geschäfte seien widersprüchlich und würden die Minderheitsaktionäre schlechterstellen. Wenn Sika einerseits voll im Saint-Gobain-Konzern konsolidiert werden, andererseits mit eigenen Aktien und Geschäftseinheiten flexibel und selbständig weiterarbeiten soll, dann bestehe die Gefahr, dass zu viel Geld in die Saint-Gobain-Kasse und zu wenig an die verbliebenen Sika-Aktionäre fliessen könnte. Der Verwaltungsrat sieht es als seine Treue- und Sorgfaltspflicht, ein solches Kombinieren der Geschäfte zu verhindern.

Unterdessen versucht die Familie, quasi den Schlüssel zum Haus Sika dem Käufer vertragsgemäss auszuhändigen, wird aber durch die juristische Auseinandersetzung mit Sika-Verwaltungsrat und -Management blockiert. Die Abwehrwaffen des Verwaltungsrats sind ganz ähnlicher Natur, wie man es in früheren Fällen gesehen hat, in denen unliebsame Eroberer in die Flucht geschlagen werden sollten. Bei

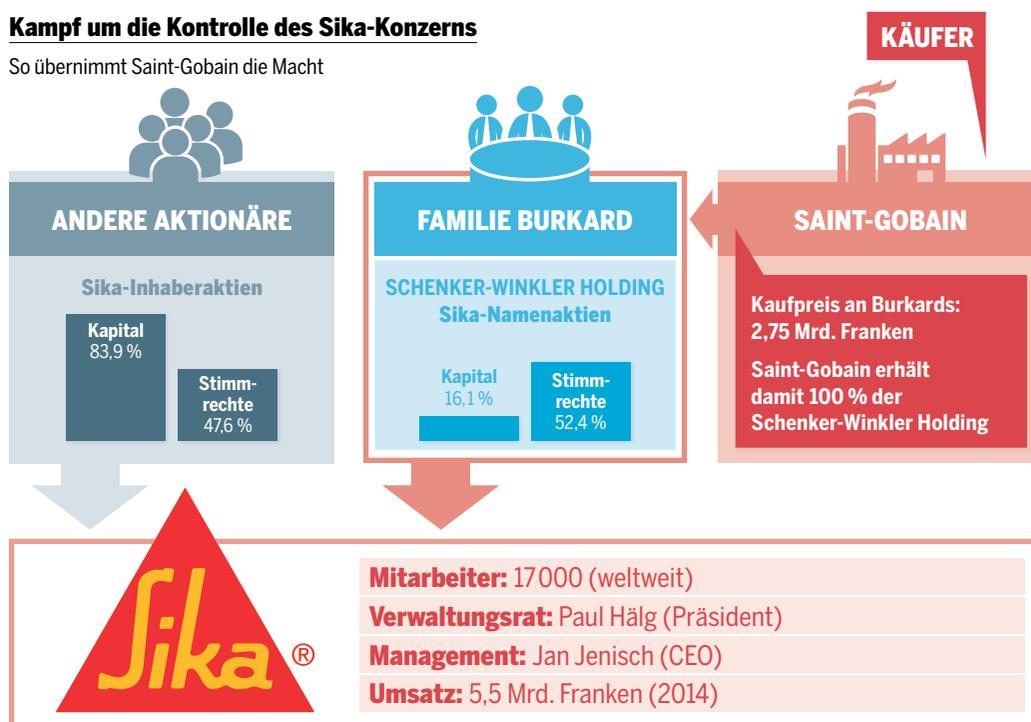
früheren Kämpfen haben die Verwaltungsräte von Unaxis, Saurer, Sulzer oder Implenia jeweils versucht, ihr Haus abzuriegeln. Im Fall Sulzer suchten die Verteidiger die vom Angreifer Viktor Vekselberg eingesetzten Finanzmarktinstrumente als unzulässig erklären zu lassen, und in der Politik wurde unter Mithilfe von Johann Schneider-Ammann in Windeseile die Meldeschwelle für sich anschleichende Aktionäre von fünf Prozent auf drei Prozent gesenkt. Im Fall Implenia verwehrte der Verwaltungsrat dem Eroberer Laxey die Eintragung ins Aktienbuch, obwohl Laxey vorübergehend über die Hälfte des Aktienkapitals hielt; als Begründung diente der Hinweis auf die Lex Koller, die bei Immobilienfirmen eine Schweizer Eigentümerschaft fordere. Laxey gab bei Implenia auf, Vekselberg eroberte Sulzer.

Konstruiertes Abwehrdispositiv

Bei Sika nun sucht die Verteidigung den Eintritt von Saint-Gobain mit der Vinkulierung zu verhindern, die in den Sika-Statuten steht und dem Verwaltungsrat die Macht gibt, den Stimmrechtsanteil eines Aktionärs auf fünf Prozent zu begrenzen. Das vom Aktienrechtler Peter Nobel konstruierte Abwehrdispositiv beruht darauf, dass die Vinkulierung auch für Saint-Gobain gelte, obwohl der französische Konzern nicht direkt ins Sika-Aktionariat einsteigen würde, sondern eine Stufe darüber, indem er von der Familie Burkard die Schenker-Winkler-Holding übernehmen soll. Der Streit über die Gültigkeit dieses Abwehrinstruments ist zurzeit vor dem Kantonsgericht Zug hängig. Es zeichnet sich ab, dass letztlich Gerichte entscheiden werden, ob die Familie ihr Sika-Engagement verkaufen kann – ausser es komme vorher zu einer Einigung. ○

Kampf um die Kontrolle des Sika-Konzerns

So übernimmt Saint-Gobain die Macht



Der Verwaltungsrat entscheidet nicht über einen Verkauf.

Karriere eines Sadisten

Ein Prozess in Frankreich entlarvt den Vergewaltiger Fabrice Anthamatten als gemeingefährlichen Rückfalltäter. Doch der Doppelbürger rettet sich in den milden Genfer Strafvollzug. Und ermordet die Therapeutin Adeline M. Teil 2. Von Alex Baur

Der Fremde sei ihm schon etwas seltsam vorgekommen, erklärte Damien P. später im Zeugenstand. Er habe ihn im Oktober 2001 auf der Fähre auf dem Weg von Irland nach Frankreich kennengelernt. Fabrice Anthamatten habe ihm eine traurige Geschichte erzählt von seiner schwangeren polnischen Freundin, die wenige Wochen zuvor gestorben sei. Er sehe nun keinen Sinn mehr im Leben, habe Anthamatten gesagt, und gehe in die Fremdenlegion. Trotzdem habe der joviale und gesprächige junge Mann keineswegs depressiv gewirkt. Damien P. nahm den Fremden, der ihm etwas verloren erschien, gleichwohl mit zu sich nach Hause, in ein abgelegenes Dorf in den Pyrenäen.

Anthamatten blieb gut eine Woche im Dorf. Er suchte eine Arbeit mit Pferden, angeblich seine Leidenschaft, fand aber nichts. In jener Zeit passierte etwas Seltsames: Mit Handschellen, die er im Gepäck mit sich führte, fesselte Anthamatten völlig unvermittelt die elfjährige Nichte von Damien P. an ein Treppengeländer. Er selber tat die Geschichte als missratenen Scherz ab, doch die Stimmung war nun gespannt. Am 22. Oktober begab er sich nach Pamiers, der nächstgrösseren Stadt, um sich neue Ausweise zu beschaffen. Anthamatten wollte nun doch in die Fremdenlegion.

Der damals 28-jährige Fabrice Anthamatten war schweizerisch-französischer Doppelbürger. Doch er wusste, dass ihn in der Schweiz wegen einer Vergewaltigung ein langer Gefängnisarrest erwartete. Ein Jahr zuvor hatte ihn das Genfer Geschworenengericht zwar noch zu einer bedingten Strafe verurteilt.* Es war ihm damals gelungen, das brutale Verbrechen als bizarres Rollenspiel zu verharmlosen. Doch die Staatsanwaltschaft hatte beim Kassationsgericht eine Annullation des unverständlich milden Urteils bewirkt. Anthamatten würde bei der Neuurteilung, das war klar, nicht mehr ungeschoren davonkommen.

Im Stadthaus von Pamiers wurde Anthamatten auf der Stelle verhaftet – allerdings nicht wegen des hängigen Prozesses in Genf, sondern wegen einer neuen Strafanzeige. Auch im zweiten Fall ging es um eine Vergewaltigung. Der Modus Operandi, ja sogar der Tatort war prak-

tisch der gleiche: Anthamatten hatte seine Opfer unter raffiniertem Vorwand in einen Rebberg in die Nähe des Genfer Flughafens gelockt, mit Handschellen gefesselt und mit einem Messer bedroht. Zumal sich der Tatort auf französischem Territorium befand und Anthamatten als französischer Staatsbürger nicht ausgeliefert werden konnte, eröffnete die Staatsanwaltschaft von Bourg-en-Bresse ein Verfahren.

Mitleid nur mit sich selbst

In seiner ersten Einvernahme gestand er seine zweite Tat vollumfänglich ein. Das Opfer, eine 21-jährige Studentin, kannte er flüchtig. Nachdem er die junge Frau gefesselt hatte, verlangte er zuerst Oralsex. Um Schlimmeres zu verhindern, willigte sie ein. «Sie glaubte, ich würde sie foltern», erklärte Anthamatten gegenüber dem Polizisten, «diese Angst war grösser als die Angst vor dem Sex.» Doch es funktionierte anfänglich nicht. Seine Erektion kam erst, als er ein Taschenmesser hervorholte, ihre Kleider damit aufschlitzte, mit der gezackten Klinge über die Geschlechtsteile und den Hals strich. «Mit dem Messer wollte ich sie dominieren», gab er zu Protokoll.

Die Drohungen waren völlig unnötig, die junge Frau hatte längst resigniert. Doch ihre Todesängste hätten ihn «enorm erregt», wie Anthamatten offen eingestand. Noch später habe er die Szene Revue passieren lassen und dabei onaniert. Das Messer war auch bei der anschliessenden Vergewaltigung stets präsent, «um sie in Panik zu versetzen». Bei einer falschen Bewegung würde er ihre Schlagader durchtrennen, fauchte er die Studentin an, «das Blut würde hoch in die Luft spritzen». Nach der Vergewaltigung, die eher eine Foltersession war, raubte er die junge Frau aus.

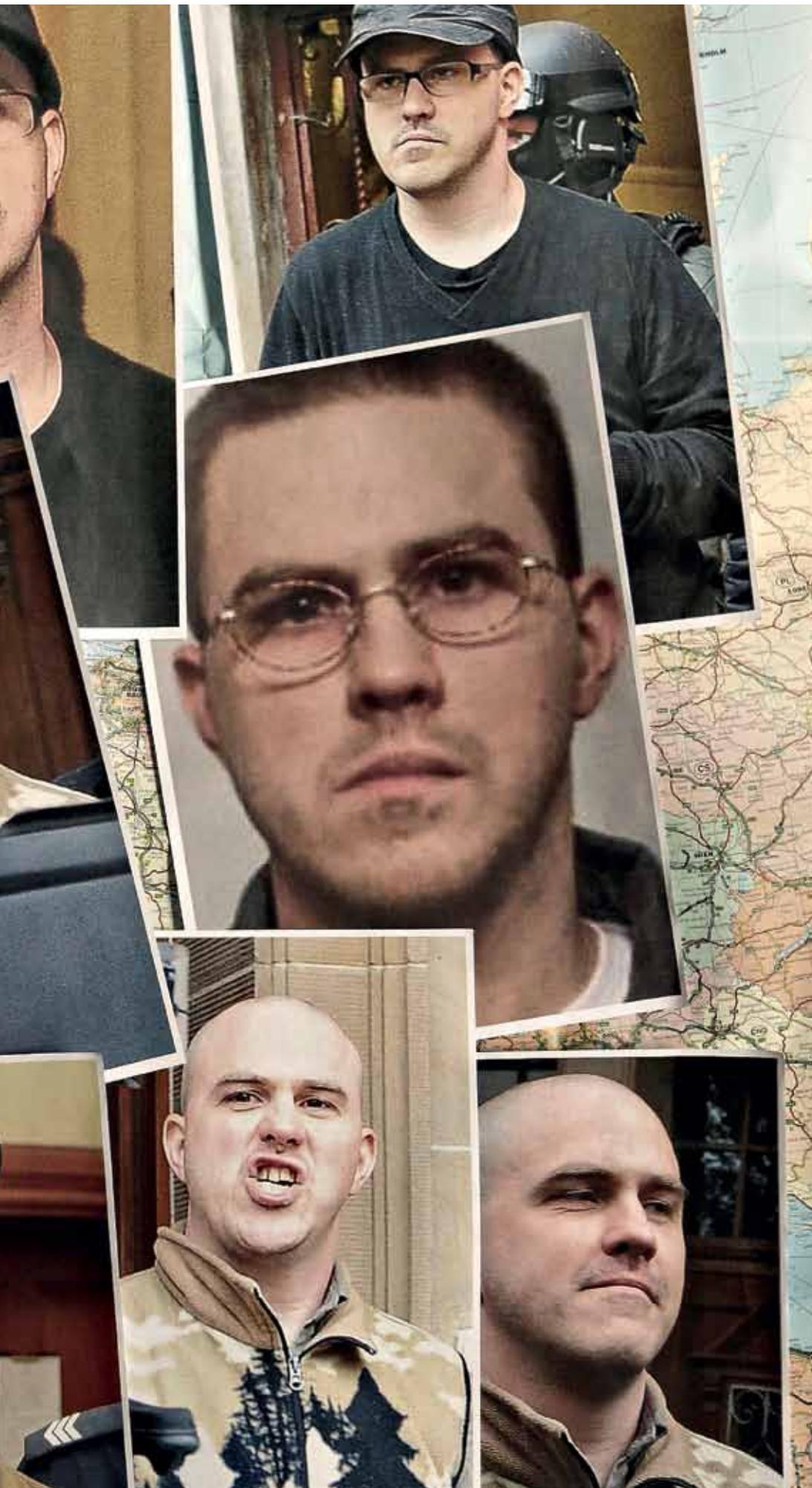
Das Messer und die Handschellen hatte Anthamatten kurz vor seiner Verhaftung auf einem Markt gegen billigen Schmuck eingetauscht. «Diese Handschellen repräsentieren Dummheiten, die ich begangen habe», erklärte er dem Polizisten, «in meinen Händen werden diese Geräte zu fürchterlichen Waffen, die ich kaum kontrollieren kann.»

Seine Aussagen decken sich, zumindest in Bezug auf den äusseren Ablauf, erstaunlich präzise mit jenen des Opfers. Sind dies vielleicht die Worte eines reuigen Täters? Der weitere Verlauf des Protokolls lässt einen daran zweifeln: «Ich hatte Angst, dass ich dieselbe Dummheit mit einer anderen Tuse (<gonzesse>) machen wür-

*Korrigenda: In der Ausgabe Nr. 9/15 («Masken eines Mörders») schrieb die Weltwoche irrtümlich, das Genfer Geschworenengericht habe Anthamatten bereits im Oktober 2000 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Richtig ist, dass er damals nur zu einer bedingten Strafe verurteilt wurde. Das erwähnte Urteil erfolgte erst am 4. Oktober 2001. (axb)



Mann mit vielen Gesichtern: Fabrice Anthamatten.



de.» Tatsächlich hat der Rückfalltäter wohl einfach begriffen, dass Leugnen ihm nichts mehr bringt. Zu offenkundig sind die Beweise. Also zeigt er sich kooperativ. Die Gabe, sich den Umständen anzupassen, zieht sich wie ein roter Faden durch seine Existenz.

Anthamatten beschreibt seine Verbrechen mit der Nüchternheit eines Wissenschaftlers und dem Vokabular eines Zuhälters. «Sie war eine schöne Pflanze», erklärte er etwa, «schlank, mit grossen Titten (<gros nichons>), zu gross für meinen Geschmack.» Deshalb habe er ihr den Büstenhalter nicht vom Leib gerissen. Dem Opfer habe die Vergewaltigung gefallen: «Ich bin sicher, dass sie einen Orgasmus hatte, sie liebt das Ficken (<le cul>).» Diese Behauptung steht im krassen Widerspruch zum psychiatrischen Bericht, der dem Opfer eine schwere Traumatisierung attestiert. Offenkundig gilt Anthamattens Mitleid weniger dem Opfer – als vielmehr sich selber. Er weiss, dass ihn sein sadistischer Trieb für Jahre hinter Gitter bringen wird.

Zugang zum Schweizer Sozialstaat

Die Abklärungen des Untersuchungsrichters fördern eine verkrachte Biografie zutage. Es ist die Geschichte eines durchaus intelligenten Burschen, der mit seinen Begabungen nie etwas anzufangen weiss. Der in Paris aufgewachsene Anthamatten stammt aus einer gutgestellten Familie. Seine Eltern konnten sich eine Privatschule leisten. Fabrice sei immer ein schwieriges Kind gewesen, sagt sein Vater, ein gebürtiger Walliser. Er habe von klein auf eine «doppelte Persönlichkeit» gehabt, eine sehr gewinnende, aber auch eine jähzornige Seite, und er habe «oft mit der Wahrheit gespielt». Die Mutter bezeichnete ihn schlicht als «verlogen».

Als er elf ist, trennen sich seine Eltern. Fabrice bleibt bei der Mutter, die allerdings bald die Kontrolle über ihn verliert. Er selber meldet sich mit sechzehn Jahren beim Jugendamt, um von zu Hause wegzukommen, was ihm auch gelingt. Nach zwei abgebrochenen Lehren wird er 1994 zum Militärdienst eingezogen, zur Heerespolizei. Nach fünf Monaten wird er ausgemustert, wegen angeblicher psychischer Probleme. 1996 zieht Anthamatten in die Schweiz, wo sein Vater bereits lebt und auch seine Mutter bald hinzieht. Der Vater wie die Mutter haben zwischenzeitlich finanzielle Probleme. Als Doppelbürger haben sie Zugang zum Schweizer Sozialstaat.

Zwischen Lausanne und Genf arbeitet Fabrice Anthamatten in den folgenden Jahren im Gastgewerbe. Bei keiner Stelle bleibt er länger als ein paar Wochen – immer gerade so lange, wie es braucht, um Arbeitslosengeld zu kassieren. Am längsten, fast ein Jahr lang, hält er es bei der Securitas aus, als Hundeführer mit Waffentragschein. Doch auch dort wird er Ende 1998 aus disziplinarischen Gründen entlassen. Einen Lohnvorschuss von 4000 Franken bleibt er schuldig. Es ist nur eine von

zahllosen Rechnungen und Betreibungen, die Anthamatten nie beglichen hat.

Etwas mehr Erfolg hat er bei den Frauen. Zwar dauert kaum eine Beziehung länger als ein paar Wochen. Bemerkenswert ist jedoch die Unverfrorenheit, mit der er seine meist minderjährigen bis blutjungen Gespielinnen manipuliert und dominiert. Es erregt ihn, seine Mädchen mit Kollegen ins Bett zu schicken und ihnen beim Sex zuzuschauen. Zwei Ex-Freundinnen berichteten im Zeugenstand von dieser Praxis. Und beiden erschien die Willfähigkeit, mit der sie Anthamatten zu Diensten standen, im Rückblick unerklärlich.

«Nachweislich gefährlich»

Zu seiner ersten Vergewaltigung im Sommer 1999 meint Anthamattens Vater in Genf vor Gericht: «Fabrice hatte Erfolg bei den Mädchen, ich konnte mir das nicht erklären.» Eine Faszination für Messer habe der Bursche aber schon immer gehabt. Während das Strafverfahren seinen Gang nimmt, reist Anthamatten im Frühling 2000 nach Irland. Am St.-Patrick's-Fest trifft er dort die polnische Gymnasiastin Ewa (Name geändert). Beide schwärmen von einer Zukunft in Irland.

Nach einer Woche reisen sie beide wieder nach Hause, bleiben aber telefonisch in Kontakt. Zurück in Genf, heuert Anthamatten als Pferde knecht an und erleidet bald einen schweren Reitunfall. Während zweier Tage liegt er im Koma, die Rekonvaleszenz dauert Wochen. Erfolglos bemüht sich der junge Mann um eine IV-Rente. Ewa besucht ihn im Spital, später reist er zweimal für ein paar Tage nach Polen. Im Oktober 2000, unmittelbar nach seiner Verurteilung in Genf zu einer bedingten Strafe, fliegt er nach Irland. Ewa soll ihm später, nach Abschluss der Matur, nachreisen. Beim Autovermieter Hertz in der Nähe von Dublin findet er eine Stelle. Doch es ist das alte Lied: Nach wenigen Monaten verliert er den Job, zurück bleiben nur Schulden.

Im Frühling 2001 besucht ihn Ewa zum St.-Patrick's-Fest in Dublin. Nach wenigen Tagen reist die junge Frau verstört ab. Gemäss Anthamattens Darstellung beschuldigte sie ihn der Vergewaltigung; das sei aber ein Missverständnis gewesen, er habe nur das Kondom beim Sex vergessen. Im Juni reist er nach Polen, sucht sie verzweifelt, mal macht er auf Telefonterror, dann schickt er Blumen. Doch Ewa versteckt sich, wechselt ihre Telefonnummern, er wird sie nie mehr sehen. Anthamatten erzählt, sie sei während einer Schwangerschaft verstorben. Das ist nachweislich eine Lüge, nicht einmal seine Eltern glauben ihm diese Mär. Zu oft hat er sie schon angelogen.

Am 25. August 2001 befindet sich Fabrice Anthamatten wieder in Genf – abgebrannt und verschuldet. Die Perspektiven sind zappenduster. Im Oktober soll der Vergewaltigungsprozess neu aufgerollt werden. Er weiss, dass er nun ins Gefängnis muss und will sich nach Ir-

land absetzen. Zufällig trifft er eine ehemalige Arbeitskollegin, die dringend eine Wohnung braucht. Anthamatten gaukelt der 21-Jährigen vor, ein günstiges Objekt zu kennen. Doch sie muss 2500 Franken Kautions sofort mitbringen. Es muss schnell gehen, günstige Wohnungen sind in Genf rar, und es gibt viele Interessenten. Die Geschichte ist erlogen, Anthamatten will sein Opfer ausrauben.

Das Verbrechen ist sorgsam und perfide geplant. Mit Bedacht borgt sich Anthamatten einen Smart. Das Auto hat nur zwei Sitzplätze. So kann die Begleiterin des Opfers leider nicht mitfahren. Angeblich um eine Abkürzung zu nehmen, fährt er durch die Weinberge beim Flugplatz, über französischen Boden. An einer abgelegenen Stelle hält er an, provoziert sein Opfer zur Flucht. Dann hetzt er sie über den Feldweg. Erst das turnt ihn richtig an. Nach der Vergewaltigung raubt er dem Opfer die 2500 Franken für die Wohnung, die nie existiert hat, und fährt nach Lyon. Von dort fliegt er nach Irland. Seine Flucht endet drei Wochen später in den französischen Pyrenäen.

«Auf den ersten Blick ist er eine rätselhafte Person», bemerkte der französische Psychologe Michel Colombani im Ingress seiner Gerichtsexpertise über Anthamatten, «er scheint ohne Alter zu sein.» Er habe «etwas fast Feminines», die Brille verleihe ihm einen «intellektuellen Anschein». Nichts weise auf einen gefährlichen Vergewaltiger hin, doch «je weiter die Untersuchungen fortschreiten, desto beunruhigender wird die Persönlichkeit dieses jungen Mannes». Man habe jeweils Zweifel, «ob man immer dieselbe Person vor sich hat».

Der eloquente Auftritt von Anthamatten erstaune insofern, als er kaum die Grundschule abgeschlossen habe. Er habe indes auch etwas Stures, seine Welt bestehe nur «aus absoluten Wahrheiten», er idealisiere ebenso sehr, wie er verachte. Eine Selbstreflexion sei ihm fremd. Der Rorschach-Test habe eine hochgradig narzisstische und extrem schwache Persönlichkeit zum Vorschein gebracht, die sich durch Isolation schütze und interne Konflikte systematisch gegen aussen abschotte. Sein hasserfülltes Verhältnis zu den Eltern habe etwas «Karikaturhaftes» an sich.

Die Schlussfolgerungen muten ziemlich düster an: Ein «offenkundig stark gefestigter perverter Charakter mit ausgeprägt narzisstischen Zügen» paare sich mit einer «pseudoangepassten Erscheinung». Eine nachhaltige Resozialisierung sei unter diesen Vorzeichen sehr schwierig, die Erfolgsaussichten einer Therapie kaum absehbar.

Nicht minder pessimistisch fällt die Einschätzung des Lyoner Gerichtspsychiaters Jean-Louis Nédélec aus. Krankhafte psychische Störungen findet der Experte keine. «Wir weisen darauf hin, dass die Vergewaltigung per se nicht als Geisteskrankheit taxiert wird», schreibt Nédélec, eine Verminderung der Zurechnungs-

fähigkeit sei nicht ersichtlich. Der «perverse Charakter» des Rückfalltäters sei jedoch offenkundig wie auch seine sadistische Neigung. Seine gespaltene Persönlichkeit befähige ihn allerdings auch zur normalen Beziehung, was Anthamatten besonders gefährlich mache. In der Quintessenz: «Dieser Mann ist nachweislich gefährlich, und er sagt es.»

Mit Urteil vom 4. November 2003 verurteilt der Cour d'assises de l'Ain Fabrice Anthamatten zu fünfzehn Jahren Gefängnis und ordnet eine ambulante Therapie während des Vollzugs an. In der Zwischenzeit hat das Genfer Geschworenengericht den Täter für seine erste Vergewaltigung zu weiteren fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Gefängnis von Villefranche, rund 160 Kilometer westlich von Genf, hat Anthamatten seine Haft bereits ein Jahr zuvor angetreten.

Einmal in der Woche begibt sich Anthamatten im Gefängnis in eine Gesprächstherapie. Im Januar 2006 wird der Häftling aus unbekanntem Gründen 500 Kilometer in den Westen verlegt, nach Mauzac, in die Gegend von Bordeaux. Das passt Anthamatten überhaupt nicht. Er verlangt eine Verlegung in die Schweiz, seine zweite Heimat. Um das zu erreichen, ist er sogar bereit, seine französische Staatsbürgerschaft aufzugeben. Er macht geltend, seine Familie lebe am Genfersee, das sei «besser für meine Resozialisierung».

Verlegung nach Genf trotz Warnungen

Am 4. Oktober 2007 erklärt sich der Kanton Genf zur Haftübernahme bereit. Anthamatten hat sich in der Zwischenzeit zum Sprachlehrer für Fremdsprachige ausbilden lassen. Doch die Gefängnisdirektorin von Mauzac warnt in ihrem Rapport vom 5. Dezember 2007: «Es scheint mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Verurteilung von Anthamatten inkompatibel ist mit dem Projekt, das er in der Schweiz umsetzen will; die Justiz muss alles daransetzen, um zu verhindern, dass dieser Herr in einer Machtstellung gegenüber Schülern oder Studenten steht.»

Die Direktorin weist auch darauf hin, dass Anthamatten nur schlecht über seine Mutter rede. Sein Vater ist inzwischen verstorben. Offenbar erhoffe er sich in der Schweiz vor allem ein milderes Vollzugsregime. Im Gefängnis von Mauzac habe sich Anthamatten sehr schlecht eingeordnet. Auch weist sie noch einmal eindringlich darauf hin, dass in der Strafuntersuchung «eine sadistische und perverse Persönlichkeit von grösster Gefährlichkeit zum Vorschein gekommen ist».

Ein Jahr später werden Anthamattens Bemühungen gleichwohl von Erfolg gekrönt. Am 1. Oktober 2008 trifft er im Genfer Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon ein.

In der nächsten Ausgabe: Wie Anthamatten im Gefängnis vermeintlich therapiert und vom Gutachter als «moderat rückfallgefährdet» eingestuft wird, worauf er nach La Pâquerette verlegt wird und im September 2013 die Sozialtherapeutin Adeline M. ermordet.

Menschenrechte des Staatsfernsehens

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat den Einsatz einer versteckten Kamera gebilligt. Die Medienfreiheit wurde in Strassburg höher gewichtet als der Schutz der Privatsphäre. Das Urteil ignoriert einmal mehr die besonnene Einschätzung der Schweizer Gerichte. *Von Martin Schubarth*

Der Schutz der Privatsphäre wird immer mehr durchlöchert. Aufgabe der Justiz ist es, diese Tendenz in Schranken zu halten. Ein Musterbeispiel für diese Problematik ist die Frage, ob und inwieweit der Einsatz von versteckten Kameras im Rahmen von journalistischen Recherchen und später die Ausstrahlung der gemachten Aufnahmen und der vertraulichen Gespräche im Rahmen einer Fernsehsendung zulässig sind. Das Bundesgericht vertritt dazu im Einklang mit dem Zürcher Obergericht eine zurückhaltende Position. Sie ist getragen von einem Verständnis für die Privatsphäre und verdient Beifall. Und sie beruht auch auf der Erkenntnis, dass, wenn schon das Ausspionieren der Privatsphäre durch Geheimdienste nur in engen Grenzen zugelassen werden kann, bei journalistischen Recherchen erst recht grösste Zurückhaltung geboten ist.

Fairness nicht gewährleistet

Anders der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der soeben mit sechs zu einer Stimme die Beschwerde von Fernsehproduzenten gegen ihre Verurteilung wegen des Einsatzes einer versteckten Kamera gutgeheissen hat. Das Urteil steht in deutlichem Widerspruch zum Prinzip der Subsidiarität der Strassburger Gerichtsbarkeit, das im Zusammenhang mit den letztjährigen Jubiläumsfeierlichkeiten (vierzig Jahre Europäische Menschenrechtskonvention [EMRK] in der Schweiz) hervorgehoben wurde, sich aber im Kontext des vorliegenden Falles als eine leere Worthülse erweist.

Bei der Kollision zweier Rechtsgrundsätze – nämlich einerseits der Schutz der Privatsphäre, im vorliegenden Fall vor allem die Garantie der Vertraulichkeit privater Gespräche, andererseits die Medienfreiheit – steht der Richter stets vor einer im Einzelfall oft schwierigen Konkretisierungsfrage, bei welcher häufig verschiedene Antworten vertretbar sind. Aufgabe des EGMR kann es nicht sein, seine Auffassung an die Stelle des nationalen Richters, hier der des Bundesgerichtes, zu setzen, wenn aus dem nationalen Verfahren deutlich wird, dass der nationale Richter die Bedeutung der Medienfreiheit anerkennt, allerdings den Gesichtspunkt der Vertraulichkeit der Privatsphäre im konkreten Fall höher gewichtet.

Das Urteil aus Strassburg leidet überdies an einem gravierenden Verfahrensmangel. Im Strassburger Verfahren durfte sich eine Medienlobby-Organisation, die Media Legal Defence Initiative, äussern, die naturgemäss den Stand-



Wie ist der Schutz der Privatsphäre zu gewichten?

punkt der verurteilten Journalisten unterstützte. Das private Medienopfer, das sich vor Bundesgericht äussern durfte, wurde vom EGMR nicht angehört. Das ist mit den Grundsätzen eines fairen Verfahrens nicht vereinbar und verletzt Art. 6 der EMRK. Medienopfer sind nicht organisiert und verfügen nicht über eine Lobby. Dass dem EGMR die Sensibilität dafür abgeht, stimmt nachdenklich. Ist es ein Indiz dafür, dass er nicht unvoreingenommen an Medienfälle herangeht?

Das Urteil ist nicht einstimmig ergangen. Paul Lemmens, der belgische Richter, hat opponiert. Im Unterschied zur Mehrheit des Gerichtshofs setzt er sich eingehend mit dem Urteil des Bundesgerichtes auseinander und betont, dass der nationale Richter über einen Ermessensspielraum verfügt, den der EGMR zu respektieren hat. Es ist nicht das erste Mal, dass dieser Richter in einem Schweizer Fall eine abweichende Meinung vertritt. Schon letztes Jahr im Asbest-Fall opponierte er mit guten Gründen. Lemmens, geboren 1954, wirkt seit September 2012 als Richter in Strassburg. Aus seinem reichhaltigen Curriculum sticht seine praktische Erfahrung aufgrund mehrjähriger Tätigkeit als Anwalt, später als Mitglied des Conseil d'Etat (oberstes Verwaltungsgericht) und seine universitäre Tätigkeit auf dem Gebiet des Zivil- und Verwaltungsprozesses hervor. Damit unterscheidet er sich offenbar von anderen Richtern durch einen Sinn für

das Praktische und ein Verständnis für den nationalen Richter. Die Gefahr liegt beim EGMR in der Überbetonung des Gedankens der Menschenrechte und der einseitigen Bevorzugung einzelner Menschenrechte wie der Medienfreiheit aufgrund einer menschenrechtseuphorischen und praxisfremden Sicht.

Diese Frage muss erlaubt sein

Das Urteil von Strassburg macht noch etwas deutlich. Die kürzlich vom Bundesrat verbreitete These, eine Kündigung der EMRK ergebe keinen Sinn, da die durch die Konvention garantierten Rechte auch durch die Bundesverfassung geschützt seien, verkennt das entscheidende Problem. Niemand ist gegen die EMRK; ich selbst bin ein Anhänger der ersten Stunde und habe mich in den siebziger Jahren für die EMRK, wie man sie damals verstanden hat, eingesetzt. Die Kritik richtet sich gegen Tendenzen einer Rechtsprechung, gegen die Missachtung des Subsidiaritätsprinzips, gegen die Verkennung des Ermessensspielraums der nationalen Richter und gegen die exzessive Auslegung der Konvention. Damit sei nicht der Kündigung der EMRK das Wort geredet. Aber die Frage an den EGMR muss erlaubt sein: Weshalb ist man in Strassburg nicht fähig, einem besonnenen Standpunkt, wie ihn der Richter Lemmens vertritt, zu folgen? ○

«O Tyrann, wo bist du?»

Ihre Motive waren verschieden, die Folgen gleich verheerend. Die Tyrannenstürzer Bush und Obama stiessen die Tore zur Hölle auf. Gedanken über humanitäre Feldzüge und die Vorzüge von Diktatoren im Angesicht der flatternden schwarzen Fahne an den Gestaden des Mittelmeers. *Von Urs Gehrig*

Eines Abends, im siebten Monat des Luftkriegs gegen den libyschen Diktator, sass Hillary Clinton vor der Fernsehkamera, lachend und überglücklich. Schon Reagan hatte «Mad Dog» Gaddafi zur Hölle gewünscht. Jetzt war es so weit. «Wir kamen, sahen – er starb», sagte die amerikanische Aussenministerin, die Fäuste zur Siegerpose geballt, einen Jauchzer zur Zimmerdecke stossend. Die westliche Welt jauchzte still mit.

Frei nach dem Beatles-Song «With a Little Help From My Friends» hatte die buntgescheckte libysche «Mad Max»-Revolte mit Nato-Luftunterstützung das Land aufgerollt, bis sie den flüchtigen Diktator aus einer Abwasseröhre zerrte und pflöhte. Aufgeräumt stellte Barack Obama später fest: «Ohne einen einzigen US-Stiefel auf den Boden zu setzen», habe man die Ziele erreicht. Die Friedenstaube hatte der Welt gezeigt, wie man Tyrannen richtig stürzt. Ganz anders als George W. Bush, der beim Angriff auf Saddam Husseins Reich 3000 amerikanische Soldaten in den Tod schickte und im Irak ein schwarzes Loch hinterliess.

Obamas Triumphgebaren war prämatür. Die «Modell-Intervention» (US-Nato-Emissär Ivo Daalder) hat sich als Fehlschlag erwiesen. Wer sie in den letzten Jahren nicht sehen wollte, dem drückten die Häscher des Islamischen Staates (IS) die Realität ins Gesicht, als sie jüngst 21 christliche Gastarbeiter am libyschen Strand köpften. «Die Intervention in Libyen hat westliche Interessen fundamental unterwandert», schreibt Alan J. Kuperman, Professor an der University of Texas in der neusten Ausgabe von *Foreign Affairs* über «Obama's Libya Debacle»:

«Failed state»: Sieben Premierminister in weniger als vier Jahren hat Libyen gesehen. Rivalisierende Stämme, Milizen und Kommandanten liefern sich Grabenkämpfe bis zum heutigen Tag. Zwei konkurrierende Parlamente stehen sich spinnefeind gegenüber. Libyen ist in spektakulärem Zerfall begriffen. Jetzt hat eine weitere Kraft Einzug gehalten: die Schlächter des Islamischen Staates.

Menschenrechte: Was zu Zeiten des «verrückten» und brutalen Diktators kaum jemand für möglich gehalten hätte: Tod, Zerstörung und Menschenrechtsverletzungen haben sich nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes verbreitet. Rebellen begingen Rachemorde und Folter und verhafteten Tausende mutmasslicher Gaddafi-Anhänger. Gemäss Uno-Schätzungen sind

rund 400 000 Libyer aus ihren Häusern geflohen, ein Viertel von ihnen haben sogar ihr Heimatland verlassen.

Todesopfer: Obwohl der Westen humanitäre Gründe für die Intervention geltend machte, vermochte die Militärmission die Zahl der Todesopfer nicht zu drosseln – sie hat sie massiv erhöht. Mitte März 2011 waren Gaddafis Truppen im Begriff, die letzte Rebellenhochburg in Bengasi einzunehmen. Ein einmonatiger Konflikt, der rund tausend Menschenleben gefordert hatte, war in seinen letzten Zügen. «Genau zu diesem Zeitpunkt», so Kuperman, «verbreiteten libysche Verbündete der Rebellen im Schweizer Exil Warnungen vor einem unmittelbar bevorstehenden «Blutbad» in Bengasi.» Das Schreckgespenst des Genozids habe bei Obama und seinen Verbündeten «wie ein Zauber-

spruch» gewirkt. «Wenn wir einen Tag länger zugewartet hätten», so Obama rückblickend, «wäre es in Bengasi zum Massaker gekommen, das die ganze Region in Aufruhr versetzt und das Gewissen der Welt befleckt hätte.» Die deprimierende Realität lautet: Seit der Nato-Intervention sind mindestens 10 000 Menschen gestorben. Es werden täglich mehr.

Terror-Terrain: Gaddafi hatte den Terrorismus verschiedener Schattierungen lange unterstützt – ein Beispiel dafür war der Abschuss eines Passagierflugzeugs über Lockerbie 1988. Doch noch vor 9/11 war der libysche Diktator zu einem Partner der USA geworden. 2009 lobte General William Ward, der dem U.S. Africa Command vorstand, den libyschen Herrscher als «Top-Partner im Kampf gegen transnationalen Terrorismus». Seit der Nato-Intervention



Europas wichtigster Türhüter: Muammar Gaddafi.

2011 ist Libyen indessen zu einem Hafen des islamischen Terrorismus geworden (siehe Seite 48). Schlimmer noch: Die Nato-Intervention nährte islamistischen Terror weit über die Grenzen Libyens hinaus, in Mali, Nordnigeria, Burkina Faso und Niger.

Migration: Gaddafi war Europas wichtigster Türhüter. Vor seinem Sturz hatte er – auf der Grundlage eines Abkommens mit der italienischen Regierung – vermehrt Migranten aus dem Süden des afrikanischen Kontinents abgefangen und zurückgeschickt. Seit seinem Sturz ist Libyen das Transitland für Zehntausende Afrikaner, die nach Europa wollen. Milizen und Schlepperbanden verdienen am lukrativen Menschenhandel.

Brandbeschleuniger in Syrien: Die Libyen-Intervention liess die Erwartungen in der arabischen Welt aufflammen. Befeuert von den Bildern in Libyen, strömten Syrer gegen Assad auf die Strassen, darauf hoffend, dass auch sie amerikanische Hilfe aus der Luft erhalten würden. Die US-Regierung hatte die syrischen Rebellen anfänglich zur Revolte ermuntert, gewährte ihnen aber nie Luftunterstützung oder schwere Waffen. Die Folge war eine massive Eskalation

des innersyrischen Konflikts mit mehr als 200 000 Toten.

Wie ein Wundbrand an einem geschundenen Körper griff das Chaos um sich. Der IS etablierte sich in Syrien und riss weite Teile des Irak an sich, der kaum auf eigenen Füßen stand nach zehn Jahren Krieg. Genau dort, im Irak, hat die Terrororganisation IS ihren Ursprung. Sie formierte sich im irakischen Widerstand nach dem Fall Saddam Husseins. Ihre Entstehung gehört zum Vermächtnis der US-geführten Invasion.

Vor dem Sturz Saddams 2003 – und noch geraume Zeit danach – war der Autor dieser Zeilen der Auffassung, dass «von allen schlechten Optionen ein Krieg gegen das irakische Regime nur die zweitschlimmste» sei. Schlimmer wäre es, den irakischen Diktator nach siebzehn UN-Resolutionen abermals springen zu lassen. Sein zu militärischer Aggression neigender Führerkult war schrecklich, die Knechtung seiner Volksmassen unerträglich. Persönliche Reisen durch das Reich Saddams bestärkten den Autor in der Überzeugung: Der Sturz des Tyrannen war angebracht, ja nötig.

Die Einschätzung – so ist aus heutiger Sicht nüchtern zu bilanzieren – war falsch. Einzig die irakische Bevölkerung vermag zu urteilen, was

furchtbarer war, die Zeit unter oder nach Saddam. Von aussen betrachtet, steht fest: Verglichen mit den jahrelangen Unruhen im Irak und mit dem grassierenden IS-Terror, der sich heute in der Region breitmacht und auch Europa bedroht, war Saddam Hussein das geringere Übel.

Saddam und Gaddafi waren Schlächter vor dem Herrn: skrupellos, brutal, kaltblütig. Leichen pflasterten ihren Weg. Aber eines waren sie beide: ein Bollwerk gegen islamistischen Fanatismus. In Anbetracht der wehenden IS-Flaggen an der libyschen Küste wird manch ein Politiker und Beobachter in Europa heute insgeheim seufzen: «O Tyrann, wo bist du?», und sich Gaddafi, vielleicht sogar Saddam zurückwünschen.

Die jüngsten Erfahrungen mit dem sogenannten Arabischen Frühling mögen den heimlichen Wunsch nach den alten Tyrannen bestärken. Vom demokratischen Aufbruch in den Strassen ist nichts übriggeblieben. In Ägypten, Libyen, Syrien, im Jemen wo immer das Volk gegen seinen Diktator aufstand, folgte das Chaos auf den Schritt. (Tunesien ist eine wacklige Ausnahme.) Beklemmend, vorzustellen, welch islamistischer Flächenbrand der Region drohen würde, sollte in Damaskus Assad vom Thron stürzen. Anders als Bush im Irak zeigt sich Obama heute selbstkritisch über sein Libyen-Abenteuer: «Ich glaube, wir haben die Notwendigkeit unterschätzt, mit voller Kraft zu intervenieren», sagte er der *New York Times* letzten August. «Wenn du so etwas tust, musst du mit viel aggressiverem Effort die Gesellschaften neu aufbauen.»

«Das ist genau der falsche Weg», argumentiert Kuperman in seiner Analyse. Der Fehler in Libyen sei nicht das fehlende *nation building*, sondern der Entscheid, überhaupt zu intervenieren. «In Fällen wie Libyen, wo eine Regierung einen Aufstand niederschlägt, ist das Risiko sehr hoch, dass eine Militärintervention noch grösseren Schaden anrichtet»: religiöse und Stammesgewalt, Staatszerfall und Terrorismus. Die Aussicht auf eine Intervention schaffe bei Rebellen falsche Anreize, die Regierung mit Waffengewalt herauszufordern und dann «Genozid» zu rufen, um westliche Mächte dazu zu bringen, aus «moralischen» Gründen zu intervenieren.

Die Folgen vernehmen wir täglich aus den Nachrichten. Selbst wer aus sicherer Distanz gegen eine Diktatur interveniert, gerät in einen Strudel, aus dem er sich kaum mehr befreien kann. Obama, der sich nicht schnell genug aus dem Irak verabschieden konnte, steht bereits mit einem Fuss wieder im Irak. Wie sieht Amerikas Grossstrategie für Sicherheit und Stabilität in der Region heute aus? Washington hat die Frage noch nicht beantwortet. Das Verhalten der Obama-Regierung, sagte US-Oberst Jack Jacobs neulich, erinnere an «Alice im Wunderland»: «Wenn du nicht weisst, wohin du gehst, wird dich jeder Weg dorthin führen.» ○



Bollwerk gegen den islamischen Fanatismus: Saddam Hussein.

Terrorgefahr im Mittelmeerraum

Der Kampf zwischen Islamisten und Säkularen stürzt Libyen ins Chaos. Das Machtvakuum zieht neben der Miliz Islamischer Staat auch Extremisten von al-Qaida und Boko Haram an. Keine 600 Kilometer vor der italienischen Küste entsteht eine gefährliche Kriegsfront. *Von Kurt Pelda*



Chaos als Rezept: Anschlag islamistischer Milizen auf den Flughafen von Tripolis.

Der Ort des Massakers war gut gewählt. Der Strand in der Nähe von Sirte, der Gegend, aus der Libyens getöteter Diktator Muammar al-Gaddafi stammte, diente dem sogenannten Islamischen Staat (IS) als Symbol für die Nähe zu Europa. Im Propagandavideo, in dem die schwarzgewandeten und verummten Mörder 21 ägyptischen Kopten die Köpfe abschnitten, war am Schluss das vom Blut rotgefärbte Meer zu sehen. Die Christen hatten sich als Gastarbeiter in Libyen verdingt und bezahlten diesen Einsatz mit einem schrecklichen Tod.

Der IS wollte mit dem Massakervideo wohl zweierlei erreichen: die Regionalmacht Ägypten bedrohen und auch den Rest von Nordafrika und des Sahel. Zudem kündigte der Sprecher im Video grossspurig an, man werde Rom erobern und es den christlichen Kreuzzügeln heimzahlen. Von Sirte sind es nur rund 600 Kilometer übers Mittelmeer bis hin zur Südspitze von Sizilien. Der IS drohte in mehreren Videos, er werde nun seine Kämpfer in Zivil unter

Bootsflüchtlinge mischen, die von Libyens Sandstränden die Reise nach Italien antreten, um den Dschihad nach Europa zu tragen.

Tentakel bis nach Nordafrika

Der IS ist in Libyen noch nicht wirklich stark, aber mit seiner Angstpropaganda im Internet versucht er den Eindruck zu erwecken, dass sich sein letztjähriger Siegeszug in Syrien und im Irak nun an der Mittelmeerküste ohne weiteres wiederholen lasse. Dabei ist die einzige Gemeinsamkeit zwischen diesen Ländern das Chaos und das damit einhergehende Machtvakuum, das der IS zu füllen gedenkt. Während Syrien und der Irak aber multiethnische Staaten mit Arabern, Kurden, Drusen, Sunniten, Schiiten und Christen sind, ist Libyen ein ausschliesslich sunnitische Wüstenland, in dem nichtarabische Ethnien wie Berber, Tuareg und Tubu eine untergeordnete Rolle spielen. Dem IS wird es dort ungleich schwerer fallen, verschiedene Ethnien und Religionen gegeneinander auszuspielen.

Dass das selbsternannte IS-Kalifat seine Tentakel bis nach Nordafrika ausstreckt, wurde den meisten westlichen Medien erst mit dem Christenmassaker von Sirte bewusst. Das hat mit der erratischen und fast mehrheitlich internetbasierten Berichterstattung der Medien zu tun, die glauben, ohne Reporter und Recherchen an Ort und Stelle auszukommen. In der *Weltwoche* (Nr. 29/14) wurde allerdings schon im letzten Sommer vor der Ausbreitung des IS nach Libyen gewarnt. Dabei ist der islamische Fundamentalismus in Libyen kaum verwurzelt. In den ersten freien Wahlen nach Gaddafis Tod im Sommer 2012 erreichte die Partei der Muslimbrüder bloss zwölf Prozent der Stimmen, während die Salafisten nicht einmal in die Ränge kamen.

Doch die Islamisten und ihre Hintermänner in Katar und in der Türkei gaben nicht auf. Geschickt versuchten sie, parteilose Abgeordnete auf ihre Seite zu ziehen, um es doch noch zu einer Parlamentsmehrheit zu bringen. Mit Gewaltdrohungen erreichten sie, dass der Kon-

gress im Mai 2013 das sogenannte Isolationsgesetz verabschiedete, das auch gestandene Anhänger der Revolution, die aber vor langer Zeit in Gaddafis Diensten gestanden hatten, vom politischen Prozess und allen Ämtern ausschloss. Das Gesetz war vor allem gegen den populären Mahmud Dschibril gerichtet, den eigentlichen Wahlsieger von 2012, der in der Revolution gegen Gaddafi eine Schlüsselrolle gespielt hatte.

Schulterschluss mit Boko Haram?

Mit dem Isolationsgesetz wurden die wenigen fähigen Staatsmänner und Verwaltungsbeamten, über die Libyen verfügte, in die Wüste geschickt. Dies und das Abseitsstehen des Westens, der glaubte, sich nach Wiederaufnahme der Erdölexporte nicht mehr um Libyen kümmern zu müssen, führte zum totalen Versagen von Parlament und Verwaltung. Der Wüstenstaat glitt ins Chaos. Verstärkt wurde die Tendenz durch die Dschihadistengruppe Ansar al-Scharia (Anhänger der Scharia), die vor allem im Osten des Landes Anschläge auf Armeeangehörige und säkular eingestellte Libyer verübte.

Die Gruppe, der die USA den tödlichen Anschlag auf das amerikanische Konsulat in Bengasi vom 11. September 2012 anlasten, erweist sich je länger, desto mehr als Steigbügelhalter des IS. Die Terrormiliz aus Syrien und dem Irak konzentrierte sich bei ihrem Vormarsch in Libyen auf Ortschaften mit einem hohen Armutsanteil und vergleichsweise starker Verankerung von Ansar al-Scharia im Volk, erzählt Mabruka am Telefon, eine politische Analytikerin, die in Tripolis im Auftrag der Erdölindustrie arbeitet. Zuerst implantierte der IS seine Agenten in den Ministerien und lokalen Behörden, und dann versuche er die Frustrierten, Arbeitslosen und Armen auf seine Seite zu ziehen. Einer dieser Desillusionierten ist der dreissigjährige Abdubasset in Dschansur, einem Vorort von Tripolis. Als ehemaliges Mitglied einer Gaddafi-Miliz schlug er sich nach dem Tod seines Idols als kleiner Waffen- und Drogenschmuggler durch. Heute ist er aus Hass auf die Revolution zu einem Anhänger des IS geworden. Er könne es kaum erwarten, bis die Terrormiliz endlich in Dschansur einrücke, sagt er am Telefon.

Zugute kommen dem IS die vielen Libyer, die nach Syrien reisten, um als Dschihadisten gegen das Assad-Regime zu kämpfen. Viele Überlebende kehrten im Auftrag des IS zurück, um die beiden «islamischen Emirate» zu gründen, jenes von Sirte im Westen des Landes und das von Derna im Osten. Derna war schon lange eine Hochburg der Extremisten. Im Nachgang zur amerikanischen Intervention im Irak von 2003 machten sich viele Libyer aus Derna auf den Weg ins Zweistromland, um gegen die USA ins Feld zu ziehen. So erstaunte es nicht besonders, als sich im letzten Oktober eine militante Jugendgruppe in Derna erstmals offen zum IS bekannte. Aktiv ist die blutrünstige Terrorgruppe ausserdem im westlichen Sabrata und in der

Gegend von Hon südlich von Sirte sowie im Fessan, der libyschen Sahara-Region. Gescheitert ist der IS allerdings bisher damit, wichtige Erdölfelder südöstlich von Sirte zu erobern.

Hinzu kommen besorgniserregende Berichte über einen möglichen Schulterschluss zwischen dem IS in Libyen und Kämpfern der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram, die bisher eher zum Al-Qaida-Netzwerk gezählt wurde. Abdullah al-Thani, Premierminister der international anerkannten Regierung im östlichen Tobruk, sprach vor wenigen Tagen davon, dass Boko-Haram-Kämpfer bei Terrorgruppen in Libyen eingetroffen seien. Bei Ubari im äussersten Südwesten, nahe der Grenze zu Niger und Tschad, werde eine Truppe namens Ansar al-Haqq (Anhänger der Gerechtigkeit) von Boko-Haram-Ausbildnern trainiert, bestätigt die Analytikerin Mabruka in Tripolis. Ansar al-Haqq sei eine hauptsächlich aus Libyern bestehende Splittergruppe von al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI), die in Libyen inzwischen mit dem IS zusammenarbeite. Die AQMI-Terroristen waren vor der französisch-tschadischen Militärintervention in Mali 2013 in die Wüste in Libyens Südwesten geflüchtet.

Zwist zwischen Ost und West

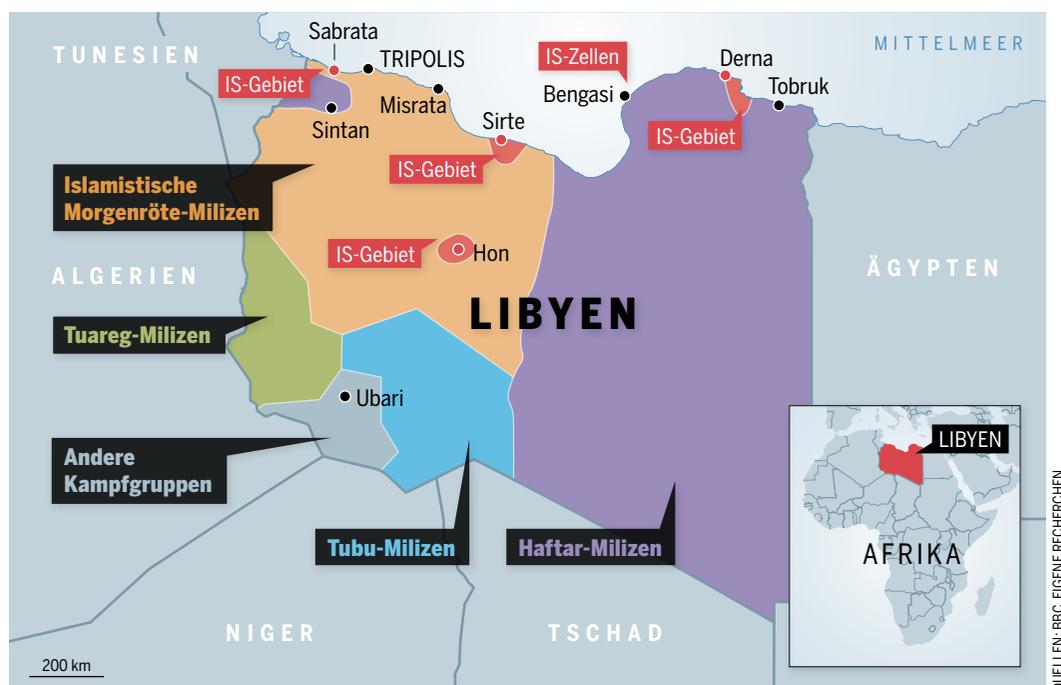
Inzwischen verdichten sich die Hinweise, dass diese Gruppen zusammen mit Boko Haram und dem IS kooperieren. Wirklich erstaunen kann das nicht, denn die Ideologien von Boko Haram und dem IS sind sehr ähnlich. So hat auch die nigerianische Terrorgruppe – entgegen dem Credo von al-Qaida – ein Kalifat ausgerufen und versucht, wie der IS die kolonialen Staatsgrenzen zu sprengen. Ausserdem gibt es seit längerem Verbindungen zwischen libyschen Waffenschmugglern und Boko Haram.

Kriegsmaterial aus Gaddafis Arsenalen gelangte durch die Sahara in den Norden Nigerias, wie auch ein eben erst veröffentlichter Uno-Bericht erneut bestätigt. Umgekehrt lockt das Machtvakuum in Libyen Dschihadisten vor allem aus Nord- und Westafrika an, darunter auch Boko-Haram-Terroristen.

Eigentliche Ursache des libyschen Malaises ist der Machtkampf zwischen West und Ost, zwischen Islamisten und Säkularen. Im Mai 2014 begann der säkulare Warlord und ehemalige CIA-Mann Khalifa Haftar seinen «Operation Würde» genannten Krieg gegen Ansar al-Scharia. Im Juni fanden Wahlen für ein neues Repräsentantenhaus statt, die bei geringer Wahlbeteiligung erneut in einer Niederlage der Islamisten endeten. Das wollten die vor allem in der westlichen Hafenstadt Misrata aktiven Muslimbrüder nicht akzeptieren. Sie gründeten die Anti-Haftar-Allianz «Libysche Morgenröte» und legten in der Folge unter anderem den Flughafen von Tripolis in Schutt und Asche. Waffen und Geld erhalten sie aus Katar und der Türkei, zum Teil via den Sudan. Einige ihrer Einheiten sowie zahlreiche Kämpfer von Ansar al-Scharia liefen dann aber an der Front von Sirte zum IS über, was diesem die Gründung seines zweiten Emirats auf libyschem Boden ermöglichte.

Inzwischen sind die «Morgenröte»-Milizen aus Misrata und der IS erbitterte Feinde. Der IS versuche derzeit, eines von Gaddafis ehemaligen Chemiewaffendepots in der Wüste von Sirte zu erobern, erzählt ein führender Milizenchef am Telefon. Das müsse nun um jeden Preis verhindert werden. Wenn es nicht gelingt, den Zwist zwischen West und Ost beizulegen und eine gemeinsame Regierung und Front gegen den IS zu bilden, dann wird der Vormarsch der Terroristen ungebremst weitergehen. ○

Zerrissenes Land



Lockendes Machtvakuum: Vormarsch der Terroristen in Libyen.



«Phantomschmerz Russlands»: pro-russische Milizen bei Debaltseve.

Lektion für Putin-Versteher

Nicht wenige meinen, die Ukraine würde besser fahren, bliebe sie «neutral». Doch bei der Wahl zwischen Autokratie und Demokratie gibt es keine Neutralität. Schon gar nicht jetzt, da der «grosse Bruder» im Osten dem Land die Krim gestohlen hat. *Von Peter Haffner*

Vor etwas mehr als einem Jahr plante ich eine Reise durch die Ukraine. Ich wollte das Land porträtieren, das für viele damals nicht mehr war als Tschernobyl, der Ort der Nuklearkatastrophe. Ich las Bücher über Geschichte, Land und Leute, knüpfte Kontakte und fuhr los, als die Handlanger von Präsident Janukowitsch auf dem Maidan in Kiew ein Blutbad anrichteten. Erneut war das Land in den Schlagzeilen als ein Ort der Katastrophen.

In Lemberg angekommen, wo eben das Polizeihauptquartier von Rebellen gestürmt worden war, erwischte ich einen Zug nach Kiew. Janukowitsch flüchtete nach Russland, Gerüchte machten die Runde, die Russen streckten ihre Finger nach der Krim aus. Ich nahm einen der

letzten Flüge nach Simferopol, die Hauptstadt der Halbinsel. Ich wollte sie noch sehen, bevor der eiserne Vorhang niederging.

Die Busfahrt nach Sewastopol, zum Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte, führte durch eine Landschaft von stillen Feldern, rauchenden Fabrikschlotten und Bergen von Abfall, über die der Nebel kroch. Irgendwo kam eine Barriere, die russische Fahne flatterte, und vier Typen in Tarnanzügen durchsuchten wichtigtuertisch die Gepäckablagen. Sie liessen uns weiterfahren.

Mit Olga, einer meiner Kontaktpersonen, traf ich mich in einem bescheidenen Lokal, wo wir ukrainischen Borschtsch löffelten. Olga war Mitte sechzig, eine attraktive Frau, nach der

noch mancher Mann sich umdreht. Sie war viel herumgekommen, arbeitete als Touristenführerin auf einem Kreuzfahrtschiff und hatte das Heiratsangebot eines wohlhabenden Deutschen, der ihr gefiel, ausgeschlagen. Ihre Freun-

«Selbst meine Schwester und mein Bruder glauben, dass Faschisten die Macht übernommen haben.»

dinnen konnten es nicht fassen, dass sie ihr Zuhause einer neuen Liebe und dem Luxus des Westens vorzog.

Olga ist Russin. Sie stammt aus Irkutsk in Sibirien, lebt aber seit vierzig Jahren auf der



leben zu müssen, in dem es, anders als in der Ukraine, keine Chance auf Veränderung gibt.

Das war noch vor der «Volksabstimmung», mit der die Annexion beschlossen wurde, gegen die im Westen ohne Folgen protestiert wurde. Was mich erstaunte, war jedoch, wie oft ich auch in der Schweiz Leuten begegnete, die das nicht nur hinnahmen, sondern im russischen Präsidenten das Opfer und nicht den Täter sahen. Selbst jetzt, wo Moskau Krieg gegen die Ukraine führt, sind die Putin-Versteher nicht verstummt.

Ihr Fehler ist nicht, Putin verstehen zu wollen, sondern es nicht zu können. Es war die Ukraine, die wichtigste Republik nach der Russischen Föderation, die der Sowjetunion den Todesstoss versetzte – die nach Putin «grösste geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts». Als der KGB, dessen Offizier er war, im Moskauer Putsch vom August 1991 Gorbatschow zu stürzen versuchte, erklärte das ukrainische Parlament die Unabhängigkeit. In der folgenden Volksabstimmung votierten neunzig Prozent der Bevölkerung dafür. Noch im selben Monat wurde die UdSSR aufgelöst, und das letzte koloniale Imperium der Welt war Geschichte.

Heute wird klar, dass die vergangenen zwei Jahrzehnte Russlands nicht die Geschichte einer unvollendeten Demokratisierung, sondern des Aufstiegs einer neuen Form von russischem Autoritarismus sind. Putin, der 1989 im ostdeutschen Dresden mit der Vernichtung von sowjetischen Codebüchern im Garten der KGB-Filiale seine «dunkelste Stunde» erlebte, ist der Potentat einer Kleptokratie, die Russland als ihr Privateigentum betrachtet und jedwede Opposition im Keim erstickt.

Systematisch hat er die institutionellen Anfänge einer liberalen Gesellschaft zerstört und eine potemkinsche Demokratie geschaffen mit Parteien, die ihm ergeben, und Medien, die ihm willfährig sind. Institutionen der Wohltätigkeit, der Aufklärung und der Anwaltschaft, die Fundamente einer Zivilgesellschaft, hat er ausgeschaltet, darunter Memorial, die Menschenrechtsorganisation, welche die Verbrechen Stalins, die Geschichte des Gulags und der Repression in Russland überhaupt aufarbeitet. Er hat ein System zur Fabrikation von Desinformation und zur Mobilisierung von Anhängern geschaffen, als gelte es George Orwells «1984» zu persifizieren – mit Laienschauspielern, die in den Nachrichten des Staatsfernsehens einmal als vom Westen bezahlte Unruhestifter in der Ukraine auftreten und ein andermal als Opfer ukrainischer Nationalisten.

Wenn man den falschen Nachbarn hat

Ich hatte mich eben von Olga verabschiedet, als ich in Sewastopol drei Frauen am Strassenrand stehen sah, die mit verkniffenen Gesichtern gedruckte Plakate hochhielten. «Wir wollen nicht zu den Päderasten-Europäern! Wir wollen zu unseren slawischen Brüdern!» stand auf dem

einen und auf dem anderen: «Die Jugend von Sewastopol ist für die Union mit Russland!» Alle drei waren sie Mitte fünfzig.

Tage bevor ich auf die Krim flog in einer Maschine voller Journalisten, die Kameras, Stativ und Leuchten schleppten, hatte ich mich in Kiew mit einer jungen Historikerin getroffen. Katerina war eine zurückhaltende Person, die ihre Worte sorgfältig wählte, unterlegt mit einer feinen Ironie. Wir sassen in einem eleganten Café, wo es nach Kuchen roch und nicht nach Krieg wie ein paar Strassen weiter auf dem Maidan. «Die Ukraine ist der Phantom Schmerz Russlands», sagte Katerina und rührte lächelnd in ihrer Tasse.

Prognosen, wo Putin in der Ukraine stoppen wird, wage ich keine mehr.

Dann wurde sie ernst. Sie fürchtete, die Russen würden sich zurückholen, was sie als ihr Eigentum betrachteten, Unabhängigkeit hin oder her. Ich versuchte, ihre Bedenken zu zerstreuen, meinte, im heutigen Europa könne Russland nicht schalten und walten wie einst die Sowjetunion, der Westen würde das nicht zulassen, selbst wenn die Ukraine kein Mitglied der Nato und diese nicht zu ihrer Verteidigung verpflichtet sei.

Was seither passierte, ist mir eine Lektion, dass ich trotz langer Aufenthalte im Osten Europas immer noch der naive Westler bin, der nicht am eigenen Leib erfahren hat, was es bedeutet, wenn der russische Bär grollt. Ich war in Warschau gewesen, als ein betrunkenener Boris Jelzin aus irgendeinem Anlass gegen die Polen wetterte, und hatte die Furcht in den Augen gestandener Männer gesehen, die selbst eine leere Drohung nicht als solche abtun konnten. Trotzdem hielt ich es nicht für möglich, dass Putin in der Ukraine so weit gehen würde, wie er nun gegangen ist. Prognosen, wo er stoppen wird, wage ich keine mehr.

Katerina ahnte es schon damals. Wir sprachen über Kiew, ihre Heimatstadt, die «Mutter der russischen Städte», wie das geflügelte Wort sagt, das den Zaren seit dem 17. Jahrhundert als Vorwand zur «Sammlung der russischen Länder» diente, zur Eingliederung der Ukraine in ihr Reich. Putin hat noch eins draufgesetzt, als er sagte, Russland und die Ukraine seien «eine Nation». Wie kann man da von Besetzung reden, wenn Russland sich nimmt, was ihm ohnehin gehört?

Ich war in Lugansk, zwanzig Kilometer von der russischen Grenze entfernt, in einer jener Städte der Ostukraine, wo man sieht, was es heisst, wenn man den falschen Nachbarn hat. Hier ist man nicht mehr im Europa von Lemberg, in dieser Miniaturausgabe von Wien mit ihrem Kopfsteinpflaster, den verspielten Cafés und einladenden Geschäften. Eine Lenin-

Krim. Sie hatte sich die Soldaten angesehen, die Panzer, die vor der Stadt aufgefahren waren, diese Armee ohne Kennzeichen, die der Kreml nicht geschickt haben wollte. Als sie ihren Verwandten in Russland via Skype davon berichtete, glaubten diese ihr nicht. Sie reiste nach Kiew, weil sie sich selbst ein Bild machen wollte, und sah, dass es auf dem Maidan nicht so war wie im russischen TV behauptet. «Selbst meine Schwester und mein Bruder glauben mir nicht», sagte sie. «Sie glauben, was Putin sagt: dass Faschisten die Macht übernommen haben.»

Sie hat zwei Söhne, liebt beide, wie nur eine Mutter liebt, aber auf den älteren ist sie stolz. Er ist Ringkampftrainer an einer Sportschule und hatte die schlechtbezahlte Stelle gewählt, weil er, wie sie sagte, «nicht in der Lüge leben» wollte. «Im Sport geht es um Ehrlichkeit und Fairness», sagte sie. «Er will Kindern solche Werte vermitteln in einem Alter, in dem sie dafür empfänglich sind.»

Der Jüngere ist Bankangestellter und hat in seinem Job manches machen müssen, was nicht rechtens ist. Olga hatte Angst davor, auf einer russischen Krim wieder in einem Staat der Lüge

Statue, die Strassenböschung mit leeren Wodkaflaschen übersät, mitten drin ein Hundekadaver. Panzer stehen auf massigen Sockeln, in der Kneipe hängen Kalaschnikows an der Wand, und in jeder Bar flimmern auf Flachbildschirmen Endlosschleifen mit sich um rassistige Autos räkelnden halb nackten Frauen.

Im Donbass, in den Regionen von Lugansk und Donezk, hatte die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 über hundert Prozent betragen. Tausende von Janukowitschs Anhängern waren mit Bussen von einem Wahllokal zum anderen gekarrt worden und hatten mit «Keks», in Russland gefälschten Wahlzetteln, mehrfach für ihn gestimmt. Der Betrug war der Auslöser zur orangen Revolution, zum Massenprotest von Millionen auf dem Maidan.

Es war ein friedlicher Maidan gewesen, nicht so wie der letzte, der Euromaidan, auf dem Katerina war. Noch als Schüsse fielen, hatte sie allen Mut zusammengenommen, Medikamente gesammelt und hingetragen. Sie erzählte von Frauen im Pelzmantel, die beim Barrikadenbau zugriffen, greisen Mütterchen, die mit nichts als einem Apfel, einer Zwiebel oder einer Kanne heissen Tees gekommen waren. «Es war wie ein Ameisenhaufen», sagte sie noch immer staunend. «Alles lief durcheinander, aber irgendwie gezielt, eine spontane Selbstorganisation, die funktionierte.»

Fünfzehn Euro pro Tag und Teilnehmer hatte sich das von Moskau unterstützte Janukowitsch-Regime Kundgebungen zu seinen Gunsten kosten lassen. Regimegegner, die gefoltert wurden, seien von ihren Peinigern immer wieder gefragt worden, von wem sie bezahlt würden, sagte Katerina. «Dass jemand sein Leben riskiert für einen ideellen Wert wie die Freiheit, konnten sie nicht glauben.»

Der Euromaidan ist der Kern einer neuen Ukraine. Als die Studenten gegen Janukowitschs Weigerung, ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, protestierten und brutal verprügelt wurden, kamen die Veteranen des Afghanistan-Krieges, um, wie sie sagten, ihre Kinder zu verteidigen, die Zukunft des Landes. Schliesslich waren Jung und Alt auf dem Maidan, aus Stadt und Land, Angehörige jeder Ethnie, Religion, Klasse und Kultur. Ethnische Russen standen auf der Bühne, prominente Juden stellten sich ins Rampenlicht, Schwule und Lesben betrieben eine Hotline für Menschen in Not, junge Feministinnen bewachten die Spitäler, um zu verhindern, dass die Verwundeten von Schergen des Regimes entführt wurden.

Müdes Glück in den Augen

Wie andere Sowjetrepubliken auch hat sich die Ukraine in der Zeit der Wende von 1989 zweifach zu emanzipieren versucht: als Bürgergesellschaft vom Staat und als Nation vom Imperium. Letzteres schien gelungen, bis Putin seine Erklärung von 2004 Lügen straffte: «Wir

in Russland würden es begrüßen, wenn die Ukraine sich der EU als Mitglied anschliesst.»

Vor allem im Osten des Landes, wo die Mentalität ungebrochen ist, alles einem Staat zu überlassen, der nichts tut, sei ihre Arbeit schwierig, sagte Galina, eine Mittfünfzigerin aus Kiew, mit der ich mich zum Tee verabredete. «Das Schwierigste war, genug Verrückte zu finden, die mitmachen.» Allen Widrigkeiten zum Trotz hat Galina ein Netz von Freiwilligen aufgebaut, die sich um Alte und Gebrechliche kümmern, denen niemand beisteht. Nach britischem Vorbild – eine Pionierarbeit in einem Land, in dem es kaum NGOs und Vereine gibt, die sich engagieren.

Galina steht die Güte ins Gesicht geschrieben, doch manchmal reicht diese nicht aus, etwas in Bewegung zu bringen. Einem reichen Unternehmer, der seine Mutter in einer Villa verkommen liess, schickte sie ein halbes Dutzend ihrer Mitarbeiterinnen ins Büro, die ihm im Beisein seiner Angestellten die Leviten lasen. «Er wurde kreidebleich und versprach, sich zu bessern», sagte Galina und erzählte vom Hausbesitzer, den es nicht kümmerte, dass der Leitungsbruch in einem seiner Mehrfamilienhäuser die Bewohner ohne Wasser liess. Sie rief ihn an, stellte sich vor und sagte, die zehn Familien hätten ziemlich verärgerte Männer, die sich jetzt auf den Weg zu ihm machten. «Er kam sofort und liess die Sache in Ordnung bringen», sagte Galina, die Hände an der warmen Teetasse, ein müdes Glück in den Augen.

Millionen von Ukrainern haben gezeigt, dass sie sich nicht als Untertanen verstehen.

Zur Zeit der orangen Revolution war ich in Polen. Es war bewegend, zu sehen, wie alle mitfieberten, zum zweiten Mal erlebten, was sie selber durchgemacht hatten. Die Ukrainer fühlen sich von den Polen denn auch am besten verstanden, was bemerkenswert ist angesichts der blutigen Geschichte der Feindschaft, welche die beiden Völker verbindet.

Nur wer im Gefängnis war, weiss, was Freiheit ist. Daran muss ich immer wieder denken, wenn ich in der Schweiz von meinen Reiseerlebnissen erzähle. Nicht wenige meinen, die Ukraine würde besser fahren, bliebe sie «neutral». Sich weder für Russland noch für die Europäische Union zu entscheiden, sei der beste Weg für ein schwaches Land, das zwischen West und Ost liegt. Doch bei der Wahl zwischen Autokratie und Demokratie gibt es keine Neutralität. Schon gar nicht jetzt, da der «grosse Bruder» im Osten dem Land die Krim gestohlen hat und es fürchten muss, er werde sich die Grenzregion, den Donbass oder gar alles einverleiben.

Es war nicht die «provokative Politik» des Westens, die Putin zum Hardliner gemacht hat und somit schuld ist, dass nun Krieg herrscht.

Russland als Kontinentalmacht, heisst es, fühle sich bedroht, wenn es seine Pufferzone verliere und ein Nato-Land als Nachbarn habe. Was Putin zu fürchten hat, ist nicht das Verteidigungsbündnis, sondern eine Demokratie, die die Opposition im eigenen Land ermuntern könnte, endlich aufzustehen. Die Ukraine ist nicht nur der Phantomschmerz Russlands, sie ist auch die Zeitbombe, die der Herrscher im Kreml entschärfen muss, will er an der Macht bleiben.

Der Feind des Feindes ist kein Freund

Was mich irritiert, ist die Leichtfertigkeit, mit der man bereit ist, anderen zuzumuten, was man selber nie akzeptieren würde. Ein Schweizer Patriotismus, der den Rütlichswur erneuern zu müssen glaubt gegen die Habsburger in Brüssel, ist doppelt hohl, wenn ihm die brutale Unterdrückung eines für seine Freiheit kämpfenden Volkes gleichgültig bleibt.

Gegen die Europäische Union zu sein, ist nicht ehrenrührig, wohl aber, deshalb in Putin einen Verbündeten zu sehen. Dieser Feind des eigenen Feindes ist kein Freund. Die russische Aggression ist nicht nur ein Angriff auf die EU, sondern auf Europa selber, in dem die Schweiz immer noch liegt. Noch der vehementeste Gegner der EU in unserer Demokratie teilt deren Werte und nicht jene des Moskauer Regimes, das in ihm nur einen nützlichen Idioten sehen kann.

Man mag mir vorwerfen, geopolitische Rücksichten zu ignorieren wie die Ukrainer und andere ehemalige Untertanen des sowjetischen Imperiums, die aus Erfahrung wissen, dass solche stets auf ihre Kosten gehen. Doch ein siegreiches Russland ist für niemanden gut, dem es ernst ist mit Frieden, Freiheit und Menschenwürde. Die Ukraine grenzt an vier EU-Staaten, und wenn sie im Chaos versinkt, werden nicht nur diese die Folgen mittragen müssen, wie das jetzt schon mit dem weiter entfernten Syrien der Fall ist. Auch in der Ostukraine ist die Mehrheit nicht für eine Angliederung an Russland. Vorab die Jungen wissen, dass ihre Zukunft nicht in einem schwachen und von Moskau abhängigen Armenhaus liegt, in dem sie kaum Chancen haben, aus ihrem Leben etwas zu machen.

Immer wieder muss ich an Olga, Katerina, Galina und die vielen anderen denken, denen ich begegnet bin. An das junge Ehepaar vom Land, das Benzin und Lebensmittel auf den Maidan gebracht hat, die beiden Kinder an der Hand. «Wir wollen, dass sie das miterleben, sich einmal daran erinnern, was hier passiert ist», sagten sie.

Ihnen allen geht es darum, den Anstand zu verteidigen, die Würde eines Lebens, das nicht auf der Lüge gründet. Mit ihrer Zivilcourage haben Millionen von Ukrainern gezeigt, dass sie sich als Bürger und nicht als Untertanen verstehen. Sie haben ihr Leben riskiert. Wer nicht zynisch werden will, muss seine Hoffnung darauf bauen. ○

Einen Raddatz braucht unser Staat

Der brillante deutsche Feuilletonist Fritz J. Raddatz hat sich letzte Woche in der Schweiz in den Tod begleiten lassen. Was kann man da als Freund und Jahrgänger tun?

Von Rolf Hochhuth



Time to say goodbye» hiess in der *Welt* der Abschiedsbrief am 20. September vorigen Jahres, mit dem Fritz J. Raddatz ankündigte, er werde aufhören zu schreiben. Eine meiner Mitarbeiterinnen kommentierte: «Wer so gut schreibt, der kann gar nicht aufhören!»

Das habe ich Raddatz noch erzählt, es freute ihn doch, wie unser gemeinsamer Freund und Anwalt Jochen Kersten dazu sagte: «Niemand kann ihn zurückhalten!» Mit Erscheinen seiner Tagebücher stand für Raddatz fest, er werde sich töten. Was tut man da als sein Freund und Jahrgänger? Wir telefonierten wöchentlich, hatten uns ja seit 1961 Hunderte Briefe geschrieben. Sein letzter kam am Montag vor einer Woche – ein sehr grosses Couvert, das den nie gedruckten Einband zum «Stellvertreter» enthielt; mein Stück hatte 1959 bei Rütten & Loening erscheinen sollen – war dann aber aus dem Programm geschmissen worden.

Raddatz hat es dann mit dem Verleger Heinrich Maria Ledig-Rowohlt aus dem Papierkorb gerettet, so dass es wenigstens noch vier Jahre später durch den Regisseur Erwin Piscator am Berliner Theater am Kurfürstendamm uraufgeführt werden konnte.

Das ist nun 52 Jahre her, und seitdem kann ich mir mein Autorenleben ohne Raddatz gar nicht mehr denken!

Als er mir gesagt hatte, er mache Schluss, sobald seine zwei Tagebücher erschienen seien, versuchte ich, ebenso wie sein Freund Kersten, ihn zu halten; er war ja beneidenswert gesund, der 83-Jährige. So sagte ich: «Was fehlt und keiner mehr schreiben wird, wenn du's nicht machst: deutsche Literaturgeschichte seit Kriegsende und der Gruppe 47. Du hast in deinen drei Essaybänden die Nennenswertesten mit wenigen Ausnahmen bereits beschrieben, brauchst also nur mit Tesafilm und Schere und Hilfe einer Sekretärin diese Geschichte zusammenzustücken!»

Doch genau, man muss sagen: klinisch kühl wie keiner, schrieb er ja im obengenannten Abschiedsbrief an seine *Welt*-Leser, warum er keine Lust mehr habe, dem heutigen Kulturbetrieb noch zuzusehen: Raddatz hielt ihn für medioker, kein Wunder. Denn in Kenntnis, vor allem auch als Mitgestalter, der bundesdeutschen Kultur der vergangenen sechzig Jahre – und übrigens auch als intimer Kenner der ausländischen Autoren dieser Epoche – war er der Meinung, worüber er oft mit Sarkasmus redete, was gegenwärtig gemacht werde, das könne «sich begraben lassen».

Wer wagte, ihm zu widersprechen? Schliesslich schrieben in unserer Jugend noch die Brüder Mann, Bann, Jünger, Brecht, die Langgässer.

Aber, um immer wieder auf seine Abschiedsworte in der *Welt* hinzuweisen – Raddatz gab souverän zu, er sehe die Welt nur noch zur Hälfte, wie es allen ergeht, sobald sie die 75 hinter sich haben! Und ganz simpel auch deshalb schnöde von Jungen sprechen, weil sie die gar nicht mehr begreifen wollen.

Irgendwie hat man genug, doch muss man schon Sigmund Freud sein, wenn man sich zutraut, das erklären zu können. Besonders die, die das selber betrifft, können's bestimmt nicht. Raddatz meinte: «Ich habe ja gar nichts mehr zu sagen, setze deshalb natürlich auch meine



«Die Entscheidung steht!»: Publizist Raddatz.

Tagebücher nicht fort, sehe ja gar keine Menschen mehr, und Nabelschau will ich nicht betreiben.»

Ich erinnerte ihn an seine gründlichen Biografien über Rilke, über Bann: «Willst doch nicht sagen, über ähnliche Grössen, die dich ebenso faszinieren, könntest du nicht auch noch so schreiben, wie's jedenfalls jetzt kein anderer macht.» Nichts half. Genau unterrichtet, Schweizer Ärzte würden nicht wie deutsche amtlich belangt, wenn sie Sterbehilfe leisten, fuhr er nach Zürich ins «Baur au Lac» und

brachte sich um – noch die Bitte hinterlassend, man solle seine Asche ins geliebte Keitum auf Sylt bringen, wo er jeden Sommer geschrieben hatte.

Am 18. Januar hat er geschrieben: «Rolf, ich werde nichts mehr schreiben. Das nächste Mal, dass Du was von mir hörst, wird aus der Zeitung sein, und das Letzte, was Du von mir liest, wird meine Todesanzeige sein. Ich hab den Tag seit langem schon genau festgelegt und alles geplant. Es bringt auch nichts, jetzt noch weiter darüber zu diskutieren. Die Entscheidung steht!»

Raddatz ging also wie jener antike Stoiker, von dem überliefert wird, er sei wie nach einem guten Essen aufgestanden, um in den Tod zu gehen. Von diesem Selbstbestimmungsrecht souverän Gebrauch zu machen bis zuletzt – das war für Raddatz wortlos selbstverständlich.

Ich habe ihm noch einen ganz speziellen Dank abzustatten: Raddatz hat riskiert, aus meiner Erzählung «Eine Liebe in Deutschland» jenes Kapitel vorabzudrucken, das Unglaubliches, auch bis dahin gar nicht Gekanntes überlieferte: Die Briten liessen zynisch noch Wochen nach Kriegsende deutschen Militärtribunale, die bei ihnen als Gefangene sassen, Gewehre aus, wenn die «ordnungsgemäss» deutschen Mitgefangenen den Befehl gaben, Kameraden zu erschiessen! So liessen sie auch an den «furchtbaren Juristen» Filbinger Gewehre, Deutsche in britischer Gefangenschaft noch lange nach Hitlers Tod zu erschiessen!

Es war mutig von Raddatz, das vorabzudrucken als Feuilletonchef der *Zeit* – denn die gehörte ja Filbingers Parteifreund Bucarius. Dieser Vorabdruck führte zum Sturz des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, der sich gerade anschickte, seine Karriere als Bundespräsident zu beschliessen!

Welches BRD-Organ heute riskierte, eine solche Geschichte zu berichten? Da doch schon lange zutrifft in Deutschland:

Diktatur – Einheitspartei.

Demokratie – Einheitspresse.

Einen Raddatz braucht unser Staat umso mehr, als es keinen seiner Statur mehr gibt.

Rolf Hochhuth, geboren 1931, gehört zu den bekanntesten Dramatikern Deutschlands. Sein Stück «Der Stellvertreter» (1963) über die Mitverantwortung von Papst Pius XII am Holocaust, war ein hochumstrittener Weltenerfolg. Als furchtloser intellektueller Mahner ist Hochhuth ebenso gefürchtet wie geachtet. 40 Jahre lang lebte Hochhuth in Basel, heute ist er in Berlin beheimatet.



«Wer wird der Nächste sein?»: Beisetzung von Boris Nemzow, am 3. März in Moskau.

Mord an einem Freund

Als ich vom Mord am russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow erfuhr, ergriff mich im ersten Moment Trauer und Wut. Heute erfüllt mich die Sorge, was die Liquidierung meines Freunds verheissen mag: die Neuauflage einer schrecklichen Vergangenheit. Oder eine noch alarmierendere Zukunft. *Von Edward Lucas*

Boris Nemzow war mein bester Freund unter den russischen Politikern. Ich kannte ihn seit den späten 1990er Jahren, als er vergeblich jenen korrupten Autoritarismus anprangerte, der Putin und seine alten Kumpel vom KGB schliesslich an die Macht brachte.

Anders als einige russische Demokraten hat er Putin von Anfang an durchschaut. Die KGB-Vergangenheit des neuen Präsidenten behagte ihm nicht, und seine düsteren Jahre in der Verwaltung der Gangsterhochburg St. Petersburg erfüllten ihn mit Sorge. Den politischen Deal, den das neue Regime in Aussicht stellte, kritisierte er als unheilvoll und falsch. Die Russen sehnten sich nach Stabilität, sollten dafür aber nicht mit dem Ende des politischen Pluralismus bezahlen müssen.

Die Verschärfung des Wahlrechts bot dem Regime die Möglichkeit, Nemzow und andere Demokraten vom politischen Leben auszuschliessen. Er begann, Protestkundgebungen zu organisieren, Korruption und Inkompetenz zu untersuchen. Einige Leute vertreten die These, seine Ermordung sei vom Kreml

angeordnet worden. Vielleicht wollte man ihn einfach zum Schweigen bringen. Nemzow war im Begriff, einen Untersuchungsbericht über das russische Vorgehen in der Ukraine vorzulegen. Ich bezweifle, dass dies seine Ermordung rechtfertigen würde. Seine anderen Berichte waren ausserordentlich kritisch, hatten aber keinerlei Auswirkungen, weil sie von den staatlichen Medien ignoriert wurden. Dass Russland in der Ukraine eine aggressive und destabilisierende Politik betreibt, ist hinlänglich bewiesen. Es braucht nicht noch mehr Beweise, sondern ein entschlossenes Handeln des Westens. Das konnte nicht einmal Nemzow herbeiführen.

Ich glaube auch nicht, dass er ermordet wurde, um die für vergangenen Sonntag geplante Demonstration zu verhindern. Eine Opposition, die diese Bezeichnung verdient, existiert in Russland nicht. Nemzow selbst hat gegenüber der *Financial Times* kurz vor seinem Tod erklärt, dass er nur ein Dissident sei. Das Regime hat viele Möglichkeiten, die paar unbeugsamen und marginalisierten Kritiker

in Schach zu halten – vor allem durch Schikane seitens der Justiz. Warum sollte man zu Mord greifen und sich damit zusätzliche Komplikationen einhandeln?

Erstaunliche Tatenlosigkeit

Vermutlich war die Tat eher symbolisch. Die staatlichen Medien vertreten in auffälligem Unisono die Linie, Nemzow sei von anderen Oppositionellen oder ihren ausländischen Geldgebern ermordet worden, die ein Interesse an einer Destabilisierung Russlands hätten.

Für diese absurde Theorie gibt es keinerlei Beleg. Aber wie bei der Ermordung Sergei Kirows im Jahr 1934, die Stalin den Vorwand lieferte, alle Kritiker im Lande mundtot zu machen, könnte der Mord an Nemzow dem Regime die Begründung für ein hartes, entschlossenes Durchgreifen liefern.

Die Geschichte Russlands ist in Blut und Tränen getränkt. Den stalinistischen Säuberungen Ende der 1930er Jahre fielen unzählige Menschen zum Opfer. Den Vorwand lieferte

ein spektakulärer Mordfall. Sergei Kirow, der Parteichef von Leningrad, war immer mehr zu einer Gefahr für den brutalen und misstrauischen Stalin geworden. Obschon überzeugter Kommunist, fand er, dass die Partei zu weit gegangen sei. Er kritisierte die Unterdrückung der Bauern, die in der Ukraine und anderswo zu unbeschreiblicher Hungersnot geführt hatte. Und er kritisierte Stalins paranoide Verschärfung der Parteidisziplin.

Das kostete ihn das Leben. Am 1. Dezember 1934 wurde er im Smolny-Institut, der Lenin-grader Parteizentrale, unter mysteriösen Umständen erschossen – wobei seine Leibwächter eine erstaunliche Tatenlosigkeit an den Tag legten.

Tod am «Tag der Spezialeinheiten»

Stalin reagierte mit einer vehementen öffentlichen Verurteilung. Bei Kirows Begräbnis gehörte er zu den Sargträgern, und er übernahm persönlich die Untersuchung des Falles. Doch in der Folge kam es zu massiven Säuberungsaktionen. Hysterische Verdächtigungen erfassten das ganze Land, jedermann musste damit rechnen, wegen Hochverrat, Terrorismus, Sabotage oder Spionage angeklagt zu werden.

Im Fall Nemzow wird man kaum von ähnlichen Motiven sprechen können. Zwar kaschiert der Kreml seine Repression (im Inland) und sein aggressives Gebaren (im Ausland) gern mit pseudolegalistischen Argumenten, aber warum sollte man Nemzow ermorden, wenn es viele andere Möglichkeiten gibt?

Höchstwahrscheinlich war der Mord eine politische Botschaft bestimmter Kreise der russischen Politik – dass es mittlerweile akzeptabel ist, einen ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten umzubringen, und zwar in Sichtweite des Kreml. Dass der Mord ausgerechnet am jüngst verkündeten «Tag der Spezialeinheiten» verübt wurde, könnte in dieses Bild passen.

In der Kreml-Propaganda wird die russische Opposition gern in einen Topf geworfen mit Zionisten, Faschisten, Pädophilen und den Amerikanern, die es auf Russland abgesehen haben und Böses im Schilde führen. Einige hochrangige Russen wissen, dass das Unsinn ist. Schliesslich schicken sie ihre Kinder auf Schulen im bösen Westen und investieren dort auch ihr Vermögen. Aber viele glauben der Propaganda.

Boris Nemzow – brillant, charmant, gutaussehend, ehrlich und mutig – war kein Kirow. Er war kein brutaler Parteiapparatschik, sondern ein Physiker, der aus patriotischen Gründen in die Politik gegangen war. Er war ein prowestlicher jüdischer Demokrat, der die russische Aggression in der Ukraine verurteilte – aus Sicht dieser Leute also eine besonders hassenswerte Figur. Viele hätten ihn ohnehin gern aus dem Weg geschafft, um dem Kreml zu signali-

sieren, dass andere mit den Verrätern aufräumen werden, wenn der Staat das nicht macht.

Die offizielle Reaktion auf die Ermordung Nemzows erinnert auf unguete Weise an die Vergangenheit. Präsident Putin will die Ermittlungen persönlich leiten. Das ist nicht nur eine Farce, sondern auch eine Beleidigung. Die vielen Morde und brutalen Angriffe auf Kreml-Kritiker in den letzten Jahren sind trotz vollmundiger Ankündigungen nie aufgeklärt worden.

Kritische Stimmen haben keine Chancen mehr. Russland ist in einer Propagandahölle versunken.

Auch in diesem Fall werden die Behörden nicht anders handeln. Ermittler haben Boris Nemzows Freundin Anna Durizkaja, ein ukrainisches Model, stundenlang vernommen, seine Wohnung durchsucht, Computer und Dokumente beschlagnahmt. Aber die wahrhaft verstörende Parallele zum Fall Kirow zeigt sich in der Medienberichterstattung. Russland ist in einer Propagandahölle versunken, in der kritische Stimmen keine Chance mehr haben. Das erinnert an die stalinisti-



«Die Jagdsaison ist eröffnet»: Dissident Nemzow.

schen Medien der 1930er Jahre. Opposition ist Verrat. Kontakt mit Ausländern ist Spionage. Überall lauern Feinde.

Karen Dawisha, die unerschrockene amerikanische Politikwissenschaftlerin, die die Verflechtungen zwischen dem Putin-Regime und der organisierten Kriminalität untersucht hat, schreibt: «Wenn der Kreml Oppositionspolitiker öffentlich als Feinde bezeichnet und nichts als Hass über diejenigen verbreitet, die das Recht haben, Freiheit zu fordern, dann sind Morde – ganz gleich, wer abdrückt – die logische Konsequenz.»

Die staatlichen Medien machen für den Mord an Nemzow seine Verbündeten in der Opposition verantwortlich – eine üble Masche, die an den Fall Kirow erinnert. In der verqueren Logik des Kreml sind sie die Schuldigen, weil sie von der Empörung über den Mord profitieren.

Tatsächlich hält sich die Empörung in Grenzen. Am vergangenen Sonntag nahmen Zehntausende an der Trauerdemonstration teil –

eine respektable Zahl, aber bei weitem nicht so gross, dass das Regime Angst haben müsste. Die Mordtat weckt nicht Empörung, sondern Angst. Viele Regimekritiker im In- und Ausland fragen, wer der Nächste sein wird.

Meine Freundin Jewgenia Albaz, Chefredaktorin einer der wenigen noch verbliebenen unabhängigen Zeitschriften, sagt: «Die Jagdsaison ist eröffnet.»

Die Logik mag bizarr erscheinen, aber das Regime Putin ist fest entschlossen, an der Macht zu bleiben. Wenn der Mord an Boris Nemzow (wie der Kreml uns glauben machen will) der Versuch der Opposition und ihrer ausländischen Geldgeber war, Russland zu destabilisieren, dann muss der Staat hart durchgreifen. Lügen und Schrecken werden Russland fest im Griff haben.

Unbändiger Hass auf den Westen

Man kann sich kaum etwas Unangenehmeres vorstellen als die kriminellen Elemente im Inneren der Macht. Aber das von ihnen geschaffene Klima ermuntert noch unsympathischere Elemente. Zu ihnen gehören die Gefolgsleute Ramsan Kadyrows, des despotischen Herrschers von Tschetschenien. Nachdem sie den Sezessionskrieg gegen Moskau verloren haben, machen die kriegslüsternen Tschetschenen nun gemeinsame Sache mit Putin – und haben in der Folge immer mehr Einfluss in der russischen Politik gewonnen.

Von ähnlichem Kaliber sind die prorussischen Separatisten in der Ostukraine. Diese paramilitärischen Gruppen, oft mit der organisierten Kriminalität verbandelt, ähneln den nordirischen Hardlinern in den Jahren der Unruhen. Sie sind ebenso gewaltbereit und extremistisch wie seinerzeit die IRA und die Ulster Defence Association.

Die heutigen russischen Hardliner vertreten eine gefährliche Mischung aus stalinistischer Nostalgie, offenem Faschismus, ultraorthodoxer Religiosität und unbändigem Hass auf den Westen. Einige gehören auch Rockerbanden mit so exotischen Namen wie «Nachtwölfe» an.

Für diese Leute ist Wladimir Putin kein übler Tyrann. Sie halten ihn für zu weich. Sie würden nicht zögern, jemanden wie Boris Nemzow zu ermorden, um auf diese Weise dem Kreml zu signalisieren, dass mit den Verrätern ein für allemal aufgeräumt werden muss.

Der Westen sollte sich auf eine Ära in Russland gefasst machen, neben der die letzten fünfzehn Jahre wohl nur eine kleine Unannehmlichkeit gewesen sein werden.

Edward Lucas ist Journalist beim *Economist* in London und war 1998 bis 2002 Bürochef dieser Zeitung in Moskau. Sein jüngstes Buch trägt den Titel: «Deception: The Untold Story of East-West Espionage Today». (Bloomsbury, USA, 2014).

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Denkmalpflege und Denkmalsturz

Biopics grassieren wie schon lange nicht mehr. Jüngster Höhepunkt: Clint Eastwoods heftig umstrittener «American Sniper». Was fasziniert so an den Film-Biografien?

Von Wolfram Knorr

Soll er das Kind erschiessen? Der Scharfschütze liegt auf dem Dach, den Knaben im Fadenkreuz. Er läuft auf einen US-Konvoi zu. Trägt er eine Granate mit sich? Oder nicht? Den Jungen töten? Oder den Tod seiner Kameraden riskieren? «Your call», schnarrt es über Funk. Deine Entscheidung. Mit dieser Tücke – als habe der Zuschauer den Finger mit am Abzug – beginnt der wohl umstrittenste Film der Saison: Clint Eastwoods Biografie des legendären Navy-Seals-Scharfschützen Chris Kyle (Bradley Cooper), eines in den Krieg vernarrten Machos, der das Schiessen in seiner Kindheit lernte. Ein Scharfschütze, ein Berufskiller, der aus dem Hinterhalt tötet: Darf so einer Kriegsheld sein?

Die Faszination für schillernde, nicht gerade sympathische Charaktere, die aus der Spannung zwischen Abneigung und Anteilnahme ihre Brisanz beziehen, ist ein Grundzug des US-Films, Eastwood dessen interessantester Apologet, seit er als «Dirty Harry» (1971) einen Sniper jagte. Die Vita Chris Kyles musste ihn herausfordern. 160 kills sollen auf Kyles Konto gegangen sein. In seiner Autobiografie «American Sniper», einem Bestseller, stilisierte er sich zum Superpatrioten, der nur Bestien killte, war darin aber auch ein gewaltiges Grossmaul, das Blaue vom Himmel schwindelnd. 2013 wurde er – welche Ironie – auf einem Schiessstand in Texas vom 25-jährigen Reservisten und Irak-Veteranen Eddie Ray Routh erschossen. Er war 38 Jahre alt.

Berufskiller-Hamlet

Eastwoods Biopic «American Sniper», nach einem Drehbuch von Jason Dean Hall, ignoriert eine Menge aus Kyles Rabulisten-Vita. Weder sein absurdes Ende im Schiessstand der «Rough Creek Lodge» noch die wüsten Prahlereien, dreissig Plünderer nach dem Hurrikan «Katrina» in New Orleans erschossen zu haben, werden berücksichtigt. Es geht nur um Kyles vier Irak-Einsätze, seine Herkunft, seine Konflikte mit Frau und Kindern. Damit das Bild des Scharfschützen, eines Hinterhältlers, nicht negativ ausfällt, beteiligt er sich am Häuserkampf und bekommt – wie im Western – einen gegnerischen Sniper, der das Image aufpoliert. Er wird zum Einzelkämpfer stilisiert, den Zweifel am eigenen Tun ergreifen. Ein Berufskiller-Hamlet («Die Zeit ist aus den Fugen – schlimm zu denken, dass ich geboren ward, sie einzurenken») oder ein *bad guy*? Es sind heftige Kontroversen um «American Sniper» ent-

brannt, vor allem in Bezug auf die Manipulationen am «Echtheitszertifikat», welches mit einem *biographical motion picture*, kurz Biopic genannt, stets verbunden wird und sich enormer Beliebtheit erfreut; von «Mr. Turner» über «Unbroken», «The Theory of Everything», «Wild» bis «The Imitation Game», «Foxcatcher» und «Selma» füllen Biopics zurzeit die Kinos. Demnächst folgen «Big Eyes» (Urheberstreit der Künstler Walter und Margaret Keane), «Trumbo» (über den Drehbuchautor Dalton Trumbo), Filme über Lance Armstrong, Steve Jobs, den American-Football-Trainer Joe Paterno. Selbst der Schweizer Film versucht sich redlich mit Doku-Spielen wie «Hugo Koblet» und «Der Kreis».

Mag sein, dass der Trend ein Reflex auf die herrschende Monokultur seelenloser Superhelden-Blockbuster ist, in erster Linie aber ver-

spricht das Biopic letzte Gewissheit in einer Gesellschaft, in der kaum mehr etwas als stabil empfunden wird. Individuelle Lebensentwürfe, die sich trotzig gegen Anpassungen stemmen und sich ihre Besonderheit wahren, verströmen das Aroma von Authentizität. Das Ich, das im wirklichen Leben immer ein wenig beleidigt wird, ist das Rückgrat aller Biopics. Es setzt sich gegen alle Widerstände durch, selbst in subversiven Biografien, wie etwa in Robert Altmans «Buffalo Bill» (1976). Der Showman als geschäftstüchtiger Winkelkomödiant, der niemanden neben sich duldet, schon gar nicht einen so lausigen Indianer wie Sitting Bull, verliert zwar allen Respekt, wird aber, selbst auf der Grundlage einer vaterländischen Heldenschmiere, zur heroischen Figur. Das ist das Vertrackte: Alle Biopic-Autoren und -Regisseure bleiben Bio-Kosmetiker,



Darf so einer Kriegsheld sein? Schauspieler Bradley Cooper (l.), Regisseur Clint Eastwood bei den

selbst wenn sie in den Lebensgral ihrer Objekte spucken.

Biopics sind dem Denkmalkult und den pompösen Historienumzügen des 19. Jahrhunderts näher als der Literatur. Denn in der Geschichte als Umzug, mit der Strasse vom Gestern ins Morgen, manifestieren sich visuelle und demonstrative Pracht und im Denkmal die (überhöhte) Persönlichkeit. Friedrich Nietzsche verspottete Friedrich Schiller, angesichts des Kults um ihn, als «Moraltrompeter von Säckingen». Das Bürgertum, auch in den aufstrebenden USA, betrieb exzessiven, das Nationalgefühl kittenden Denkmalkult – und der lappte ins Bildermedium Film über. «Young Mr. Lincoln» (1939) von John Ford mit Henry Fonda in der Titelrolle war Denkmalpflege pur. Da sollte, statuarisch, Bleibendes geschaffen werden, ein Über-Ich auf hohen Sockeln.

Zu den ersten Biopics gehören «Les amours de la reine Élisabeth» (1912) mit Sarah Bernhardt als Queen Elizabeth I. und «The Life and Works of Richard Wagner» (1913) von Carl Froelich. Auch die Russen haben fix den Wert des neuen Mediums zum Erhalt des Personenkults erkannt. Alle frühen Biopics entsprachen den «hohlen Gipsköpfen» (Egon Friedell), die

sich der Bildungsbürger von seinen nationalen Grössen auf die Konsolen stellte. «Vorbildlich», gehörten sie zum Inventar eines vorbildlichen Haus- und Ehestands, und der Film griff das auf, um sich selbst aus der Schmutzecke zu katapultieren. 1927 stellte Abel Gance mit seinem vierstündigen Unikum «Napoleon» eine nationalpatriotische Dampfwalze in die Öffentlichkeit. Gances Held setzt sich aus lauter Mosaiken zusammen: Bonaparte, das Kind, der Offizier, der Schlachtenlenker, der unbeholfene Liebhaber. Aber dann auch Napoleon, der Korse, der Revolutionär, der politische Taktierer, der Selbstdarsteller. Gance

Der Schweizer Erwin C. Dietrich griff 1961 mit der «Hazy Osterwald Story» das Muster auf.

dürfte einer der wenigen gewesen sein, der die Tücken des Biopics, dessen Neigung zu Manipulation und Kosmetik, durchschaute und mit seinem Leinwand-Triptychon dagegen anzugehen versuchte. Mit der verwegenen Technik von drei Kameras auf einmal (es gab noch kein Breitwandverfahren) zeigte Gance eben nicht nur Bewunderung für den grossen Korse,

sondern auch gallischen Humor und Respektlosigkeit.

Das alte Edelkintopp liebte besonders Musiker- und Erfinder-Biografien. Zwar gab es 1932 einen «Goethe-Gedenkfilm», aber Komponisten- und Forscher-Köpfe eignen sich einfach besser für tragische Seelenatorien. «Wen die Götter lieben» (1942) ist einer von vielen Mozart-Filmen, und bei «Robert Koch, der Bekämpfer des Todes» (1939) mit Emil Jannings, sagt der Titel alles. Da schritten nicht nur in Nazi-Deutschland Begnadete über die Leinwand, die Konflikte und Hinfälligkeiten romantisch-heroisch bewältigten, auch in den USA, wie General Custer in «They Died with Their Boots On» (1941). In den fünfziger und sechziger Jahren pflegte Hollywood mit der «Glenn Miller Story» (1954) und «Benny Goodman Story» (1956) diskrete Seufzersedigkeit. Der Schweizer Erwin C. Dietrich griff 1961 mit der «Hazy Osterwald Story» das Muster auf.

Erdenwürmer wie alle Menschen

Erst die 68er machten Tabula rasa und spielten «Göttervergiften im Park», nach dem Motto, die Bios sind doch eh alle erstunken und erlogen. Freud, ein astreiner Wissenschaftler? Pustekuchen. Ein Komplex-Chauvi («Freud», 1962)! Mozart, engelsgleiches Genie? Ein begnadeter, aber sexuell fixierter Infantil-Heini («Amadeus», 1984). Beethoven, der düster umflorte Titan? Lachhaft. Ein kleinkariertes Kerl, von dem man nicht mal sicher ist, ob er das Zeug mit dem schönen Götterfunken überhaupt komponiert hat («Beethoven», 1985).

Doch die Entrümpelungs-Biopics, die respektlos die Ehrfurcht aus der Aura klopfen, erreichten mit ihren Kulturschock-Ticks das Gegenteil. Zwar sind die Objekte keine musealen Poseure des Edelmutts mehr, sondern Erdenwürmer wie alle Menschen; da sie aber dann eben doch Grosses leisten, werden daraus, gewissermassen durch den Boteneingang, wieder Denkmäler. Ihren Verquältheiten, Charakterlosigkeiten, Krankheiten, Spiessigkeiten und so weiter entstieg sie wie Phönixe aus der Asche.

Es bleibt vertrackt. Man kann die Bilder drehen und wenden, wie man will, und die Lebensgeschichten durch den Schmutz ziehen oder sie deodorieren, am Ende mogelt sich immer Überhöhung ins Gemüt der Zuschauer. Clint Eastwood wehrt sich dagegen, ein patriotischer Denkmalpfleger zu sein. «Wer Kyles Leben erzählt, muss auch seine Philosophie übernehmen» (Eastwood). Eine gefährliche Rechtfertigung, wenn zugleich Kyles Vita gereinigt und gewienert wird. Zu seiner «Philosophie» müsste dann aber auch Kyles üble Seite gehören. Biopics sind eben verführerisch und verleiten zum Eingriff in fremdes Leben. Im besten Fall wird es eine Gratwanderung zwischen Denkmalpflege und Denkmalsturz bleiben. ○



Dreharbeiten von «American Sniper».

«Ins Décolleté schauen, ist in Ordnung»

Die Sexualtherapeutin Esther Elisabeth Schütz stellt fest, dass junge Männer zunehmend im Bett versagen. Was ist bloss los in den hiesigen Schlafzimmern? Ein Gespräch über Sex im Zeitalter von Gleichstellung, Pornografie und Internet. *Von Rico Bandle und Salvatore Vinci (Bild)*

Kaum eine Schlagzeile sorgte in letzter Zeit für so viel Gesprächsstoff wie jene der Gratiszeitung *20 Minuten* vom 29. Januar: «Männer versagen beim Sex – weil sie nett sind». Das Blatt berief sich auf eine Aussage von Esther Elisabeth Schütz, 65, der Doyenne der Schweizer Sexualtherapie: In ihrer Praxis ist sie mit einer zunehmenden Anzahl Männern unter dreissig konfrontiert, die unter Erektionsstörungen leiden. Die Ursache ortet sie unter anderem bei der weiblichen Sozialisation der Buben.

Was hat es mit den schlaffen jungen Männern auf sich? Werden zu Einfühlsamkeit erzogene Männer tatsächlich impotent? Diese Fragen sind Grund genug, die Sexualtherapeutin zu einem Gespräch zu treffen. Schütz empfängt uns in dem von ihr gegründeten Institut für Sexualpädagogik und Sexualtherapie, das in einer wunderbaren Backsteinvilla mitten in einem Park in Uster beheimatet ist.

Frau Schütz, seit dreissig Jahren beobachten Sie das Sexualeben der Schweizerinnen und Schweizer aus nächster Nähe. Sind die Männer tatsächlich zu weich geworden?

Das Rollenbild des Mannes hat sich verändert. Es wird von ihm erwartet, dass er sich in einer Liebesbeziehung mitfühlend und kinderlieb zeigt, sportlich aktiv ist, gut kochen kann, Karriere macht und ein guter Liebhaber ist. Hinzu kommt, dass das Bildungssystem mittlerweile stark weiblich geprägt ist. Buben stören den Unterricht und dürfen oft nicht mehr Buben sein. Wenn sie einmal auf dem Pausenplatz miteinander raufen, was eigentlich völlig normal ist, geht immer sogleich jemand dazwischen. Bubenspiele, wie mit Holz Waffen herumzuballern, sind gänzlich verpönt. Die weibliche Sicht in der Erziehung hat sich mehrheitlich durchgesetzt.

Und das führt dann tatsächlich zu Erektionsstörungen?

Erst einmal führt dies dazu, dass in Liebesbeziehungen die Männer mit den Wünschen zur Sexualität respektvoll und achtsam umgehen. Das bringt Vor- und Nachteile. Anstatt dass sie aktiv verführen, wird geredet, gefragt und Verständnis gezeigt. Dadurch haben die Männer an sexueller Selbstsicherheit verloren. Sobald von der Frau ein erstes Signal kommt, dass sie wenig Lust verspürt, geben die Männer

auf. Macho zu sein, gilt heute eher als etwas Schlechtes.

Ein Mann muss doch heute ständig aufpassen: Geht er etwas falsch vor, muss er damit rechnen, sich dem Vorwurf der sexuellen Belästigung auszusetzen.

Das ist ein gravierendes Missverständnis. Unsere Gesellschaft ist diesbezüglich sehr weit gegangen. Ein Lehrer kann im Turnen ja kaum mehr einem Mädchen über ein Hindernis helfen, dies könnte sonst als Übergriff gelten. Dass jede männliche Avance als sexistisches Verhalten ausgelegt werden könnte, ist für das Beziehungsleben fatal. Verführen heisst ja die Kompetenz besitzen, zu führen. Und nicht gleich beim ersten Hindernis aufzugeben.

Viele männliche Jugendliche machen in der Pubertät eine leidige Erfahrung: Sie wurden zu Sanftheit erzogen, geben sich alle Mühe, jegliche sexuelle Anspielung gegenüber dem anderen Geschlecht zu unterlassen. Gutgläubig gehen sie davon aus, damit bei den Frauen Erfolg zu haben – um dann ernüchtert festzustellen, dass sich diese lieber mit dem südlichen Macho abgeben.

«Die weibliche Sicht in der Erziehung hat sich mehrheitlich durchgesetzt.»

Ja, im Bereich der Leidenschaft hat der Einfühlsame gegen einen Macho wenig Chancen! Das ändert sich erst, wenn es um Familienplanung geht. Dann sind engagierte, einfühlsame Väter gefragt. Aber Frauen träumen von Männern als Liebhabern, die mutig sind und sich getrauen, zu führen und zu verführen.

Kann man also sagen, die Emanzipation der Frau, die angestrebte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, schadet einem leidenschaftlichen Liebesleben?

Das Problem liegt darin, dass das berechtigte Anliegen von Gleichstellung in Beruf und Politik auf die Sexualität ausgeweitet worden ist. Das heisst, die Gleichberechtigung wurde zum Teil mit Gleichheit verwechselt. Was aber macht die Sexualität lebendig und reizvoll? Der Unterschied zwischen den Geschlechtern, das Spannungsfeld zwischen Frau und Mann! Wenn ein Paar im Sinne einer Verhandlung sein Sexualeben zerredet, nivelliert es den Unterschied zwischen

männlichen und weiblichen Bedürfnissen. Dies reduziert die Spannung, die Antriebskraft von Leidenschaft und Eros.

Haben die Frauen in den letzten vierzig Jahren also für etwas Falsches gekämpft?

Nein. Die Emanzipation hat viele Vorteile gebracht. So müssen die Frauen in der Liebesbeziehung nicht mehr dem Frieden zuliebe mitmachen; sie haben an Selbstbestimmung gewonnen. Doch was, wenn sich der Mann zurückzieht, nicht mehr führt und verführt? Dann sind die Frauen genauso Verliererinnen wie die Männer.

Die Frau sollte sich heute im Berufsleben stark und selbstbewusst geben, in der Sexualität hingegen ist die Fähigkeit zur Hingabe gefragt. Geht das überhaupt zusammen?

Ja. Hingabe ist keine Unterwerfung. Es geht in erster Linie um die Hingabe an sich selbst und die sexuelle Lust. Diesbezüglich sind beide Geschlechter gefordert. Immer wieder höre ich von Klientinnen: «Wenn er mich doch nur wieder einmal *nehmen* würde!» Dabei geht es nicht darum, dass ihr Partner grob sein soll, aber um die emotionale Intensität. Er soll wieder mal feurig und leidenschaftlich zum Ausdruck bringen: «Ich will! Und ich will mit dir!»

Sie haben einmal gesagt, dass viele Männer Lob von Ihnen erwarten, wenn sie sagen, sie gehörten nicht zu jenen Männern, die den Frauen auf die Brüste schauen. Sie aber finden: Selbstverständlich sollte ein Mann den Frauen auf die Brüste schauen!

Visuelle Reize sind wichtig und gehören für Männer dazu. Solange er gekonnt und nicht aufdringlich schaut, ist dies eine männliche Kompetenz. Mit «gekonnt» meine ich, dass er gleichzeitig mit sich selbst in Kontakt bleibt und sich selbst wahrnimmt. Wer die eigenen Grenzen kennt, wird bei andern nicht über die Grenze gehen.

Ein Blick aufs Décolleté gilt ja heute bereits als anzüglich.

Schade! Es ist doch völlig normal, dass ein Mann eine Frau scannt. Nur weil Frauen das weniger machen, ist das doch nicht anzüglich! Sorgen machen muss man sich, wenn ein Mann sich nicht mehr getraut, einer Frau nachzuschauen und einen verstohlenen Blick aufs Décolleté zu werfen. Damit gibt er eine seiner wichtigsten Erregungsquellen auf.

Der Bauarbeiter, der einer Frau hinterherpfeift, ist also kein Primitivling, sondern agiert völlig normal? >>>



«Gleichberechtigung wurde zum Teil mit Gleichheit verwechselt»: Sexologin Schütz.

Er möchte damit möglicherweise der Frau ein Kompliment machen. Die Frage ist: Wie nehmen die Frauen das auf? Als sich Frauen noch wenig gegen aufdringliche Männer wehren konnten, war es sinnvoll, sich deutlich von solchen Anspielungen abzugrenzen. Heute haben Frauen andere Möglichkeiten. Bindungsfähige Männer, welche zur Konfliktfähigkeit erzogen wurden und eine positive Beziehung zu ihrer eigenen Männlichkeit haben, werden nicht zu Tätern. Da kann eine Frau aus ihrer eigenen sexuellen Selbstsicherheit ein Hinterherpfeifen auch mal als Kompliment auffassen und entscheiden, wie sie reagiert.

Kommen wir zu einem vieldiskutierten Thema: Was macht die ständige Verfügbarkeit der Internetpornografie mit uns?

Zu meiner Zeit haben Jugendliche heimlich Sexheftchen angeschaut. Das waren Standbilder, welche die Fantasie anregten. Heute nutzen männliche Jugendliche den Film als Erregungsquelle. Sie erlangen dadurch schon in jungen Jahren Einblick in die Erwachsenenwelt und sehen Dinge, die sie in der realen Welt nicht erleben. In einem populären Computerspiel, «GTA 5», kann man mit einer Prostituierten Sex haben und sie anschliessend umbringen. Die Jugendlichen kreieren sich ihre Fantasien nicht mehr Schritt für Schritt selber, sondern werden früh mit einer weit voraus liegenden und zum Teil brutalen Welt konfrontiert.

Mit welchen Folgen?

Im Pornofilm geht es immer sehr schnell zur Sache – und es funktioniert. Im realen Leben, wo häufig ein langer Prozess der Anwerbung gefragt ist, scheitern manche Jugendlichen, weil sie sich gar nicht getrauen, aktiv zu werben. Es ist einfacher für sie, in die virtuelle Welt abzutauchen. Weshalb soll ein junger Mann noch die Anstrengung unternehmen, eine Partnerin zu verführen? In meiner Praxis sagen mir Männer oft, dass sie Hemmungen haben, Frauen im Ausgang anzusprechen. Wenn wir dann solche Situationen in Rollenspielen üben, taucht manchmal die schüchterne Frage auf: «Darf ein Mann das überhaupt?»

Von feministischer Seite hört man die Klage, Männer würden durch den Pornokonsum verroht – den groben Sex, den sie in den Filmen sehen, wollten sie an den Frauen ausleben. Ist da etwas dran?

Ich stelle eher einen Realitätsverlust fest. Die Männer entdecken im Netz, dass sie irgendwelche Praktiken wie zum Beispiel Bondage (Fesselspiele) sexuell erregen, und erklären dieses Phänomen zu ihrer Vorliebe. Bei häufigem Konsum wird damit die Fähigkeit, die Erregung zu steigern, an diese Reize gekoppelt. Im Bett mit

der Frau merken sie dann, dass alles ganz anders ist als das, was sie sich beim Onanieren vor dem Bildschirm vorgemacht haben. Am Anfang einer Beziehung spielt diese Diskrepanz noch kaum eine Rolle, schliesslich funktioniert alles. Mit der Zeit aber geht der Reiz des Verliebtseins verloren. Und die pornogewohnten Männer finden das normale Liebesleben bald einmal langweilig, was zur sexuellen Unlust führen kann.

Für die Frau ist Sex auch ein Machtinstrument. In der antiken Komödie «Lysistrata» beenden die Frauen gar einen Krieg, indem sie den Männern den Sex verweigern. Wenn nun die Männer auf Internetpornografie ausweichen können: Wie verschiebt sich das Machtgefüge innerhalb der Beziehung?

«Ich empfehle ihnen, aufrecht stehend zu onanieren und dazu das Becken zu bewegen.»

Wenn die Entwicklung so weitergeht mit immer realistischerem virtuellem Sex, so wird dies zum nächsten grossen Thema. Noch gibt es kaum Forschungsergebnisse dazu. Eine Möglichkeit ist, dass die Frauen dann mit dem Auszug drohen, um ihre Macht zurückzugewinnen. Die meisten Männer werden eine Partnerschaft und realen Sex jedoch nicht ganz aufgeben wollen. Die Schwierigkeit liegt darin, dass viele Männer mit dem hohen Konsum von Pornografie nicht aufhören können. Dies, selbst wenn sie das anstreben, weil eine Abhängigkeit in Bezug auf ihre Erektionsfähigkeit entstanden ist.

Teenagermädchen kleiden sich gerne aufreizend und bedienen sich damit der Pornoästhetik. Was bezwecken sie damit?



Es geht ihnen nicht um Sex, sondern um ihre Wirkung. Sie entdecken ihren Einfluss als Frauen und spielen damit. Den pubertierenden Buben ist nicht vorzuwerfen, wenn sie in der Schule zappelig werden und sich nicht konzentrieren können, wenn ein knapp bekleidetes Mädchen neben ihnen sitzt. Als ich vor dreissig Jahren noch Lehrerin war, habe ich während eines halben Jahres einen Versuch gestartet und an den Nachmittagen die Buben und Mädchen getrennt. Es gab einen Aufruhr. Vor allem Mütter von Buben hatten Angst, ihre Sprösslinge könnten in einer Bubenklasse nicht bestehen. Die Regulation über die Mädchen war schon damals verinnerlicht: Man will nicht, dass sich Buben wie Buben verhalten.

Gemäss Umfragen messen Jugendliche der klassischen Familie und der Treue in der Beziehung so viel Bedeutung zu wie keine Generation vor ihnen. Ist das eine logische Gegenbewegung zu dem ständig verfügbaren Sex?

Das stelle ich auch fest: Die Vorstellung von Romantik und Familie ist aktueller denn je. Das ist ein interessantes Phänomen. Es wäre spannend, dies wissenschaftlich zu untersuchen.

Trotzdem scheitern so viele Ehen wie nie zuvor.

Eine funktionierende Partnerschaft steht auf zwei Säulen: Die erste ist das Liebesgefühl, dazu gehören Sicherheit, Vertrauen, Sympathie, Konfliktfähigkeit, gemeinsame Projekte, der alltägliche Körperkontakt und so weiter. Die zweite Säule ist Erotik und Sex. Wenn die Anfangseuphorie vorbei ist, wird häufig an der ersten Säule gearbeitet, man strengt sich an, unternimmt etwas zusammen, das klappt auch ganz gut. Die zweite Säule aber verkümmert bei manchen mit den Jahren. Die Gefahr ist dann gross, dass das sexuelle Begehren extern kompensiert wird. Dabei ist ein erfülltes Sexualleben auch in langfristigen Beziehungen lernbar.

Mit «extern kompensieren» meinen Sie: Einer der Partner geht fremd?

Ja. Wobei einmal Fremdgehen nicht heissen muss, dass die ganze Beziehung in Frage gestellt wird. Wenn Frauen per Zufall entdecken, dass ihr Mann Internetpornografie konsumiert oder in einschlägigen Internetportalen mit Frauen chattet, sind sie oft völlig vor den Kopf gestossen und erleben dies auch als Fremdgehen.

Dann kommt es zur Katastrophe.

Ja, das ist für viele Frauen ein riesiger Schock. Einerseits ist das verständlich, andererseits auch Ausdruck davon, dass sie wenig um die Welten von Männern wissen.

Was wissen die Frauen nicht?

Dass die meisten Männer visuelle Reize in ihrer Selbstbefriedigung nutzen. Oder sie wissen es, aber glauben, ihr Mann sei anders.

«Meiner ist nicht so einer», sagen sie dann. Meistens liegen sie falsch. Wenn den Frauen bewusst wäre, wie sehr sich Männer von visuellen Stimulationen anziehen lassen, dann wären sie nicht so überrascht, wenn der Pornokonsum plötzlich ans Licht kommt.

Sind die Frauen ihren Männern gegenüber zu leichtgläubig?

Sie vertrauen ihren Männern. Es ist erstaunlich, dass Frauen ihren Männern vertrauen, dass sie alles in Ordnung finden, selbst wenn das Paar nur noch alle drei Monate Sex hat. Ich frage in solchen Situationen jeweils: «Sind Sie sicher, dass Ihr Mann damit zufrieden ist? Und wovon träumen Sie als Frau?» Bleibt eine Liebesbeziehung mit so wenig Sex stabil? Als Sexologin weiss ich: Kein Mann macht das einfach so mit. Und wenn der Mann die Frau sexuell nicht mehr begehrt, dann machen auch die Frauen nicht mehr mit. Ich spreche hier nicht von Schwangerschaften, Unfällen oder Ähnlichem, da kann es natürlich vorkommen, dass die Sexualität eine Zeitlang zum Stillstand kommt, sondern vom normalen Liebesalltag.

Liebhaber sein könnte. Männer sind diesbezüglich sehr verwundbar, vor allem, wenn Frauen etwas in diese Richtung kommunizieren. Die Erektionsfähigkeit ist ein zentraler Bestandteil der männlichen Identität. Bei der Frau trifft es eher die Liebesebene: Sie hat das Gefühl, dem Mann nicht mehr vertrauen zu können. Sie bleibt lange am Seitensprung hängen, weil sie damit die ganze Beziehung in Frage stellt. Beim Mann ist das anders. Er ist in der Regel schneller bereit, nach vorne zu schauen, und hat weniger Mühe, die Sache abzuschliessen.

Wahrscheinlich sehnen sich alle, die in einer längeren Beziehung leben, irgendwann auch nach Sex mit jemand anderem. Doch alle Experimente mit offenen Beziehungen in den letzten vierzig Jahren sind früher oder später gescheitert. Weshalb klappt das nicht?

In einer offenen Beziehung braucht es sehr viele Fähigkeiten: das eigene Ego zurückzustellen, offen zu kommunizieren, das Zeitmanagement im Griff zu haben und, und, und. Es ist dermassen herausfordernd und kompliziert, sowohl emotional wie auch organisatorisch, dass früher oder später fast alle

lich die bestmögliche, was die Sexualität betrifft?

Das würde ich nicht sagen. Klar war alles befreit, es gab die Pille, Aids aber noch nicht, man musste also keine Angst haben. Doch die meisten Frauen haben mit dem Wissen der Grossmütter in der Welle der sexuellen Befreiung mitgemacht. Den Männern hat das natürlich gefallen, für uns Frauen war das sexuell nicht unbedingt stärkend.

Sie schauen skeptisch auf diese Zeiten zurück?

Sozial bedeutete sie sicher eine Befreiung, sexuell aber nicht. Frauen machten vieles mit, was sie gar nicht wollten, weil das Experimentieren zum Mainstream der Zeit gehörte.

Ist das heute besser?

Anders. Heute ist die Sexualität ein Konsumgut, wir können sie kaufen, im Internet, mit Chats, Darkrooms und so fort. Man kann alles sofort haben. Deshalb legen wir den Fokus bei der Sexualtherapie zunehmend auch auf die Körperlichkeit. Über Atmung, Wahrnehmung von Sinnesempfindungen entsteht ein neuer Zugang zum eigenen weiblichen oder männlichen Kör-

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Königliche...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

Wie ist es mit dem Fremdgehen: Gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern?

Frauen gehen im Allgemeinen geschickter fremd. Der Mann ist ja schon von seinen Geschlechtsorganen her nach aussen beziehungsweise vorne orientiert, die Frau nach innen. Das äussert sich auch im Verhalten. Die Männer streben nach vorne, vergessen alles, setzen sich grossen Risiken aus. Die Frau hingegen handelt eher vorsichtig, überlegt und in der Regel äusserst strategisch. Deshalb werden die Männer per se schneller entdeckt.

Weshalb gehen Frauen fremd?

Die einen Frauen suchen das, was sie zu Hause nicht erhalten. Sie sehnen sich danach, leidenschaftlich sexuell begehrt zu werden. Andere spüren ihre Lust nur dann, wenn es zu einer hohen emotionalen Erregung kommt, was beim Fremdgehen der Fall ist.

Wer leidet mehr, wenn der Partner fremdgeht, der Mann oder die Frau?

Es trifft beide unterschiedlich. Er leidet am Gedanken, dass der andere der bessere

zur Erkenntnis gelangen: Es funktioniert einfach nicht, schon gar nicht auf einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ebene.

Eine Strategie wäre, beim Partner einfach nicht so genau hinzuschauen und ihm so gewisse Freiheiten zu lassen. Man ist doch glücklicher, wenn man nicht alles weiss, was der andere macht.

Das ist keine schlechte Strategie. Wichtig ist einfach, dass man zur Kenntnis nimmt, dass der Partner, die Partnerin potenziell fähig ist, fremdzugehen. Das bedeutet, dass man einander gegenseitig attestiert, attraktiv zu sein und dass man auch ausserhalb der Beziehung positiv wahrgenommen wird. Dadurch entsteht eine gewisse Spannung, man muss sich um den Partner, die Partnerin bemühen und sich ihn oder sie erträumen können. Das ist etwas ganz anderes, als wenn man von einem absoluten Treuebegriff ausgeht im Sinne von: «Das darf bei uns nicht passieren!»

1968, am Startpunkt der sexuellen Befreiung, waren Sie um die zwanzig Jahre alt, also im besten Alter. War jene Zeit tatsäch-

per und zur sexuellen Lust. Dies bildet einen Gegenpol zur einförmigen Bildschirmwelt. Dass Jugendliche bei der Selbstbefriedigung gekrümmt auf einem Stuhl sitzen oder verspannt im Bett liegen, ist fatal. Sie schauen auf den Bildschirm und haben keinen Bezug mehr zum eigenen Geschlecht. Ich empfehle ihnen, aufrecht stehend zu onanieren und dazu das Becken zu bewegen. Gut wäre auch, wenn sie stehend pinkeln. Dies unterstützt Männer in ihrem Kontakt zu ihrem Penis auf der taktischen wie der visuellen Ebene.

Ist das Ihr Ernst?

Sicher, das ist ganz wichtig. Es geht um den Bezug zum eigenen männlichen Geschlecht, um den Stolz, Mann zu sein. Vor allem Erziehungspersonen sollten wieder eine Neugier entdecken für die Geschlechtsunterschiede – und akzeptieren, dass Männer und Frauen tatsächlich unterschiedlich sind. Dies ist nicht nur wichtig hinsichtlich von Gesellschaft, Politik, Beruf und Kindererziehung, sondern auch hinsichtlich von Liebesleben und Sexualität. ○



*«Wir gingen zu einem Teich im Central Park, ganz in der Nähe des Ortes,
wo ich einige Jahre zuvor mein erstes Foto von Yoko gemacht hatte.»*





«Ich hätte nie gedacht, dass John so bald sterben würde.
Das machte diese Fotos so wertvoll für mich.»



«Er sagte, seine Haut sei sanft und blute leicht,
darum müsse er sehr vorsichtig sein.»

Stil & Kultur

«Final countdown»

Von Daniele Muscionico

Erinnerungen, alte. Intimität, zarte. Nähe, versuchte. So kann ein Abschied sein, so wie auf diesen Bildern. Keiner weiss, dass es zu Ende geht. Aber so könnte es zu Ende gehen, so vielleicht. Er blickt in den Spiegel, rasiert sich, wozu? Nichts weiss er, nichts weiss sie, und doch wissen beide alles. John Lennon und Yoko Ono.

Die Blicke gehen nach innen, die Berührungen setzen aus. Sie spazieren im Central Park, schwere Schatten auf schwarzem Grün. Auf den Schultern eine Last. Die Last des Wissens? Und dann, an der letzten Herbstsonne, beim Kaffee: Er sucht den Blick der Kamera. Sie verweigert sich. «Ich habe deine Schulter berührt? Verzeihung.»

Die Uhr tickt, *final countdown*. Jetzt muss noch ein Letztes erfüllt sein: ein letztes Studio-album. Zusammen, gemeinsam, «Double Fantasy». Es ist ein Dialog über ihre Familie, ihre Liebe, die Harmonie, die sein soll, die sein muss. Sie singt, und er singt, je sieben Lieder, jeder schreibt sie für sich allein. Als bekannt wird, dass die Hälfte der Songs von Ono stammen werden, ziehen einige Plattenfirmen ihre Angebote zurück. Schliesslich sagt ein neugegründetes Label zu.

Seit fünf Jahren sind John Lennon und Yoko Ono nicht mehr künstlerisch aktiv. Fünf Jahre keine Öffentlichkeit oder fast keine. Längst kursieren Gerüchte über ihr zurückgezogenes Leben, böse Reden wie meistens, wenn es um Ono geht. Die Hexe, die John in ihre Gewalt gebracht und ihn musikalisch kastriert hat. John ist ihr Gefangener, geht das Gerede. Sie hat ihn mit ihrem gemeinsamen Sohn, Sean, in dessen Kinderzimmer eingesperrt.

Dabei kümmert sie sich in dieser Zeit um die Geldgeschäfte, sie, die Bankierstochter. Er bezeichnet sich derweil als Hausmann, streichelt Katzen, blickt aus dem Fenster, fährt mit Sean in den Urlaub. Die Hausarbeit machten die Hausangestellten.

Final countdown. Als ob auch er es geahnt hätte, der japanische Fotograf Kishin Shinoyama. Ono hatte ihn im Herbst 1980 engagiert, um ihr Album zu promoten und das Coverbild zu schiessen. Rund 800 Fotos hat Shinoyama gemacht während dieses *last sitting* des Ehepaares. Bilder, von denen lange Zeit keiner wusste. Bilder, die auch mehr als dreissig Jahre nach ihrem Entstehen das grosse Märchen zweier Wunderkinder erzählen. Denn wundern ist schöner als wissen. Und das Allerschönste ist das Happy End der eigenen Fantasie.

Kishin Shinoyama: John Lennon & Yoko Ono. Double Fantasy. Taschen, 2015. Hardcover und limitierte Collector's Edition von 1730 nummerierten Exemplaren, signiert von Yoko Ono und Kishin Shinoyama.

Bestseller

Belletristik

- 1 (–) **Martin Suter:** *Montecristo (Diogenes)*
- 2 (–) **Milena Moser:** *Das Glück sieht immer anders aus (Nagel & Kimche)*
- 3 (4) **Cecelia Ahern:** *Das Jahr, in dem ich dich traf (Fischer Krüger)*
- 4 (1) **Ian McEwan:** *Kindeswohl (Diogenes)*
- 5 (5) **Sibylle Berg:** *Der Tag, als meine Frau einen Mann fand (Hanser)*
- 6 (2) **Michel Houellebecq:** *Unterwerfung (Dumont)*
- 7 (3) **Lori Nelson Spielman:** *Morgen kommt ein neuer Himmel (Fischer Krüger)*
- 8 (6) **Linus Reichlin:** *In einem anderen Leben (Galiani)*
- 9 (–) **Patrick Rothfuss:** *Die Musik der Stille (Klett-Cotta)*
- 10 (–) **Paulo Coelho:** *Untreue (Diogenes)*

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** *Darm mit Charme (Ullstein)*
- 2 (2) **Wilhelm Schmid:** *Gelassenheit (Insel)*
- 3 (4) **Karoline Arn:** *Elisabeth de Meuron von Tscharnner (1882–1980) (Zytglogge)*
- 4 (3) **Pascal Voggenhuber:** *Zünde dein inneres Licht an (Giger)*
- 5 (–) **Susan Neiman:** *Warum erwachsen werden? (Hanser)*
- 6 (7) **Carolyn Wiedemeyer:** *Nutella (Heel)*
- 7 (6) **Martin Werlen:** *Heute im Blick (Herder)*
- 8 (–) **Bill Browder:** *Red Notice (Hanser)*
- 9 (8) **Guido Maria Kretschmer:** *Eine Bluse macht noch keinen Sommer (Edel)*
- 10 (10) **Benjamin Behnke, Kai Daniel Du:** *Trick 17 – 365 geniale Alltagstipps (Frech)*

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Kurt Hirschfeld

Am Zürcher Schauspielhaus beginnt am Sonntag ein Kongress über den grossen deutsch-jüdischen Dramaturgen Kurt Hirschfeld: 1933 holte ihn der damalige Schauspielhaus-Besitzer und -Direktor Ferdinand Rieser nach Zürich, während und nach dem Zweiten Weltkrieg war er das Hirn der letzten grossen freien Bühne im deutschsprachigen Raum, 1961 wurde er selbst Direktor des Theaters. Zwar hat er nicht die Uraufführung von Brechts «Mutter Courage» inszeniert, wie die Kongressorganisatoren fälschlicherweise schreiben (das war eine andere Schauspielhaus-Legende: Leopold Lindtberg), doch Hirschfelds Einfluss auf das Geistesleben in der Schweiz und das gesamte deutschsprachige Theater war enorm. Dass diese eindruckliche Persönlichkeit endlich einmal in den Fokus gerückt wird, ist erfreulich. (rb)

Bildung

Wo die besten Unis sind – und warum

Kennen die weltbesten Universitäten ein Erfolgsrezept? Ja: Einsamkeit, Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber der Politik. Das zeigen Harvard, Cambridge, Oxford und die ETH in Zürich. Von Hans Ulrich Gumbrecht

So populär sind internationale Universitätsrankings während des vergangenen Jahrzehnts geworden, dass der Gedanke an ein Ranking aller Rankings gar nicht mehr exzentrisch oder witzig wirkt. Eine intensive Diskussion über ihre Methodologien und deren Verhältnis zu jeweiligen Ergebnissen ist längst entstanden, wobei es wohl an der Nähe zur akademischen Welt liegen muss, dass man eigentlich nur noch von Methodologien (im Plural) redet, von Theorien über Methoden also, und nicht, einfacher und meist zutreffender, von Methoden. Wie ernst die Rankings jedenfalls genommen werden – das gehört zu einer eigenartigen historischen Schiefelage: Selbst in einer Gegenwart, wo das Universitätsstudium global zu einer normalen Lebenserwartung (oder mindestens zu einer normalen Lebenshoffnung) geworden ist, erlebt man die Teilnahme am akademischen System von ausserhalb – und vor allem von innerhalb – noch immer als eine besondere Auszeichnung.

Trotz der verschiedenen Methodologien aber und trotz der unterschiedlichen Ergebnisse ist am Ende vor allem ihre Übereinstimmung erstaunlich – wenn man sich auch nur fünf (oder mehr) Rankings zu Gemüte führt, wie ich es neulich getan habe. Dann wird nämlich schnell der erste Eindruck zur Gewissheit, dass es heute weltweit eine kleine Zahl von Hochschulen gibt, die in der Spitzengruppe jeder für verschiedene Universitätstypen offenen Liste auftauchen, wenn auch mit jeweils bemerkenswert verschiedenen Platzierungen. Zu ihnen gehören: das California Institute of Technology (Caltech), die University of Cambridge, die Harvard University, das Massachusetts Institute of Technology (MIT), die University of Oxford und die Stanford University. Einige weitere Universitäten erscheinen im selben Kontext mit wenigen, in keinem Fall aber mit mehr als zwei Ausnahmen: die University of California, Berkeley, die University of Chicago, die Columbia University, die ETH Zürich, die Princeton University und die Yale University.

Wechselseitiger Wettbewerb zweitrangig

Natürlich stellt sich angesichts eines solchen Meta-Rankings ganz unwiderstehlich die Frage, ob man einen gemeinsamen Nenner und also eine Art Erfolgsrezept für die weltbesten Universitäten identifizieren kann. Die Antwort muss auf den zweiten (eher als auf den ersten) Blick negativ bleiben. Denn wann immer sich die Intuition abzuzeichnen beginnt, es gebe das

eine oder andere ebenso wesentliche wie durchgängige Merkmal aller bedeutenden Universitäten, wird sie von mindestens einem Gegenbeispiel dementiert. Man gelangt also nicht zur Beschreibung eines Idealtyps, sondern eher – auf den dritten Blick sozusagen – zum Eindruck einer in ihrer Struktur stabilen Konfiguration von variablen Eigenschaften, vor der als Matrix die individuellen Profile der grossen Hochschulen fassbar werden.

Denn dies ist ihr erstes – als gemeinsames und zugleich paradoxales – Merkmal, dass sich alle grossen Universitäten in ihrem eigenen Kontext zu einer immer spezifischeren Identität hin entwickelt haben und weiter entwickeln wollen. Es erklärt, warum die Rede von Universitäten als je besonderer Brand derzeit immer beliebter wird. Gegenüber einer

Acht der zwölf Spitzenhochschulen weltweit sind privat – und nur vier staatlich.

solchen individualisierenden Dynamik bleibt innerhalb der absoluten Universitätsspitzengruppe der wechselseitige Wettbewerb zweitrangig (die immer wieder betonte Distanz gegenüber den Rankings ist also ernst zu nehmen) – und erst recht die Frage nach allgemeinen Erfolgsbedingungen.

Acht der genannten zwölf Hochschulen (alle in den Vereinigten Staaten) sind nach ihrem offiziellen Status privat und nur vier staatlich, aber keine der bedeutenden privaten Universitäten in den USA könnte ohne staatliche Subventionen ihre Qualität aufrechterhalten, während sich auf der anderen Seite auch die grossen staatlichen Universitäten durch ihre Spendenpolitik und vor allem durch ihr internationales Prestige von Regierungseinflüssen weitgehend unabhängig gemacht haben. In dieser – grundsätzlichen, aber auch je verschieden begrenzten, immer wieder zu erneuernden – Freiheit bei ihrer Selbststeuerung besteht das zweite Strukturelement der zwölf wichtigsten Hochschulen. Drittens liegen nur zwei von ihnen in einer Millionenstadt, während andererseits mindestens zwei zu Städten mit weniger als hunderttausend Einwohnern gehören. Es gibt also keinen positiven Zusammenhang zwischen der Kultur von Metropolen und akademischer Qualität.

Ungern lassen sich Hochschulverwalter und Wissenschaftspolitiker in Europa daran erin-



Es gibt keinen positiven Zusammenhang zwischen der Kultur von Metropolen und akademischer Qualität: Campus der Harvard University, Boston.

nern, dass viertens eine deutliche Mehrheit der Spitzenuniversitäten (neun von zwölf in unserem Meta-Ranking) amerikanisch ist, obwohl die eklatanten Schwächen des nationalen Bildungssystems in den Vereinigten Staaten auf der Hand liegen. Wenn daneben Cambridge und Oxford zu den weltbesten Hochschulen gehören, so scheint dies zunächst das Bild zugunsten von Europa zu verbessern. Doch bedeutsamer als ihre geografische und politische Zugehörigkeit zu Europa ist wohl die historische Tatsache, dass Cambridge und Oxford (markanter als andere Hochschulen im Vereinigten Königreich) einen Grundbestand institutioneller Tradition gerade mit den amerikanischen Spitzenuniversitäten teilen. So hat am Ende die ETH Zürich einen exklusiven und doppelten Sonderstatus in der internationalen Elitegruppe: Sie ist dort die einzige nichtanglo-amerikanische und die einzige kontinental-europäische Universität.

Schliesslich zeichnet sich eine mittlerweile wohl konsolidierte Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit der Platzierung von drei Tech-

nischen Universitäten in der führenden Gruppe ab. Vor einem Jahrhundert noch hätten ihnen Staat und Gesellschaft die Aura vorenthalten, Universitäten zu sein – und bis vor kurzem war es in diesem Sinn eine hässliche Bemerkung, auch die Stanford University aufgrund ihrer Stärke in den Ingenieurwissenschaften «MIT of the West» zu nennen. Mittlerweile aber gibt es umgekehrt Anlass zur Frage, ob sich nicht gerade in der «technischen» Öffnung des neueren Universitätstyps auf das praktische Leben, welche in all diesen Fällen mit kleinen, aber hochkarätigen Abteilungen in den Geistes- und Kulturwissenschaften verbunden ist, die alles entscheidende Entwicklungsrichtung hin zu den grossen Hochschulen der Zukunft abzeichnet.

Differenzierte Finanzierungsprogramme

Aus der Beschreibung einer solchen Grundkonfiguration entsteht die weiterführende Möglichkeit, das interne Funktionieren der weltbesten Universitäten zu verstehen – besonders die Entstehung der für sie ausschlaggebenden

intellektuellen Energie. Erste Voraussetzung ist das historisch erarbeitete Privileg einer bedingungslos qualitätsorientierten Auswahl von Lehrenden und Lernenden. Keine der grossen Hochschulen kann sich Einschränkungen gegenüber dem absolut gesetzten Kriterium des intellektuellen Leistungspotenzials gestatten. Merkmale wie nationale oder soziale Herkunft sind ausgeblendet – und spielen dort auch im universitären Alltagsleben kaum eine

Quantitatives Wachstum gehört nicht zu den Zielen der besten Universitäten.

Rolle. Die genannten amerikanischen Universitäten wissen im Moment der Zulassung von Studenten nicht, ob deren Familien imstande sind, die sehr hohen Studiengebühren zu entrichten, und kommen deshalb Bewerbern aus einkommensschwachen Familien – durchaus im eigenen Interesse – mit differenzierten Finanzierungsprogrammen entgegen. In die-

sem Sinn werden auch die sogenannten Quoten – etwa zugunsten von Frauen oder von sozialen Minderheiten – immer leistungsbezogen begründet und gehandhabt (nicht als Massnahme sozialer Gerechtigkeit). Daher ist es nur konsequent, dass quantitatives Wachstum nicht zu den Zielen der besten Universitäten gehört (nach heutigem Massstab sind die meisten von ihnen tatsächlich kleine Hochschulen).

Vor allem besteht ein Zusammenhang zwischen der unangefochtenen Führungsposition von Hochschulen aus der angloamerikanischen Tradition und ihrer ganzheitlichen Auffassung des intellektuellen Lebens. Für diese Universitäten ist der Campus sichtbarer Ausdruck einer sich bewusst abgrenzenden und auch abschottenden Lebensform, die am ehesten in kleinen oder mittelgrossen Städten entsteht und sich durchhalten lässt. Professoren verbringen den Hauptteil ihrer Arbeitszeit auf dem Campus, und Studenten werden ermutigt und nicht selten verpflichtet, dort zu leben. So entsteht ein institutionell fließender Übergang von verschiedenen Formen realer Präsenz, zwischen Lehrveranstaltungen und individuellen, aber oft auch spontan entstehenden Situationen der Beratung und Begegnung. Solche Situationen können Gespräche über politische Alltagsprobleme, moralische Fragen oder Sport durchaus einschliessen, wahren aber grundsätzlich Distanz zur Privatsphäre. Das Ideal der Einheit von Forschung und Lehre hat wohl deshalb nie zum programmatischen Selbstverständnis der Professoren in Cambridge, Oxford oder Harvard gehören müssen, weil ihr Campus-Leben eine Vorstellung von ausschliesslicher Konzentration auf die Forschung ohnehin ausschliesst – und mit ihr übrigens auch den Lieblingstraum kontinentaleuropäischer Professoren von «reinen» Forschungsinstituten.

Maximale intellektuelle Energie

Im institutionellen Zentrum dieser Tradition steht – vor allen weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten in den *professional schools* – das College als ein auf vier Jahre konzentriertes Programm vielfältiger und allgemeiner Bildung, das erst im dritten und vierten Jahr zu einer (nie thematisch ausschliesslichen) Fachkonzentration wird. Interdisziplinarität braucht – ganz ähnlich wie die Einheit von Forschung und Lehre – unter solchen Voraussetzungen keine spezifischen Förderungsprogramme, denn sie ist in der Grundidee des College als intellektueller Lebensform angelegt (die freilich heute gegen die Tendenz vieler Collegestudenten und ihrer Familien hin zu einer früh berufsorientierten Spezialisierung durchgehalten und durchgesetzt werden muss).

Wenn die Einheit des College-Phänomens vor allem von der räumlichen Voraussetzung realer Präsenz abhängt, so liegt der Flucht-



Infiziert von einem schlechten Gewissen: ETH Hönggerberg, Zürich.

punkt jener Entwicklung, welche einen bestimmten Typ der Technischen Universität – und in diesem Rahmen auch die ETH Zürich – in den Vordergrund der besten Hochschulen gerückt hat, wahrscheinlich in einer Maximierung zeitlicher Komplexität. Anders und etwas detaillierter erklärt: Weil wir davon ausgehen können, dass einerseits verschiedene Themen und Aufgaben der Zusammenarbeit je verschiedene Rhythmen und Formen im Umgang mit der Zeit ausprägen, während andererseits solch verschiedene Rhythmen und

Interdisziplinarität ist in der Grundidee des College als intellektueller Lebensform angelegt.

Formen von Zeit je verschiedene Potenziale des Denkens freisetzen, sollte ein Nebeneinander von technisch-praxisorientiertem und philosophisch-spekulativem Denken die maximale intellektuelle Energie freisetzen. In diesem Sinn synchronisieren die Ingenieurwissenschaften allein schon drei Dimensionen von Zeit: die nichtlineare, sozusagen von Herausforderung zu Herausforderung springende Alltagszeit im Entstehen wechselnder technischer Probleme; die lineare Zeit eines angenommenen objektiven Fortschritts in der Summe der wissenschaftlich erreichten Lösungen und die von den klassischen – und an den Technischen Universitäten ja zentral vertretenen – Naturwissenschaften ererbte (philosophisch nicht unproblematische) Prämisse, dass jede einzelne erreichte Lösung als überzeitlich («ewig») gültiges Resultat anzusehen ist.

Wenn nun schon das laufende Zusammenspiel dieser drei Zeitdimensionen als ein Ursprung produktiver intellektueller Unruhe und Energie wirkt, dann wird sie an den besten Technischen Universitäten durch die Anwesenheit der Geisteswissenschaften mit ihrem strukturell ähnlichen, aber inhaltlich ganz anderen Nebeneinander von Zeitformen gesteigert. Wegen ihrer programmatischen Konzentration auf die Dimension der Geschichte reagieren die Geisteswissenschaften erstens weniger unmittelbar als die Ingenieurwissenschaften auf die laufende Alltagszeit ausserhalb ihrer selbst, sondern mehr auf – teilweise vom Alltag ausgelöste – Irritationen und Verwerfungen innerhalb des historischen Bewusstseins (etwa: Ist es an der Zeit, den ästhetischen Wert der Romane Gottfried Kellers neu zu überdenken?). Zweitens nehmen die Geisteswissenschaften schon lange nicht mehr in Anspruch, dass sich ihre akkumulierten Ergebnisse auf einen Bogen des Fortschritts hochrechnen lassen (die intellektuelle Bedeutung der Platonischen Dialoge, nimmt man etwa an, ist nie überboten worden). Dagegen hat sich drittens der klassisch-intellektuelle Anspruch erst jüngst wieder intensiviert (ob man ihn nun für wünschenswert ansieht oder nicht), dass geisteswissenschaftliche Diskussionen und ihre Ergebnisse als Impulse in den jeweils gegenwärtigen Alltag hineinwirken können und sollen (weniger durch «politische» Positionsnahmen als durch deren Infragestellung). Solange diese Formen der Zeit weder ineinander verlaufen wie die Farben eines braunstichigen Ölbildes noch zu einer Einheitszeit herabgestuft werden, wirkt ihr gleichzeitiges Pulsieren im sel-

ben institutionellen Rahmen als machtvolle Quelle intellektueller Energie.

In der zentrifugalen Entwicklung, die zur Entstehung der weltbesten Universitäten geführt hat, werden so jedenfalls drei Bewegungen sichtbar, welche sie weiter auf Exzellenzkurs halten werden: die Ausschliesslichkeit intellektueller Qualitätskriterien in den Prozessen ihrer Selbstreproduktion (unter Ausschluss sozialpolitischer Ziele); die Konzentration auf Lehre in Realpräsenz als zentrale Lebensform (ohne Zugeständnisse an urbane Modalitäten der Zerstreung) und die maximale Komplexität in der Überschneidung von verschiedenen Dimensionen der Zeitlichkeit, aus der vor allem geistige Energie entspringt (gegen alle Formen von akademischer Orthodoxie und Exklusivität). Diese Dynamiken liessen sich durchaus in den grossen kontinentaleuropäischen Nationen freisetzen, wo die Frustration über die – anscheinend wachsende – angloamerikanische Universitätsdominanz heute so gross ist. Den störrisch erwarteten Erfolg aber sabotiert immer wieder die Tendenz, individuell sich abzeichnende Entwicklungen in nationale Reformprogramme oder Exzellenzinitiativen umzulegen, deren Anfangsimpulse dann regelmässig vielfältigen Forderungen nach allgemeiner Gleichheit und Gleichbehandlung erliegen.

Dabei ist das, was grosse Universitäten ausmacht, was man früher das Leben und die Lebendigkeit des Geistes nannte (und weiter so nennen sollte), immer und notwendigerweise eine gefährdete Dynamik, deren kontinuierliches Weiterlaufen nie selbstverständlich ist. Vor allem die Vermutung, dass bedeutende Hochschulen nur da entstehen und fortwirken, wo Gefahren für das Leben des Geistes in Schach gehalten werden, macht Wilhelm von Humboldts Gedenkschrift «Über die innere und äussere Organisation der höheren wissen-

schaftlichen Anstalten in Berlin» zu einem so bedeutenden Klassiker. Das Leben des Geistes – damit setzt Humboldts Gedanke ein – kann allein aus der Konzentration von Vielfalt, allein aus einem «Üben an allen Seiten» hervorgehen. Gut tun dem Leben des Geistes Wissenschaftler und Verwalter, die es «achten» und «Scheu» empfinden angesichts des Risikos, dieses Leben durch ihre eigenen Interventionen zum Erlöschen zu bringen (etwas deutlicher, aber mit einem leicht kitschigen Oberton könnte man – Humboldt auslegend – sagen, dass gute Verwalter um die Zerbrechlichkeit der komplexen Universitätsstrukturen wissen). Deshalb benutzt Humboldt auch mehrfach den Begriff von einer «nicht absichtlichen, sondern von selbst zweckmässigen Form» der Universität, von einer Form, der man eine Freiheit in ihrer Entfaltung zugestehen sollte.

Staat und Verwaltung können also bloss Voraussetzungen für die Möglichkeit geistigen Lebens bereitstellen. Vor allem Einsamkeit und Freiheit – als Unabhängigkeit gegenüber der Politik, aber auch als Prämisse der Beziehungen zwischen Studenten und Professoren. Dann mag aus geistigem Leben als Möglichkeit geistiges Leben als Ereignis werden. Und dies vor allem in jenen Begegnungen, welche den Wesenskern der Universität ausmachen, weil aus ihnen Funken entspringen, die das Leben des Geistes entzünden: «die Verbindung der geübten, aber eben darum auch leichter einseitigen und schon weniger lebhaften Kraft mit der schwächeren und doch parteiloser nach allen Richtungen mutig hinstrebenden».

Bemerkenswerte Schweizer Ausnahme

Ehrgeizige Universitätsreformen, Exzellenzinitiativen und auch hochspezialisierte Forschungsinstitute, welche die wissenschaftspolitische Tagesordnung in Zentraleuropa ausmachen, zielen wie unzureichend justierte

Laserstrahlen an diesem Wesenskern vorbei – mit der ETH als der einen bemerkenswerten Schweizer Ausnahme. Die historischen und strukturellen Voraussetzungen für die Emergenz dieses Sonderfalls zu identifizieren und zu verstehen, sollten sich die Wissenschaftshistoriker und Wissenschaftspolitiker in der Schweiz als ein dringendes Projekt vornehmen. Zumal man im Gespräch mit Schweizer Kollegen oft den Eindruck gewinnt, dass sie – wie infiziert von einem schlechten Gewissen gegenüber den Universitätssystemen und all ihren Exzellenzinitiativen in der Europäischen Uni-

Der Staat kann nur Voraussetzungen für die Möglichkeit geistigen Lebens bereitstellen.

on – wie desillusioniert abwinken wollen, wenn man sie zur ETH beglückwünscht. Auf den ersten Blick, der in meinem Fall der Blick aus einer weit entfernten Aussenposition ist, gewinnt man den Eindruck, dass vor allem beständig rollende Reformwellen des Staates der ETH (binahe) erspart geblieben sind. Daneben gehört die Präsenz von – im Regelfall (aber gewiss nicht immer) ausgezeichnet besetzten – geisteswissenschaftlichen Lehrstühlen zum institutionellen Selbstverständnis, ohne beständiger Rückversicherung zu bedürfen. Wie könnten schliesslich die Schweizer Professorengelälter nicht helfen, die unter den von Universitäten bezahlten Standardgehältern (wie selbstverständlich) weltweit konkurrenzlos sind?

Hans Ulrich Gumbrecht ist Professor für Literatur an der Stanford University in Palo Alto, Kalifornien.

LAGERN SIE IHREN WEIN MIT STIL!

Mit dem Kauf von 6 oder mehr Penfolds* Weinen erhalten Sie einen Haier Weinkühlschrank für nur CHF 279.00 statt 598.00. (inklusive Lieferung)

Penfolds®

ESTD 1844

Teilnehmende Händler: RutishauserBarossa Weinschop Oberriet, Pizolpark, Scherzingen, Rothrist, Boniswil und Ostermundigen, Von Salis Landquart, Valentin Wine AG Pontresina, Getränke Hahn AG Frauenfeld, Weber-Vonesch Getränkemarkt Zug, Weber-Vonesch Getränkemarkt Oberägeri, Schmid Früchte Saanen, Buure Metz AG Gstaad, Weinrebell Goldach, Kuhnen AG Wolfhausen, Wälsler Weine Niederweningen, Hahn Rickli AG Arlesheim, Getränkemarkt Loosli AG Männedorf, Pernet Comestibles Gstaad.

Online: www.rutishauser.com/penfoldswinecellar

Informationen und Aktionsbedingungen unter:
www.penfoldswinecellar.com

*Penfolds Weine der Luxury oder Bin Serie. Ausgeschlossen sind Thomas Hyland, Koonunga Hill, Winemakers Selection, Bin 2 und Bin 8. Aktion gültig bis 19.04.2015. Der empfohlene Preis des Weinschranks von Haier liegt bei CHF 598.00. Sie sparen über 50%.



Top 10

Knorr's Liste

1	Birdman	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
2	American Sniper	★★★★☆
	Regie: Clint Eastwood	
3	Whiplash	★★★★☆
	Regie: Damien Chazelle	
4	Dora oder Die sexuellen...	★★★★☆
	Regie: Stina Werenfels	
5	Selma	★★★★☆
	Regie: Ava DuVernay	
6	The Imitation Game	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
7	Wild Tales	★★★★☆
	Regie: Damián Szifrón	
8	Wild	★★★★☆
	Regie: Jean-Marc Vallée	
9	Samba	★★★☆☆
	Regie: Eric Toledano / Olivier Nakache	
10	Fifty Shades of Grey	☆☆☆☆☆
	Regie: Sam Taylor-Johnson	

Kinozuschauer

1 (-)	American Sniper	37 160
	Regie: Clint Eastwood	
2 (1)	Fifty Shades of Grey	31 504
	Regie: Sam Taylor-Johnson	
3 (-)	Samba	19 388
	Regie: Eric Toledano, Olivier Nakache	
4 (3)	Honig im Kopf	15 953
	Regie: Til Schweiger	
5 (2)	Traumfrauen	13 445
	Regie: Anika Decker	
6 (4)	The Spongebob Movie (3-D)	9 494
	Regie: Paul Tibbitt	
7 (-)	Asterix: Le domaine des dieux (3-D)	9 445
	Regie: Alexandre Astier, Louis Clichy	
8 (5)	John Wick	5 317
	Regie: David Leitch, Chad Stahelski	
9 (6)	The Imitation Game	4 780
	Regie: Morten Tyldum	
10 (9)	Usfahrt Oerlike	4 105
	Regie: Paul Riniker	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	The Equalizer (Sony)
2 (1)	Dracula Untold (Universal)
3 (2)	Maze Runner (Fox)
4 (-)	Mein Freund, der Delfin 2 (Warner)
5 (3)	Lucy (Universal)
6 (-)	Annabelle (Warner)
7 (5)	Gone Girl (Fox)
8 (-)	Sons of Anarchy – Staffel 5 (Fox)
9 (4)	Sin City 2 (Impuls)
10 (7)	Monsieur Claude... (TBA)

Quelle: Media Control



Erdrückende Trostlosigkeit: «Leviathan».

Kino

Der überflüssige Mensch

«Leviathan», in seiner Heimat unter Beschuss, ist eine boshafte Politparabel über Putins Russland. Von Wolfram Knorr

Schäumend donnern die Wellen der Barentssee auf die steinige Küste, in die düstere, kalte, verlorene Landschaft. Schiffswracks ragen als schwarze Gerippe aus dem Brackwasser. Und die Klänge von Philip Glass fluten in dieses «wüste Land» hinein. Mit visueller wie musikalischer, magischer Wucht beginnt ein Epos ganz aus dem Geist der «überflüssigen Menschen», von denen schon die russischen Realisten à la Dostojewski erzählten: «Leviathan» von Andrei Swjaginzew, nach einem Drehbuch von Oleg Negin. Ausgezeichnet auf den Festspielen Cannes 2014, Golden-Globe-Gewinner (nach 45 Jahren der erste russische Film), Oscar-nominiert und mit Kritikerlob en masse bedacht. Das russische Kultusministerium müsste stolz darauf sein, es hat das hochgelobte Werk mitfinanziert. Doch dem ist nicht so. Der Kulturminister ist nicht begeistert. Der Film bediene nur westliche Vorurteile, wird geschäumt. «Alles verlogen und gegen das Volk gerichtet.»

Tatsächlich ist das Russlandbild, von den wodkaaufenden Seelen in den verratzten Provinzen über die feisten, korrupten Lokalgrößen bis zu den Popen, die mit der Macht kungeln, und den Richtern, die unbeteiligt Urteile runterrasseln, weil sie schon vor den Verhandlungen beschlossen wurden, alles andere als neu, soll sich aber unter Putin kein Jota geändert haben. Man denke nur an jene Gerichtsprozesse um Chodorkowski und Co., jene Rol-

le, die die orthodoxe Kirche als neuer Stützpfeiler der Macht in Putins Reich spielt, und der Wodka bleibt, tief in der Pampa, die einzige Flucht. Swjaginzew und sein Autor haben dieses Bild hoch in den Norden verlegt, in die Arktis, wo Lokalmatadore, in diesem Fall Bürgermeister Wadim (Roman Madjanow), die Macht für ihre Zwecke missbrauchen, Polizei und Justiz in der Tasche haben.

Kolia (Alexej Serebriakow) soll mit Frau Lilia (Elena Ljadowa) und dem halbwüchsigen Sohn Roma aus dem Haus vertrieben werden. Der Bürgermeister will's, hat Grosses vor damit. Kolia wehrt sich, bittet einen befreundeten Anwalt aus Moskau (Wladimir Wdowitschenkow) rechtlich dagegen vorzugehen. Das mythische Seemonster Leviathan erhebt nun sein Haupt und zeigt Kolia, dass er gegen das Monster – in diesem Fall gegen den Staat (Thomas Hobbes nannte sein Hauptwerk übers staatliche Gemeinwesen «Leviathan», 1651) – keine Chance hat. Wie Swjaginzew Kolia's Niedergang erzählt, wie Machtmissbrauch, Justizwillkür und die unheilige Allianz zwischen Kirche und Staat den Mann und seine Familie gnadenlos zermalmen, wie Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit greifbar werden, ist von fulminanter politischer wie emotionaler Wucht.

Der Bürgermeister, ein ruchloser feister Ortspate, fühlt sich von Kolia's Moskauer Anwalt erst in die Enge gedrängt, um dann rabiat

zurückzuschlagen. Und weil Kolia's Frau ein Techtelmechtel mit dem Anwalt beginnt, nimmt die Tragödie dieses Anti-Michael-Kohlhaas unerbittlich ihren Lauf. Die erdrückende Trostlosigkeit der Bilder (Kamera: Michail Kritschman) spiegelt die ganze Kraftlosigkeit der «überflüssigen Menschen». Der Ernst und die Intensität, die makellose technische Brillanz, die Kraft der Geschichte, das moralische Gewicht – das ist imposantes Kino. ★★★★★

Weitere Premieren

Iraqi Odyssey — Ein Dok-Film in 3-D? Da schüttelt man im ersten Moment den Kopf, doch dann erweist sich der Griff zur Brille als verblüffende Lösung. Der Schweizer Filmproduzent und Regisseur Samir («Snow White»), ein gebürtiger Iraker, drehte einen fast dreistündigen Film über seine Familie, seine grosse, in alle Welt verstreute Verwandtschaft und verknüpft das extrem klug mit der politischen Geschichte des Irak. Gerade weil er das höchst aktuelle Thema personalisiert, immer wieder mit den Wegen und Irrwegen von Onkeln und Tanten und Nichten verknüpft, werden die politischen und historischen Zusammenhänge emotionalisiert und damit anschaulich. Hilfreich ist dabei tatsächlich die 3-D-Technik, sie schafft räumliche Distanz und Nähe nicht nur in Samirs ziemlich komplizierten Verwandtschaftsbeziehungen. Das ist nicht ohne subtile Ironie und von tiefer Warmherzigkeit geprägt. Ein rundum gelungener Dok-Film. ★★★★★

Chappie — Eine Pinocchio-Story der Digitalära. In Südafrika erledigen Roboter-Cops die Arbeit und machen den Gangs das Leben schwer. Wissenschaftler Deon (Dev Patel) erreicht eine nächste Evolutionsstufe: Er baut einen Roboter, der denkt und fühlt. Leider kommt er in die falschen Hände, und das Malheur nimmt seinen Lauf. Neill Blomkamp («District 9»), ein cleverer Regisseur und Science-Fiction-Fan, gelingt es mit seinem Co-



Nächste Evolutionsstufe: «Chappie».

Autor Teri Tatchell leider nicht, daraus eine in sich schlüssige Story zu dreheln. Aber Regie und Technik sind beeindruckend. ★★★☆☆

Still Alice — Alice Howland (Julianne Moore), Professorin für Linguistik, Mutter dreier Kinder, gerade fünfzig geworden, entdeckt an sich schreckliche Alzheimer-Symptome, die sie zuerst verdrängt, denen sie sich aber dann – auch die Familie – stellen muss. 2006 bestach bereits Julie Christie im kanadischen Film «Away From Her» in einer solchen Rolle, und darf zurzeit in Til Schweigers «Honig im Kopf» Dieter Hallervorden seine Identität verlieren. Julianne Moore hat für ihre Darbietung mit Recht einen Oscar erhalten. Durch das kultivierte, bürgerlich sehr wohlhabende Milieu, in dem der Film angesiedelt ist, wirkt die Krankheit aber auch wie in Watte gelegt. ★★★☆☆



Wie in Watte: «Still Alice».

Nolan («Interstellar») dank ihrer Eigenwilligkeiten hohes Interesse und Bewunderung. Dennoch überragt einer meiner bescheidenen Ansicht nach alle: Clint Eastwood. Die Unerbittlichkeit, mit der er sich ambivalenten Themen und Charakteren widmet, sich Kontroversen stellt, immer mit stoischer Gelassenheit, das finde ich schon höchst beeindruckend. Alleine diese Haltung widerspiegeln seine Filme.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fragen Sie Knorr

Wer ist für Sie der interessanteste lebende Regisseur? M. R., Zürich



Nicht leicht, einen aus einer Riege begabter Filmemacher herauszupicken. Leider gibt es immer weniger, die sich durch Kontinuität auszeichnen. Es wird immer schwieriger, sich mit eigenen Vorstellungen in einer immer wackligeren Branche zu behaupten. Vor diesem Hintergrund verdienen Richard Linklater («Boyhood») oder Paul Thomas Anderson («Inherent Vice») oder auch Christopher

Jazz

Eine Rückkehr zur Zukunft

Von Peter Rüedi

Das Unternehmen wagte die höchste Risikostufe. Wie man vergangene Liebschaften niemals wiederbeleben soll, ist die Rückkehr zur eigenen Vergangenheit generell gefährlich. Je geglückter die war, desto riskanter. Michael Mantler, 71, gebürtiger Wiener Trompeter und Komponist, 1962 in die USA ausgewandert und schnell eingemeindet in die kleine heisse Gemeinde des damals neusten «freien» Jazz, gelang eine der leuchtturmartig herausragenden und für den Moment (und über den hinaus) massgebenden Produktionen des Free Jazz, ein Doppelalbum «The Jazz Composer's Orchestra», das so etwas versuchte wie die Quadratur des Kreises, nämlich die Einbindung der freien Improvisation von Potenzen wie Cecil Taylor, Don Cherry, Roswell Rudd, Pharoah Sanders, Steve Lacy, Gato Barbieri in die Grenzen einer (für Jazzverhältnisse) gross-orchesterlichen Form. Jetzt, nach fast einem halben Jahrhundert, beugt er sich über die abgestreifte Schlangenhaut und stellt fest, wie farbig und lebendig ihm deren Muster noch immer ins Auge springen – nicht so sehr die entfesselten solistischen Beiträge *hors catégorie*, als das, was er für und um die kompositorisch geschriebenen hatte. Inzwischen längst nach Europa zurückgekehrt, hat der langjährige Partner von Carla Bley mit der Nouvelle Cuisine Big Band von Christoph Cech, österreichischen Solisten wie Harry Sokal, Wolfgang Puschnig, David Helbock, dem Wiener Radio.string.quartet und dem Gitarristen Bjarne Roupé ein «Jazz Composer's Orchestra Update» entwickelt. Entgegen aller Skepsis mit Erfolg. Mantlers Charts sind frisch und explosiv, vor allem weil er klug genug war, kein Remake zu versuchen, stehen zu lassen, was ihm an den alten Erfindungen als haltbar erschien, anderes so zu revidieren, dass eigentlich neue Kompositionen entstanden. Insgesamt ist das Gewicht auf die ausgeschriebenen Parts verlagert. Die aber werden mit einer Vitalität *reloaded*, dass wir gelegentlich fast vermeinen, eine aktualisierte (und raffiniertere) Ausgabe von Dizzy Gillespies «Things to Come»-Big-Band aus den späten Vierzigern vor Ohren zu haben.



Michael Mantler: The Jazz Composer's Orchestra Update.
ECM 2391 3790789

Finale mit Sechseläutenmarsch

Schneiderkunst aus dem Zürcher Seefeld; ein Schweizer ist «Bester Hotelier der Welt». Von Hildegard Schwaninger



Gigantische Frauenübermacht: Modeschau im «Zunftthaus zur Schmiden».

Rosmarie Amacher ist eine Meisterin der Schneiderkunst. Ihr Couture-Atelier im Zürcher Seefeld nennt sie «à ma chère», sie beschäftigt vierzehn Mitarbeiter. Unermüdlich kämpft sie für das Überleben ihres Handwerks, für in der Schweiz hergestellte Stoffe und für die Wertschätzung der Schweizer Haute Couture. Es ist ein Kampf gegen die Zeit. Im Zeitalter von Zara und H & M und der schnelllebigen Wegwerfgesellschaft, in der jeder alles will – und zwar sofort, ist die hohe Schneiderkunst kein leichtes Metier. Die Kleider haben ihren Preis (Amacher: «Aber nicht teurer als das Prêt-à-porter von Prada oder Valentino»), man muss zweimal zur Anprobe kommen (Amacher: «Bei Coco Chanel war es bis zu 39-mal»), trotzdem hält sich die Modemacherin tapfer. Sie hat treue Kundinnen, vor allem für Hochzeiten darf sie oft die ganze Familie einkleiden (Braut, Brautjungfern, Schwiegermütter). Amacher arbeitet hart, damit sie ihren Betrieb in Schwung hält.

Jetzt machte sie wieder einmal eine Modeschau ausser Haus. Normalerweise zeigt sie ihre Kreationen im Atelier, jetzt lud sie ins «Zunftthaus zur Schmiden»; eine Modeschau am Nachmittag, eine am Abend, beide Male platzte der Zunftsaal fast aus den Nähten, der Andrang war riesig. Aus der gigantischen Frauenübermacht stach ein Mann heraus: FDP-Arzt Felix Gutzwiller, der seine blonde

Gemahlin begleitete. 41 exquisite Modelle (von luftigen Jupes bis zum grossen Abendkleid) wurden vorgeführt. Amacher ist bodenständig, und so schickte sie reelle Frauen auf den Laufsteg, nicht minderjährige Klappergestelle: Ein Mannequin war Aurélie Sulzer (Ex von Unternehmer Oliver Wolfensberger), sie ist 41 und hat vier Kinder. Wenn es nach Amacher geht, wird der Frühling bunt. Zum Finale der Fashion-Show wurde der Sechseläutenmarsch gespielt; damit manifestierte man die Verankerung in der lokalen Szene.



Modemacherin Amacher (3. v.r.) mit Models.

Amacher ist, nach der Trennung von ihrem jüngeren Freund, Immobilien-Mann Michael Blaser, «glücklicher Single mit meinen zwei Töchtern und Hund Pepo». In ihrem Haus in

der Toskana betätigt sie sich als Hobby-Agronomin, die Olivenölproduktion war letztes Jahre «eine Katastrophe, es gab keine Ernte», jetzt pflanzt sie Maulbeerbäume, den Rohstofflieferanten für Seide.

Zuoberst auf der *Forbes*-Liste der besten Hoteliers der Welt steht – ein Schweizer: Jonas Schürmann, der seit 2009 das «Mandarin Oriental» in Hongkong leitet. Eine Promotiontour für die Hotelgruppe führte ihn letzte Woche nach Zürich. Bei einem Abendessen im «Dolder Grand» gab es Gelegenheit für ein Gespräch. Schürmann ist, wie man sich den Vorzeige-Schweizer wünscht: tüchtig, zurückhaltend und bescheiden. Nach dem Geheimnis seines Erfolgs befragt, schmunzelt er: «Ich habe das erfolgreichste Team.» 843 Leute arbeiten in seinem Hotel. Das Hotel hat 500 Zimmer, in den Restaurants (drei davon Michelin-Sterne-gekrönt) und Bars gehen täglich zirka 2000 Gäste aus und ein. «80 Prozent der Gäste sind Einheimische; für einen Betrieb eine Anerkennung.»

Schürmann arbeitet mit der Art Basel in Hongkong (findet zum dritten Mal statt, vom 15. bis 17. März) zusammen, «wir sind für die Kunstmesse das offizielle Hotel». Hongkong boomt; dass Cathay Pacific ab 29. März täglich einen Flug Zürich–Hongkong durchführt (neben Swiss), sind für ihn *good news*.



«Erfolgreichstes Team»: Hotelier Schürmann.

Der aus Egerkingen stammende Schürmann folgte 1990 dem Ruf nach Asien: ins «Peninsula» in Hongkong, das einem Iraner gehört und seit Jahrzehnten unter Schweizer Führung steht (CEO Peter C. Borer wurde zum «Welthotelier 2013» gewählt). «Ich dachte, ich gehe für zwei Jahre nach Asien», doch dann kam der Ruf ins «Mandarin Oriental». Was macht einen guten Hotelier aus? «Man muss gern Gastgeber sein. Wichtig ist, dass ich im Haus bin – und auch zugänglich.» Die meisten Gäste kommen aus den USA und aus China, aus Europa sind die Schweizer (nach den Briten) die häufigsten Gäste. Und die, welche am meisten Geld ausgeben.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Zeit zu zweit

Der Beziehungscoach Arthur David Code, 64, hält nichts davon, Kinder zum Zentrum des Universums zu machen. Den Eheleuten rät er: Mischen Sie die Karten neu.



Vorhängeschloss an der Schlafzimmertüre: Code.

Wer kommt zuerst? Viele Mütter und Väter stecken ihre eigenen Bedürfnisse zugunsten der Kinder zurück. Das ist normal, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Wenn die Partnerschaft immer hintansteht, kann es nicht gutgehen. Vor allem Frauen denken, wenn sie die besten Mütter der Welt seien und die Kinder zum Zentrum des Universums machten, dann geschehe dies immer auch im Sinn der Väter. Das stimmt nicht unbedingt. Vor allem Väter haben oft das Gefühl, dass die Frauen die Kinder mehr lieben. Irgendwann sagt sich der Mann: «Jetzt will ich ein einziges Mal an erster Stelle stehen», und beginnt eine Affäre. Das ist falsch und schadet der ganzen Familie.

Guter Rat: Es geht nicht darum, uralte Ideen, nach denen Kinder nicht gehört und nicht gesehen werden sollten, wieder aufleben zu lassen, sondern darum, dass man die Prioritäten im Alltag neu setzt, das heisst: Die Kinder haben nicht immer oberste Priorität, sondern der Partner und die Partnerin. Im praktischen Alltag gibt es ein paar einfache, aber essenzielle Dinge, die Eheleute mit Kindern beachten sollten: Begrüssen Sie Ihren Partner – und nicht die Kinder – immer zuerst. Lassen Sie sich in gemeinsamen Gesprächen nicht dauernd von den Kindern unterbrechen. Sorgen

Sie dafür, dass Sie gegenüber den Kindern auch in erzieherischer Hinsicht als Einheit auftreten und somit verhindern, dass Sie gegeneinander ausgespielt werden. Und, ganz wichtig: Hängen Sie – symbolisch gesprochen – ein Vorhängeschloss an die Schlafzimmertür.

Allein zu zweit: In den USA meinen Eltern, wenn sie den Kindern eine Disneyland-Kindheit böten, würden die Kinder automatisch zu glücklichen Erwachsenen. Falscher kann diese Einschätzung nicht sein. Sie macht, dass solche Töchter und Söhne immer häufiger neurotische Verhaltensstörungen entwickeln. In den USA sind auch der zunehmende Stress, unter dem Mütter und Väter leiden, sowie ihre zunehmende soziale Isolation eine Folge davon, dass die Kinder unter allen Umständen erste Priorität genießen.

Supermamas: Den Müttern fallen manche Umstellungen in diesem Bereich schwer, und die Prinzen und Prinzessinnen müssen sich an das neue Regime ebenfalls gewöhnen. Zur Motivation sage ich immer: Um glückliche Kinder zu produzieren, brauchen Sie zufriedene Eltern. In der Schweiz laufen diese Dinge besser, weil die Leute in Europa vernünftiger sind und auch erkannt haben, dass Mütter und Väter gemeinsame Ziele verfolgen müssen, um eine verbindliche Freundschaft aufzubauen, die auch dann noch hält, wenn sie eines Tages wieder zu zweit sind.

Joggen: In meiner eigenen Ehe verfolge ich manche Prinzipien bis zum heutigen Tag, obwohl unsere Kinder natürlich längst ausgeflogen sind und wir das Vorhängeschloss von der Schlafzimmertüre längst abgenommen haben. Hin und wieder organisieren wir ein gemeinsames Date, und den Sonntag verbringen wir immer zusammen in Ruhe; vor allem aber rennen meine Frau und ich jeden Tag mindestens 45 Minuten gemeinsam durch die Gegend. Man schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Einerseits bleibt man emotional miteinander verbunden, und andererseits bleibt man auch körperlich in Form.

Protokoll: Franziska K. Müller

Esskultur

Von Andreas Thiel — Von der Überbrückung kultureller Unterschiede.

Jean Ziegler: Liebe Mitglieder des Vereins zum Abbau kulinarischer Grenzen in der Küche, ich begrüße Sie zum Jahresessen. Auch dieses Jahr möchte ich es natürlich nicht verpassen, in meiner Funktion als Uno-Hungerbotschafter vor dem Essen darauf aufmerksam zu machen, dass viele Menschen in dieser Welt verhungern. Apropos Hunger, wir sollten das Essen bestellen.

Roger Köppel: Ich habe Lust auf Berner Rösti mit Zürcher Geschnetzeltem.

Christoph Blocher: Ich hingegen nehme das Zürcher Geschnetzelte nach Basler Art.

Simonetta Sommaruga: Ich mag diese populäre Schweizer Küche nicht.

Christoph Blocher: Du kannst ja fragen, ob sie dir einen Strassburger braten.

Roger Köppel: Dazu nimmst du einen Brüsseler Salat und zum Dessert Luxemburgerli.

Angela Merkel: Ich nehme dann wohl den griechischen Salat an italienischer und französischer Sauce.

Alexis Zipras: Und was kriege ich?

Angela Merkel: Eisbein mit Sauerkraut.

François Hollande: Für mich ein Coq au Vin, aber vegetarisch bitte, ich bin auf Diät.

Angela Merkel: Was ist ein vegetarisches Coq au Vin?

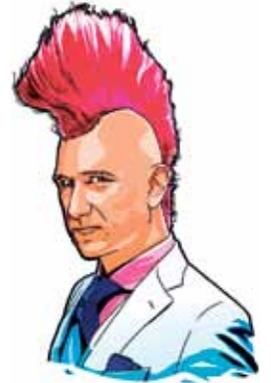
François Hollande: Nur Wein.

Mike Shiva: Ich bin auch auf Diät, weil ich vorausgesehen habe, dass ich sonst zu dick werde. Wie leicht vorhersehbar, nehme ich deshalb nur Getränke zu mir. Bringen Sie mir bitte einen koffeinfreien Virgin-Schümliplüml mit Assugrin und ohne Rahm.

Roger Schawinski: Entschuldigen Sie, ist die Schweinshaxe koscher?

Alexis Zipras: Kann ich das Eisbein mit Sauerkraut an einer Sauce hollandaise haben?

François Hollande: Da sind ja Knochen im Wein.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Johannisberg Malgré lui

Von Peter Rüedi



Natürlich macht es auch mir Spass, mich für Verkanntes einzusetzen. Wie könnte ich meine Kennerchaft besser beweisen, als wenn ich preise, was andere verschmähen. Eben deshalb ist mir solches Engagement immer auch etwas peinlich. In diesem Fall eines weissen Wallisers muss ich darauf bestehen, mir zu glauben, dass mich weder Profilierungssucht noch ein Widerspruchsgeist à tout prix reitet, sondern aufrichtiges persönliches Vergnügen an einem Wein, bei welchem ich solches nicht gesucht hätte. Olivier und Sandra Mounir führen in Salgesch die Cave du Rhodan und sind zu Recht berühmt für ihren stupenden Pinot noir. Ich habe mir mal ihren Unmut zugezogen, weil ich mich über ihre Tendenz mokiert habe, sich mit Auszeichnungen zu dekorieren. Dafür habe ich mich schon gelöffelt. Obwohl ich nach wie vor etwas leer schlucke, wenn ich auf ihrer Site lese, der Pinot Salgesch «Perle du Rhodan» gehe als «erster Weltmeister der Rotweine in die Geschichte ein». Lassen wir das. Zumal's hier nicht ums Renommierstück der tollen Kellerei geht, sondern um den armen Verwandten, ihren Johannisberg. So heisst im Wallis der Silvaner (im Elsass: Sylvaner), die Sorte, die, ursprünglich aus Siebenbürgen stammend, aus Draculas Transsilvanien, heute hauptsächlich noch in Franken und in Rheinhessen in Ehren steht. Sonst hat sie Mühe, sich gegen die aktuellen Trends zu behaupten: Sie neigt zu eher expansiver Frucht, relativ wenig Säure und kann dann, zumal mit etwas Restsüsse, leicht einmal in eine peinlich banale Oppulenz kippen. Nichts davon in diesem wunderbaren Wein der Mounirs, einem (etwas überspitzt gesagt) «Johannisberg malgré lui». Wohl früh geerntet, präsentiert er sich nach dem Ausbau im Stahltank mit einer coolen Frische, vor allem wenn er auch buchstäblich etwas kühl serviert wird. Tolle Aromatik, wunderbar würziger Charakter. Ein grosses Vergnügen, und das keineswegs nur zu den im Fall von etwas Restsüsse immer empfohlenen asiatischen Gerichten. Er ist weniger gewichtig als der berühmte Johannisberg der Domaine du Mont d'Or. Zu seinem Vorteil.

Cave du Rhodan: Salgesch Johannisberg 2013.
13 % Weinhandlung am Küferweg, Fr. 19.20.
www.kueferweg.ch

Lob des Mistkratzerlis

Das «Pulcino» im Zürcher Niederdorf hat sich auf Geflügel spezialisiert und bringt die Guggeli-Beiz zurück. Von David Schnapp



Leichte, buttrige Säure zu zartem, saftigem Fleisch: «Pulcino»-Chef Bordone.

Die Guggeli-Beiz ist ein Schweizer Klassiker, den man in der Regel in ländlichen Gebieten antrifft. In Uri, im Aargau, aber nicht unbedingt mitten in der Stadt Zürich (es gab wenige Ausnahmen). Die Idee, in das zur Bindella-Gruppe gehörende «Pulcino» (Deutsch: Kükén) einen Poulet-Ofen zu stellen und Geflügel zum Hauptthema zu machen, ist deshalb überzeugend. In Zusammenarbeit mit dem bekannten Comestible-Händler Bianchi, der sich mit frischem Fisch ebenso gut auskennt wie mit schmackhaftem Guggeli, entstand so das neugestaltete Lokal mit Hühner-Kunst an den Wänden und einer speziellen Karte.

Ich bin gewillt, das Thema konsequent anzugehen, und esse zunächst eine Art Entenbrust-Trockenfleisch, das elegant schmeckt und einen angenehmen Biss hat. Dann bestelle ich eine hausgemachte Geflügelterrinen. Die wird zusammengestellt aus Geflügelleber, Fleisch von der Ente und vom Truthahn und ansonsten als klassische Terrine hergestellt. Serviert wird sie mit einer ausgezeichneten Sauce aus schwarzen und grünen Oliven, Olivenöl sowie Thymian und Rosmarin. Die Kräuter sorgen für Leichtigkeit und grüne Frische und sind ein guter Gegensatz zur gewichtigen Terrine.

Allein schon wegen des Wortes gibt es dann Mistkratzerli – vielleicht der schönste Ausdruck des kulinarischen Schweizerdeutsch-Wörterbuchs. So einen kompakten Hühner-

vogel isst man leicht auch zum Mittagessen; im «Pulcino» bereiten sie ihn in dem erwähnten Spezialofen bei rund 200 Grad zu und aromatisieren das Fleisch mit Thymian, Rosmarin, Peperoncino oder Zitrone, worauf meine Wahl fällt. Das Fleisch wird mit einer Mischung aus Zitronensaft, Olivenöl und Butter eingestrichen, was ein geschmacklich überzeugendes Ergebnis bringt. Leichte, buttrige Säure zu zartem, saftigem Fleisch. Die Zubereitung eines Mistkratzerlis ist ja nicht gerade *rocket science*, wie der Amerikaner sagt. Trotzdem freut man sich immer wieder, wenn es so gut gelingt wie im «Pulcino».

Eine schöne Pointe

Schönes Detail: Die Pommes frites, die man zum Geflügel bestellen sollte, werden hier unter der strengen Aufsicht von Geschäftsführer Antonio Bordone von Grund auf selbst gemacht. Das Resultat sind dunkle, fein nach Kartoffeln schmeckende Stäbchen, aussen leicht kross, innen fest und kein bisschen mehlig. Es gibt nicht viele Restaurants mehr, die Pommes frites noch selber machen. Dass es gerade ein Lokal tut, das die *italianità* pflegt, ist eine schöne Pointe.

Pulcino, Niederdorfstrasse 7,
8001 Zürich, Tel. 044 262 54 62
Täglich ab 11.30 Uhr geöffnet



Auto

Das Raumfahrzeug

Schnee, viel Gepäck, lange Strecke: Der Land Rover Discovery ist der Wagen für alle Fälle. *Von David Schnapp*

Und es ergab sich zu der Zeit, dass eine längere Strecke per Automobil zurückzulegen war. 650 Kilometer (ein Weg), um genau zu sein. Das Wetter war unberechenbar, zuerst war es kalt und regnete, dann war es kalt und schneite. Der Schnee blieb auf der Autobahn liegen, es war kein schöner Zustand. Aber es kümmerte mich nicht. Ich sass in einem Land Rover Discovery. Der Discovery stammt aus einer Design-Ära bei Land Rover, die nun zu Ende geht. In dieser Ära bauten die Briten kastenförmige Autos, die gross und unzerstörbar schienen und zu Recht als Ikonen gelobt wurden. Das beste Bei-

spiel dafür ist der Defender, der 67 Jahre fast unverändert in Erscheinung trat und nun per Ende 2015 eingestellt wird, da die erwähnte Kastenform mit der senkrecht stehenden Front nicht mehr den geltenden EU-Normen für den Fussgängerschutz entspricht.

Der Discovery ist die luxuriöse, alltagstauglichere Variante des Defenders. Sie bietet auf 4,7 Metern Länge und über 2 Metern Breite Platz für bis zu sieben Personen. Falls man die beiden optionalen, komplett versenkbaren Sitze in der dritten Reihe nicht benötigt, ist der Kofferraum immer noch so gross, dass er auch mit forcierter Platzverschwendung kaum zu füllen ist.

Der Discovery ist das Auto, das man fährt, wenn das Bedürfnis nach Schutz und Aufgehobensein gross ist. Wenn man den Gedanken mag, jederzeit mit dem Wagen befestigte Strassen verlassen zu können. Oder wenn die Autobahn vereist ist. Bei Land Rover heisst das «Terrain Response System» und umfasst beim Modell mit V6-Benzinmotor auch eine sehr angenehme Luftfederung. Über einen Schalter sind verschiedene Situationen wie «Schnee», «Spurrillen» oder «Felsenkriechen» wählbar.

Die Fahrzeughöhe ist verstellbar, und eine elektronisch gesteuerte Differenzialsperre für die Hinterachse gibt es auf Wunsch auch.

Viel Glas

Bei der Anschaffung des Discovery hat man drei wichtige Entscheide zu fällen. Fünf oder sieben Sitze? Welcher Motor? Wir waren mit dem neuen aufgeladenen V6-Benziner unterwegs, der mit einer Achtgang-Automatik verbunden sehr kultiviert arbeitet. 340 PS und 450 Newtonmeter bringen den Wagen gut voran, auch wenn der Antrieb jenseits von etwa 150 Stundenkilometern etwas angestrengt wirkt. Der Verbrauch ist mit vierzehn bis fünfzehn Litern auf hundert Kilometer eher hoch, was angesichts eines Leergewichts von 2565 Kilogramm aber nicht erstaunt. Mehr Drehmoment (600 Newtonmeter) bei weniger Verbrauch (9,3 Liter nach Norm) böte der Sechszylinder-Diesel SDV6, der dafür aber nur 180 Stundenkilometer schnell wird, während es der Benziner 195 schafft.

Drittens muss man entscheiden, ob die Scheiben des Discovery getönt sein sollen oder nicht. Beim Testwagen wurde darauf verzichtet, was zur Folge hat, dass man sich immer etwas ausgestellt vorkommt angesichts der grossen Fensterflächen, die wohl einen grosszügigen Blick nach aussen – aber auch nach innen zulassen. Nicht zuletzt deshalb heisst das Auto wahrscheinlich auch Discovery (Entdeckung).

Land Rover Discovery 4 HSE SDV6

Leistung: 256 PS, Hubraum: 2995 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 195 km/h
Preis: Fr. 79 800.–; Fr. 88 182.–





«Schärfer als ein Schweizer Offiziersmesser»: Pin-up-Model und Burlesque-Tänzerin Scarlett.

MvH trifft

Zoe Scarlett

Von Mark van Huisseling — Von der Treuhandangestellten zu einem der bestverkauften Pin-up-Models in Amerika – das geht auch.

Du heisst tatsächlich Zoe Scarlett – aber das sind deine beiden Vornamen, nicht wahr?» – «Genau, ich benutze sie in der Öffentlichkeit als Vor- und Nachnamen, zur Sicherheit für mich und meine Familie... Aber eigentlich fragt gar niemand, für die Leute ist klar, dass ich Scarlett zum Nachnamen heisse, und dem widerspreche ich nicht.» – «Falls dich deine Familie fragt: «Mit was verdienst du dein Geld?», was antwortest du?» – «Haha, logisch, als ich meinen damaligen Job im Treuhandbüro gekündigt hab und fand: «Ich werd jetzt Pin-up», haben sie sich schon an den Kopf gelangt und gefragt: «Wie genau soll das funktionieren?» Aber es hat damals schon funktioniert, vor ungefähr zehn Jahren, drum hab ich auch meinen Job gekündigt. Und mittlerweile ist es so, dass die Familie jeden Fötzel [Artikel, der über sie erscheint] sammelt. Auch die Grosseltern – sie sind oft an meinen Shows dabei und sind sehr unterstützend.»

Zoe Scarlett ist Burlesque-Tänzerin und Pin-up-Model: «Die drallsten Kurven der Schweiz» (*Schweizer Illustrierte*), «Platinblonde, tätowierte Frau mit perfektem Lidstrich» (*Migros-Magazin*), «Vielbeschäftigte Geschäftsfrau» (*20 Minuten* online) oder «Schärfer als ein Schweizer Offiziersmesser» (Reklametext der «Firebirds Burlesque Show»). Die Tochter eines Restaurators klassischer amerikanischer Autos und einer Antiquitätenhändlerin wuchs im Kanton Baselland auf, in einem Haus, in dem, was Einrichtung und Kleidung angeht, die vierziger und fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nie zu Ende gingen. Heute wohnt sie im Kanton Aargau und tritt in der Schweiz sowie in Deutschland in Shows und Revuen auf.

«Was ist der Unterschied zwischen einer Stripperin und einer Burlesque-Tänzerin?» – «Ein Strip ist schnell und plump, in einem Klub, an einer Stange, Beine breit, Brüste zeigen, unschön halt. Und Burlesque, das ist der

wichtigste Unterschied, ist nicht ganz ausgezogen, man hat am Schluss so etwas wie ein Bikini an; Burlesque ist sehr klassisch, elegant, ladylike. Es hat mit Glamour und Theaterkunst zu tun.» – «Wie kamst du als Schweizerin dazu, Pin-up-Model zu werden? Es ist eine amerikanische Geschichte und hat auch dort bessere Tage gesehen.» – «Durch meine Eltern – sie haben meinen Bruder und mich, ich sage mal: normal erzogen, aber wir haben im Fünfziger-Jahre-Stil gewohnt, sind solche Autos gefahren, haben nur diese Musik gehört... Mir gefiel dieser Stil. Und gewisse Kinder nabeln sich von den Eltern ab, machen was total anderes, und mein Bruder und ich haben das aufgenommen und leben es aus.» – «Du seist angeblich das meistaufgehängte oder am meisten downgeloadete Pin-up-Model, stimmt das?» – «Ich bin seit ein paar Jahren, als einzige Europäerin, in der Top-Ten-Liste der Pin-ups weltweit.» – «Was ist das für eine Liste?» – «Von einem Magazin ähnlich wie *Maxim* [ein sogenanntes Männermagazin], das in Amerika und Kanada erscheint, es heisst *Askmen*.»

«Denkst du manchmal, du lebst in der falschen Zeit?» – «Nein, ich liebe mein iPhone, mein iPad und finde E-Mails praktisch und dass man die Möglichkeit hat, den MP3-Player an alte Radios anzustecken. Und ich lieb's, dass ich mir die Freiheit nehmen kann, in meinem Leben, in der jetzigen Zeit, rumlaufen zu können, wie ich will. Aber ich vermisse es, dass es keine Tanzveranstaltungen mehr gibt, für die man sich schön zurecht machen kann; ich hasse Discos.» – «Als Frau in den fünfziger Jahren waren die Möglichkeiten limitiert – du hättest vielleicht sorgloser gelebt, wärst aber wahrscheinlich Hausfrau...» – «Ja, das ist so, ich wär eingeschränkt.»

«Du legst Wert drauf, wie du sagst, auf der Bühne nie ohne Höschen, Brust immer bedeckt, aufzutreten. Aber in dieser Show im Fernsehen [«Metzgete», SRF 1] spieltest du die doofe Blonde mit Hasenohren...» – «Ja, das fand ich super, ich hab gedacht: «Ich gebe euch allen das Klischee, das ihr von mir habt.» Aber bei meinen Burlesque-Shows, da lege ich wahnsinnig viel Wert auf Klasse, es gibt auch da viel Trash.» – «Ist Dita von Teese [amerikanische Burlesque-Tänzerin und Branchenstar] dein Vorbild?» – «Nein, nein, nein – die war ja Pornodarstellerin.» – «Ehrlich, das wusste ich nicht.» – «Jäh, und wurde eigentlich nur bekannt wegen Marilyn Manson [amerikanischer Rockstar, mit dem sie kurz verheiratet war]. Aber eins muss man sagen: Wie sie PR machte, dass keiner mehr von ihrer Vergangenheit weiss, das ist Weltklasse.» – «Was wirst du als Nächstes tun?» – «Die Deutschland-Tournee steht vor der Tür, das ist ein bisschen das Highlight jedes Jahr.»

Ihr liebstes Restaurant: «Das «Andy's Place», ein Fünfziger-Jahre-diner im tiefsten Aargau, total herzlich.»

Für Eventdecker!

Tagungsorte gibt es viele, die Umwelt Arena ist einmalig: Das innovative Umfeld verleiht Ihrer Veranstaltung viel Inspiration und Spannung. Hier finden Sie Raum, Technik, Catering, Ideen und Drive für 20, für 100 oder auch für 2000 Personen.

www.umweltarena.ch

Patronat: Kanton Aargau. Mit Unterstützung der W. Schmid Projekte AG.

Hauptpartner:

